

PROTOKOLL

über die 55. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 3. Juli 1997, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Ing. Othmar Schloßgangl, Ing. Dietmar Spanring, Wilhelm Spöck, Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Hermann Bachner, Felicitas Bauer, Josef Brandstötter, Martin-Randolf Eisner, Helga Feller-Höllner, Ulrike Fuchs, Günter Fürweger, Walter Gabath, Hans Dieter Götz, Richard Gollatsch, Engelbert Huber, Anna Jeloucan, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser, Franz Rohrauer, Hermann Rupprechter

GEMEINDERÄTE:

Franz Straßer, Arno Thummerer, Marco Vanek, Elisa Watzenböck, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD.SR. Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv.Präs.Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR. Mag. Helmut Golda,

OMR. Mag. Helmut Lemmerer, OAR. Gustav Gergelyfi, Gerald Hackl, Belinda Kastlunger

ENTSCHULDIGT:

GR Engelbert Lengauer, GR Brigitte Lohnecker

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Elke Kotas

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
3. Behandlung von allfälligen Anfragen
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
6. Verhandlungsgegenstände
7. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

-

VERHANDLUNGS GEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Gem-3121/88 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992 i. d. F. d. N. vom 22. 4. 1993 und 18. 4. 1996
- 2) Fin-22/97 Verein FAB (Förderung von Arbeit und Bildung); Lehrlingsausbildung in Steyr;

Subvention

3) ÖAG-19/94 Parkdeck Landeskrankenhaus Steyr, Abschluß der zur Errichtung notwendigen Verträge mit der Parkdeck GmbH & Co. KEG sowie dem Land OÖ.

4) Fin-120/96 Rechnungsabschluß 1996

-

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

5) Fin-122/97 Kinderfreunde Steyr; Subventionsansuchen für die Errichtung und den Betrieb der Kinderkrabbelstube Kuschelbär

6) SH-316/96 Grundlagenkonzept: „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS)

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

7) K-140/96 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1997/98; Abschluß eines Gastspielvertrages mit dem Landestheater Linz

8) VetR-1/97 Vorläufige Tierkörperverwertungsgebühren für das Jahr 1997

9) Fin-18/97 Verein Industrieforum Steyr; Gebäudeadaptierung Reithoffer

10) Fin-135/97 Kunstverein Steyr; Förderung 1997

11) Fin-246/95 Filmprojekt Ninaus „Die Schwarzen Grafen“; Nachförderung

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

12) Umw-13/97 Umweltbericht 1995/96

13) SchuPfl-73/94 HS 2 Ennsleite, ganztägige Schulform; Änderung der Tarifordnung für den Betreuungsbeitrag

14) Fin-119/97 ATSV „Vorwärts“ Steyr; Ansuchen um Gewährung der Jahressubvention 1997

15) Bau6-5062/92 Erweiterung der städtischen Mülldeponie; privatrechtliche Einigung mit den vom Verfahren betroffenen Grundeigentümern

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

16) Stw-33/97 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung Dornach - 3. Teil; Auftragsvergaben

17) Stw-52/97 Bebauung Leeber Gründe; Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen

18) Stw-53/97 Erneuerung von Trinkwasserleitungen in der Eisenstraße und Sepp-Stöger-Straße; Auftragsvergaben

- 19) Stw-55/97 Asphaltierungsprogramm 1997; baubedingte Erneuerung von Trinkwasser- und Erdgasleitungen in der Keplerstraße sowie in der Lanner- und Straußgasse
- 20) Stw-23/97 Städtische Kunsteisbahn; Neuerrichtung der Eisaufbereitungs konstruktion; Vergabe der Leistungen
- 21) Stw-1/97 Stadtwerke Steyr; Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1997

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 22) BauH-16/97 ff. Reihenhausanlage Banglmayr, Gleink-Friedhofstraße; Bausperre Nr. 10; ausnahmsweise Erteilung der Bauplatz- und Baubewilligung mit Zustimmung des Gemeinderates gem. § 45 Abs. 2 der OÖ. BauO
- 23) GHJ2-39/97 Teilabbruch der Liegenschaft Dukartstraße 15 im Zuge der Errichtung der Nahverkehrs dreh scheibe Parkdeck Steyr
- 24) BauStr-10/96 Belagsarbeiten auf der 1348 Saaßer Bezirksstraße, km 8.609 -km 9.229; Vergabe der Arbeiten
- 25) BauStr-16/95 Belagsarbeiten auf der B 122 a (Voralpen Bundesstraße); km 2.700 - km 3.277; 2. Bauabschnitt
- 26) BauStr-8/97 Steyrtalradweg Steyr - Grünburg; Vergabe der Arbeiten
- 27) Bau6-647/88 Belagsarbeiten Hanuschstraße bis Poshofstraße; Vergabe der Arbeiten
- 28) BauGru-74/96 Errichtung einer Zufahrt zum Siedlungsgebiet Jägerberg; Abschluß eines Übereinkommens mit Herrn Alois Mayr, Steyr, Damberggasse 38
- 29) GemKan-27/97 Erlaß einer neuen Kanal-Anschlußgebührenordnung
- 30) BauGru-8/97 Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 4 - „Christkindl“

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 31) Präs-351/97 Neubestellung der Disziplinarbehörden (Disziplinaroberkommission)

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 32) FW-8/97 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 2000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr Steyr
- 33) GHJ2-44/97 MESSEtage Steyr '97; Abschluß eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und AusstellungsgesmbH. & Co KG
- 34) GHJ2-43/97 Errichtung einer Notschlafstelle im Objekt Dukartstraße 15.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und darf sie herzlich begrüßen. Ich stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich gebe bekannt, daß mir als Protokollprüfer Herr GR Mag. Harald Philipps und Frau GR Felicitas Bauer gemeldet sind. Nehmen diese Herrschaften diese Funktion an? Jawohl. Entschuldigt haben sich Frau GR Brigitte Lohnecker und Herr GR Engelbert Lengauer. Herr GR Franz Rohrauer und Herr GR Hermann Rupprechter werden etwas später erscheinen.

Unter Pkt. 2) darf ich mitteilen, daß Herr GR Dr. Tilman Schwager mit Schreiben vom 5.6.1997 mitgeteilt hat, daß er mit Wirkung vom 5. Juni 1997 auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet.

Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich noch einmal den politischen Werdegang des ausgeschiedenen Herrn Gemeinderates Dr. Tilman Schwager in Erinnerung bringen.

Herr GR Dr. Schwager wurde am 7.11.1991 zum Gemeinderat der Stadt Steyr angelobt. Er war im Finanz- und Rechtsausschuß, Kulturausschuß, Prüfungsausschuß, im Ausschuß für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung, im Verkehrsausschuß und im Umweltausschuß rege tätig. Besonders herausstreichen möchte ich seine Tätigkeit als Vorsitzender des Prüfungsausschusses, in dem er sehr sachbezogen und verantwortungsvoll gearbeitet hat. Es ist ein sehr wichtiger Ausschuß. Dort kommt es darauf an, Fehlentwicklungen aufzuzeigen, Anregungen zu tätigen, wie Dinge besser gemacht werden können. Ich glaube, gerade in diesem Ausschuß hat er sich sehr für die Stadt und ihre Weiterentwicklung verdient gemacht. Wir verdanken ihm auch in anderen Ausschüssen und in Plenardebatten des Gemeinderates interessante sowie wertvolle Anregungen. Vor allen Dingen möchte ich mich für Vorschläge in recht oft schwierigen Situationen bedanken, die dankbare Kompromisse bedeutet haben.

Ich möchte dir, Dr. Tilman Schwager, heute persönlich und im Namen der Stadt für diese Tätigkeit, die du beinahe 6 Jahre in unserem Gemeinderat ausgeübt und in dieser Weise für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gearbeitet hast, danken und zur Erinnerung an diese Zeit ein kleines Geschenk überreichen.

Herzlichen Dank!

Applaus

HERR DR. TILMAN SCHWAGER:

Lieber Herr Bürgermeister! Vorerst einmal einen herzlichen Dank für die ehrenden Worte. Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich gehe gerne. Auch deswegen, weil ich mich jetzt wieder bei ihnen für die Zusammenarbeit in den Ausschüssen und im Plenum bedanken kann. Und ich danke insbesondere denen, die gezeigt haben, daß sie mich verstehen wollen, was ich ihnen sagen wollte. Irgendwann war ich mit meinem Latein, das hier in diesem Saale auch schon sprichwörtlich war, am Ende und habe daher aus diesem Grunde erklärt, auf das Mandat zu verzichten. Ich wünsche dir, lieber Herr Bürgermeister, noch viele erfolgreiche Jahre als Stadtoberhaupt. Ich wünsche ihnen eine gedeihliche Zusammenarbeit. Bedenken sie bitte, daß es nicht darum geht - ich habe das oft versucht, auch so rüberzubringen -, irgendwelche persönlichen, ich möchte fast sagen Eitelkeiten und

Interessen durchzubringen, sondern daß wir alle, ich war und sie noch berufen sind, an das Wohl der Stadt und ihrer Bürger zu denken und in dieser Maxime zu handeln.

Ich danke ihnen herzlich und darf mich verabschieden.

Applaus

Herr Dr. Tilman Schwager verlässt den GR-Sitzungssaal.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Aufgrund dieses Mandatsverzichtes des Herrn Dr. Schwager ist daher in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr als neues Mitglied des Gemeinderates Frau Elisabeth Watzenböck anzugeloben. Sie befindet sich schon unter uns, und ich darf sie herzlich in unserer Mitte begrüßen.

Ich darf nun die Gelöbnisformel vortragen, die wie folgt lautet:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche nunmehr, Frau Elisabeth Watzenböck, das Gelöbnis mit den Worten „ICH GELOBE“ zu leisten.

FRAU ELISABETH WATZENBÖCK:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke ihnen herzlich. Ich begrüße sie in unserem Kreis und wünsche uns allen mit ihnen eine gute Zusammenarbeit.

Zu Pkt. 3), meine Damen und Herren, ***Behandlung von allfälligen Anfragen***, darf ich mitteilen, daß Herr GR Günter Fürweger mit Schreiben vom 12. Juni 1997 eine Anfrage an mich gerichtet hat. Diese Anfrage bezieht sich auf das APT und den Herrn Kollegen Spöck. Ich ersuche ihn um die Verlesung des Briefes und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Herr Kollege Fürweger hat folgendes an Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gemäß § 12 des Statutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Herrn Stadtrat Wilhelm Spöck und ersuche sie, die Anfrage gemäß § 12 Abs. 3 an Herrn Stadtrat Wilhelm Spöck weiterzuleiten.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Am 6. Mai 1997 fand im Seminarhotel Forsthof in Sierning ein sogenannter „Umsetzungs-Workshop“ statt, der sich mit den Problemen des Alten- und Pflegeheimes Tabor beschäftigte.

Da es seitens des Verwaltungsausschusses des Alten- und Pflegeheimes Tabor keinen Beschluß für die Durchführung dieses Workshops gegeben hat, stelle ich an sie folgende Fragen:

1. Wer hat Mag. Pöchhacker (Stabsstelle Organisation/EDV) beauftragt, diesen Workshop durchzuführen?
2. Warum wurde dieser Workshop gerade in Sierning durchgeführt, wenn doch im Rathaus und im Alten- und Pflegeheim Tabor dafür genügend freie Räumlichkeiten zur Verfügung gestanden wären?
3. Was hat dieser Workshop, durchgeführt von einem externen Unternehmensberater, einschließlich Vorbereitung und Nachbereitung gekostet?
4. Werden sie auch in Zukunft solche Workshops außerhalb von Steyr veranstalten?
5. Warum wurde von ihnen bei diesem Workshop ein sogenanntes „Steuerungsteam“, bestehend aus Frau Vizebgm. Friederike Mach, Herrn StR. Wilhelm Spöck, Herrn MD. Dr. Kurt Schmidl und Herrn Heimleiter Heinz Ruckerbauer, ins Leben gerufen, wenn es doch ohnehin einen Verwaltungsausschuß gibt, in dem alle politischen Parteien vertreten sind?
6. Glauben sie nicht auch, sehr geehrter Herr Stadtrat, daß es besser ist, wenige, aber dafür schlagkräftige Gremien zu haben, wurde doch erst vor kurzem am 19. April 1997 von Herrn Bürgermeister Leithenmayr in einem Workshop, der sich mit der Errichtung eines zweiten Alten- und Pflegeheimes in Münchenholz beschäftigte, ein sogenannter „Lenkungsausschuß“, bestehend aus Frau Vizebgm. Friederike Mach, Herrn StR. Wilhelm Spöck, Herrn GR Günter Fürweger, Herrn GR Kurt Apfelthaler, Herrn Direktor Mag. Schön und Herrn MD. Dr. Kurt Schmidl, gebildet?

Ich ersuche sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.“

Geschätzter Herr Kollege Fürweger, bevor ich auf die einzelnen Fragen (insgesamt sind es sechs) eingehe, möchte ich vorweg zwei Dinge, die diesen Fragen vorausgehen, klar- bzw. richtigstellen.

1. Der offensichtlich von ihnen gemeinte Workshop fand nicht am Dienstag, dem 6. Mai, dieses Jahres statt, sondern am Montag, dem 12. Mai.

Vielleicht haben sie den Termin falsch vorgemerkt und waren deshalb an diesem Tag nicht mit dabei.

2. Sie behaupten des weiteren einleitend in ihrer schriftlichen Anfrage: „Es habe für die Durchführung dieses Workshops keinen Beschluß seitens des APT-Ausschusses gegeben.“

Auch das stimmt nicht. Selbstverständlich haben wir mehrmals darüber gesprochen, insbesondere am 10. April dieses Jahres. Sie können im Ausschußprotokoll unter der Ziffer 3 nachlesen, daß - und ich zitiere sinngemäß - nach langer Diskussion vereinbart wurde, den ursprünglich auf einen Tag angesetzten Workshop auf einen halben Tag zu reduzieren.

Diese Vereinbarung ist ein klarer Beschluß, an den ich mich selbstverständlich gehalten habe.

Aber das nur vorweg. Ich will hier nicht auf Formalien herumreiten. Schließlich geht es mir bei meiner Arbeit im Alten- und Pflegeheim um den alten Menschen.

Ich möchte, damit sich der Gemeinderat ein Bild machen kann, kurz schildern, was uns bewogen hat, diesen Workshop überhaupt durchzuführen.

Der Gemeinderat hat exakt vor einem Jahr die Verselbständigung des Alten- und Pflegeheimes zu einem selbständigen Regiebetrieb beschlossen. Wir taten diesen Schritt, weil wir der festen Überzeugung waren - und noch immer sind -, daß im Sinne des alten und betagten Menschen die Führung des Hauses noch weiter verbessert werden soll und muß. Insbesondere wollten wir mit der Schaffung eines relativ kleinen Verwaltungsausschusses und einer erheblichen Kompetenz- und Verantwortungserweiterung der Heimleitung einen effizienten und unbürokratischen Betrieb sicherstellen.

Nun wissen wir alle, daß Veränderungen zwar relativ leicht am Papier stehen, daß es aber in der Praxis oft schwierig ist, die neuen und veränderten Aufgaben auch wirklich in der täglichen Arbeit umzusetzen.

Da insbesondere einem Verwaltungsausschuß, den es bislang in Steyr überhaupt noch nicht gegeben hat, zum Teil ganz andere Aufgaben und Kompetenzen zukommen, wie beispielsweise einem gemeinderätlichen Ausschuß, hielt ich es für absolut notwendig, diese geänderten Aufgaben und Verantwortungen zwischen den politisch Verantwortlichen, der Heimleitung, aber auch dem Rathaus sauber zu klären. Genau das sollte mit dem Workshop erreicht werden, und das ist meiner Meinung nach auch gelungen.

Nun zu ihren Fragen:

Erste Frage: „Wer hat Mag. Pöchhacker beauftragt?“

Entsprechend dem schon zitierten Beschluß des APT-Ausschusses vom 10.4. habe ich mit Herrn MD im Beisein von Mag. Pöchhacker ein Gespräch geführt und die beiden Herren gebeten, den Workshop, der ursprünglich für zwei Halbtage geplant war, auf nur einen Halbtage zu reduzieren und zu fixieren.

Um möglichst rasch allen Verantwortungsträgern ihre neuen Rollen bewußt zu machen, hielt ich es für ratsam, dieses Seminar so bald als möglich durchzuführen. Deshalb habe ich bereits im Februar erste Gespräche mit dem externen Berater, dem Heimleiter und Mag. Pöchhacker, der die Situation des APT aus dem Verselbständigungsprojekt ja sehr gut kennt, geführt. Ich wollte alles Notwendige aus organisatorischer Sicht in die Wege leiten, damit dieser Workshop eben so rasch als möglich verwirklicht werden kann.

Ich habe daher Überlegungen hinsichtlich der Dauer und eines möglichen Termins angestellt. Diese Überlegungen habe ich sämtlichen Ausschußmitgliedern und dem Herrn Bürgermeister mit Schreiben vom 14. März mitgeteilt. Auch habe ich über den Sinn und Zweck dieses Seminars unterrichtet.

Und ich habe sogar mit ihnen persönlich, geschätzter Herr Kollege Fürweger, den Termin 12./13. Mai abgesprochen, bevor das Schreiben hinausgegangen ist.

Interessanterweise haben sie damals keine Veranlassung gesehen, Ort, Dauer, Termin oder den Sinn der Veranstaltung in Frage zu stellen. Um so überraschender war natürlich dann für mich auch die Diskussion im Ausschuß. Ich habe aber damals als Vorsitzender des Ausschusses den Wunsch der Kürzung zur Kenntnis genommen.

Zur zweiten Frage: „Warum wurde dieser Workshop gerade in Sierning durchgeführt?“

Nun, ich weiß aus meiner langjährigen Tätigkeit als politischer Mandatar, wie schwierig es ist, Raum und Zeit zu finden, um ungestört wichtige Dinge besprechen zu können, bei denen es noch dazu um die Berücksichtigung verschiedenster Interessen geht. Um in der ohnehin knappen zur Verfügung stehenden Zeit ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen, bin ich der Empfehlung des externen Beraters, einen gut ausgestatteten, etwas außerhalb von Steyr gelegenen Seminarraum zu wählen, auch nachgekommen.

Abgesehen davon, daß es mehr als fraglich ist, im Rathaus über einen Zeitraum von mehr als 5 Stunden wirklich ungestört zu arbeiten, möchte ich darauf hinweisen, daß weder der Magistrat noch das APT über einen ähnlich gut ausgestatteten Seminarraum, wie dies in Sierning beim Forsthof der Fall ist, verfügt.

Im Forsthof war gewährleistet, daß alle Teilnehmer ohne Störung von außen arbeiten konnten. Und ich glaube tatsächlich, daß wir sehr gute Arbeit geleistet haben, womit ich bereits bei der übernächsten Frage angelangt bin, die ich, wenn sie gestatten, der Frage 3 vorziehe.

Frage 4: „Werden sie auch in Zukunft solche Workshops außerhalb von Steyr veranstalten?“

Dazu ein klares „Ja“! Ich werde dann voll dafür eintreten, wenn - wie in diesem Fall - die Wichtigkeit des Themas oder Problems es verlangt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf das oft zitierte Beispiel in der Privatwirtschaft verweisen.

In der Privatwirtschaft sind solche Klausuren oder Workshops gang und gäbe, wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen und Weichen für die Zukunft zu stellen. Die Qualität unserer Arbeit sollte uns das wert sein, womit ich dann bei der nächsten Frage, den „Kosten“, bin.

Der Workshop hat dem APT inklusive Vor- und Nachbereitungszeit S 22.500,-- inkl. MWSt. gekostet. Dazu kommen die Kosten für den Seminarraum in Höhe von S 781,--.

Zu Frage 5) „Steuerungsteam“:

Die Frage würde sich wahrscheinlich erübrigen, hätten sie - so wie die übrigen Ausschußmitglieder - am Workshop, geschätzter Herr Gemeinderat, teilgenommen. Da sie aber offensichtlich einen falschen Termin vorgemerkt hatten oder aus sonstigen persönlichen Gründen nicht teilnehmen konnten, bin ich auch hier gerne bereit, ihnen das kurz zu erklären.

An diesem Nachmittag wurde ein Reihe von Maßnahmen erarbeitet, um die Arbeit im Dreieck „Politik - Heimleitung - Rathaus“ noch effizienter werden zu lassen. Die von ihnen genannten Personen sollen dafür Sorge tragen, daß diese Maßnahmen in der Folge auch umgesetzt werden. Da sich der Ausschuß - wie sie wissen und auch mitbeschlossen haben - nur vierteljährlich trifft, schien uns diese Vorgangsweise sinnvoll, um auch hier wiederum raschere Ergebnisse zu erzielen.

Ich darf aber aufklären - und vielleicht beruhigt sie das -, dem APT-Ausschuß wird selbstverständlich nicht in seine Kompetenzen gegriffen.

Zu Frage 6) „Lenkungsausschuß“:

Ohne mich jetzt im Detail auf das Projekt „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“ einzulassen, möchte ich dazu sagen, daß wir, so meine ich, zwischen Arbeitsstrukturen und gesetzmäßig eingerichteten Organen, wie das beispielsweise der Verwaltungsausschuß ist, unterscheiden müssen.

Effiziente Arbeitsstrukturen sollen effizientes Arbeiten ermöglichen. Ein neues Heim zu planen und zu bauen - und da werden sie mir sicherlich zustimmen - ist ein komplexes Unterfangen, das der Einbindung aller Fachleute bedarf. Und dazu reichen unsere herkömmlichen Strukturen nicht aus. Da muß man eben andere Arbeitsformen finden, die es ermöglichen, quer durch die Bereiche, ohne die uns bekannten Hierarchien, gemeinsam zu arbeiten.

Da - wie gesagt - Projektarbeit bereichsübergreifend ist, ist es sinnvoll, den Lenkungsausschuß für dieses wirklich wichtige Projekt „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“ über die Mitglieder des Verwaltungsausschusses hinaus um jene Personen zu erweitern, die für ein gutes Ergebnis unbedingt notwendig sind. Wir haben daher die politische Basis für dieses Projekt mit Herrn GR Apfelthaler erweitert. Dir. Schön ist deswegen dabei, damit die Ergebnisse unmittelbar in der Bauplanung berücksichtigt werden können bzw. der Herr Magistratsdirektor, damit die Koordination dann auch auf Beamtenebene reibungslos funktioniert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Die Beantwortung wurde sehr umfangreich vorgenommen und wird so zur Kenntnis genommen.

Bei Pkt. 4 - ***Mitteilungen des Bürgermeisters*** - möchte ich zunächst über die Behandlung der Beschlüsse des Jugendgemeinderates berichten. In diesem Zusammenhang hat der Jugendgemeinderat einen Antrag beschlossen, die Zusammensetzung, die Einberufung sowie Einsetzung und Installierung des Jugendgemeinderates neu zu gestalten oder neu gestalten zu wollen sowie eine offene Diskussion zwischen Politikern und Jugendlichen abzuführen. Die Jugendgemeinderatsbeschlüsse „Neugestaltung des Steyrer Jugendgemeinderates“ und „offene Diskussion zwischen Politikern und Jugendlichen“ wurden in der Sozialausschußsitzung vom 26. 5. 1997 unter Beteiligung der Jugendlichen behandelt. Es wurde aber noch kein endgültiges Ergebnis erzielt. Beide Jugendgemeinderatsbeschlüsse werden nach internen Beratungen über die weitere Vorgangsweise im September d. J. mit den Vorsitzenden der drei Jugendgemeinderatsausschüsse, die sich mit diesen Themen beschäftigen, weiter behandelt werden.

Zur **Adaptierung öffentlicher WC-Anlagen** darf ich mitteilen, daß in der Bauausschußsitzung am 12. Juni 1997 von Jugendgemeinderat Manfred Reif jun. über die Jugendgemeinderatsdebatte zu diesem Thema berichtet wurde, daß im Stadtplatzbereich zu wenige behindertengerechte Toiletten vorhanden sind. Da am Stadtplatz lediglich nur eine behindertengerechte Toilette vorhanden ist, wurde seitens des Jugendgemeinderates vorgeschlagen, auch die anderen öffentlichen Toiletten am Stadtplatz und auf der Promenade für Behinderte auszustatten.

Ab 7. Juli d.J. - also in wenigen Tagen - wird die öffentliche WC-Anlage im Rathaus mit einem Kostenaufwand von ca. S 600.000,- generalsaniert und dabei auch behindertengerecht ausgestattet. Im Jahr 98 soll laut Bauausschuß-Beschluß, der sich natürlich auch noch in das Budget nächsten Jahres wird fortsetzen müssen, die öffentliche Toilette Zwischenbrücken saniert werden. Eine Adaptierung bzw. Sanierung der Toiletten auf der Promenade ist aufgrund des desolaten Zustandes nicht möglich. Desolat im Hinblick darauf, weil ein Umbrechen und eine Erweiterung der Durchgangsmöglichkeiten das nicht sinnvoll erscheinen lassen. Deshalb wird man sich überlegen müssen, für diesen Standort einen Neubau bzw. die Anmietung von WC-Containern in Betracht zu ziehen.

Die **Aufklärung über die Möglichkeiten der Drogenberatung** war ein weiterer Punkt, der im Jugendgemeinderat behandelt wurde. Von den Jugendlichen wurde in der Sozialausschußsitzung am 26. 5. 1997 vorgebracht, daß die seit ca. 1 Jahr bestehende Drogenberatungsstelle „X-Dream“ in der Bahnhofstraße viel zuwenig bekannt ist. Herr Klima vom Verein „X-Dream“ schilderte gemeinsam mit Herrn Dr. Nones die bestehende Drogenproblematik bei Jugendlichen in Steyr. Von Herrn Klima wurde angesprochen, daß zwar entsprechendes Info-Material über die Drogenberatungsstelle an alle Steyrer Schulen versandt wurde, dort aber offensichtlich zum Teil für die Schüler nicht zugänglich ist. Es wurde vereinbart, daß durch Herrn Amtsarzt Dr. Nones an den Bezirksschulrat bzw. an die Direktionen der höheren Schulen und Berufsschulen in Steyr herangetreten wird, um zu erreichen, daß das Angebot der Drogenberatungsstelle „X-Dream“ in den Schulen besser publik gemacht wird.

Von Herrn Klima wurde noch darauf hingewiesen, daß die Zusammenarbeit mit manchen Schulen schon jetzt sehr gut funktioniert und hier Vorträge in Schulen bzw. Schulklassen abgehalten werden und diese auch in die Beratungsstelle kommen.

Die **weitere jährliche Aufnahme von Lehrlingen beim Magistrat Steyr** war auch ein Punkt, der die Jugend bewegt hat.

In der Sitzung des Personalbeirates am 23. Juni wurde der Antrag des Jugendgemeinderates auf jährliche Aufnahme von Lehrlingen in den Lehrberufen Bürokauffrau/mann sowie Gas- und Wasserinstallateur diskutiert und von allen Sitzungsteilnehmern positiv zur Kenntnis genommen. Entscheidend für die Anzahl der künftighin aufzunehmenden Lehrlinge wird jedoch auch neben den Erfahrungen mit den diesjährigen Lehrlingen eine entsprechende Arbeitsplatzvorsorge sein. Bis März 1998 soll von der Fachabteilung für Personalverwaltung ein Erfahrungsbericht dem Personalbeirat zur Beratung vorgelegt werden. Der Personalbeirat wird dann über die Anzahl und über die Möglichkeit der weiteren Einstellung von Lehrlingen eine entsprechende Empfehlung an den Stadtsenat abgeben.

Jährliches Streetsportsevent: In der Sitzung des Stadtsenates am 26. Juni d.J. wurde der Jugendgemeinderatsantrag über die Durchführung eines jährlichen Streetsportsevents in Steyr mit Streetball, Streetsoccer, Streethockey und ein Skateevent in Anwesenheit des Jugendgemeinderates Reif Manfred ausführlich diskutiert und beschlossen, daß den Mitgliedern des Jugendgemeinderates für die Durchführung des erwähnten Streetsportsevents die Sportanlage Rennbahn zur Verfügung gestellt wird. Weiters werden in Abstimmung mit der Fachabteilung für Schule und Sport die Herstellung von Ausschreibungen, Plakaten etc. sowie deren Versendung von der Stadt übernommen. Die dadurch entstehenden Gebühren und Kosten sollen in Form einer Subvention rückvergütet werden.

Betreffs der **Errichtung eines Jugendzentrums** am Tabor ist auch in der Sozialausschußsitzung am 26.5 in Anwesenheit der Jugendgemeinderäte Kaiser und Oppl in diesem Zusammenhang auf das nunmehr bestehende Jugend- und Kulturhaus im Wehrgraben sowie auf die sonstigen bestehenden Jugendzentren hingewiesen worden. Die Notwendigkeit eines eigenen Jugendzentrums im Stadtteil Tabor wurde von den beiden anwesenden Jugendgemeinderatsmitgliedern selbst in Frage gestellt. Sie äußerten, daß eine Behandlung dieses Themas im Gemeinderat nicht notwendig erscheint, und die übrigen Jugendgemeinderatsmitglieder werden von ihnen in dieser Weise darüber informiert.

Betreffs der **Instandhaltung, Erneuerung und Aufstockung von Spielplätzen** wird mitgeteilt, daß derzeit von der Stadt 22 öffentliche Spielplätze, wovon 2 „Fun-Courts“ kurz vor der Fertigstellung stehen, den Jugendlichen angeboten werden. Von den Mitgliedern bzw. den Antragstellern im Jugendgemeinderat wurde richtig erkannt, daß die Instandhaltung dieser Spielplätze ein großes Problem darstellt. So sind die Instandhaltungskosten aufgrund von Vandalismusschäden um ein Vielfaches höher als die durch natürliche Abnutzung.

In den vergangenen Wochen wurden die Spielplätze einer technischen Überprüfung gemäß ÖNORM unterzogen. Dabei sind Instandsetzungskosten von ca. S 365.000,-- festgestellt worden, wobei ca. 1/3 auf die natürliche Abnutzung und 2/3 auf Vandalismusschäden zurückzuführen sind.

Diese Instandhaltungskosten werden von der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung für das Jahr 1998 bei der Voranschlagserstellung eingebracht.

Betreffs einer **teilweisen Verbreiterung der öffentlichen Fahrradständer**, nämlich die Verbreiterung dieser Abstände aufgrund der heute üblichen Bereifung, die hier vom Jugendgemeinderat angesprochen wurde, darf hier berichtet werden, daß in der Spitalskystraße, am Stadtplatz beim Leopoldi-Brunnen sowie am Prof. Jörg Reitter-Platz der Austausch vorgesehen ist. Die Bestellungen wurden bereits vorgenommen.

Graffitigestaltung eines städtischen Busses war auch ein Anliegen des Jugendgemeinderates. In der Sitzung des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen am 16.6.1997 wurde die Graffitigestaltung eines städt. Busses behandelt und beschlossen, daß die Bemalung des Busses im Rahmen eines Jugendfestivals erfolgen soll.

Von den Stadtwerken werden hiebei die Kosten für die Vorbereitung des Busses, nämlich das Aufschleifen der derzeitigen Lackierung, übernommen. Die übrigen Kosten sollen von den Mitgliedern des Jugendgemeinderates in der Form übernommen werden, daß ein Sponsor gesucht werden soll.

Betreffs der **Durchführung eines Jugendfestivals** hat sich der Ausschuß für Verkehr, Umwelt und Kultur des Jugendgemeinderates damit beschäftigt und den Antrag gestellt, daß die Stadt die Durchführung eines Jugendfestivals unterstützen möge. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des gemeinderätlichen Kulturausschusses am 28. Mai 1997 behandelt. Für den Jugendgemeinderat nahmen Frl. Monika Kalkgruber und Herr Jürgen Kaufmann an dieser Sitzung teil. Diese begründeten ihren Wunsch, daß bei einem Jugendfestival Steyrer Nachwuchsbands, Graffiti-Sprayer, Nachwuchskabarettisten, Jugendtheatergruppen usw. die Chance bekommen sollen, entdeckt und bekannt gemacht zu werden.

Im Zusammenhang mit dem Sachbearbeiter im Jugendreferat, Herrn Emmerich Peischl, wird heuer ein Konzept für die Organisation, Finanzierung usw. erstellt. Das Jugendfestival selbst soll im Jahr 1998 stattfinden.

Betreffs der **Parkbänke im Gartl** bei der Brunnenanlage in der Ölberggasse wurden durch die Stadtgärtnerei Mitte Mai zwei transportable Parkbänke aufgestellt. Problematisch sind auch in diesem Zusammenhang wiederum die Vandalismusschäden, die in den letzten Jahren enorm zugenommen haben.

Der Jugendgemeinderat hat auch eine Empfehlung gegeben, in **verstärktem Maße Kreisverkehr zu errichten**. Dieses Thema wäre in der Verkehrsausschußsitzung behandelt worden. Es war aber kein Vertreter des Jugendgemeinderates, obwohl sie eingeladen waren, zugegen, daher hat man diesen Tagesordnungspunkt dort nicht behandelt.

Ich darf aber berichten - und es ist ja im Gemeinderatskreis allgemein bekannt -, daß wir sowohl in der Haager Straße im Zusammenhang mit der Errichtung der Nordspange als auch in der Seitenstettner Straße einen Kreisverkehr errichten werden bzw. wollen.

Ich darf berichten, daß bereits im Stadtbad neue Attraktionen - **die Wasserrutsche und der Beachvolleyball-Platz** - in Betrieb gegangen sind.

Weiters darf ich berichten, daß aufgrund der **Reparaturarbeiten der Kunsteisfläche** die Skater ins Freie übersiedelt sind. Die „Fun-Geräte“ werden auf der nebenbefindlichen Stocksützenbahn aufgestellt.

Weiters ist zu berichten, daß die **Schulsportplätze in den Ferien** erstmals auch am Wochenende der

Jugend zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt stellt den Kunstrasenplatz der Sportanlage Rennbahn, der Sportanlage der Schule Taschried, der Sportanlage Münchenholz sowie der Sportanlage der Schule Ennsleite auch heuer wieder für die Kinder und Jugendlichen in den Sommerferien zur Verfügung. Dieses Mal erstmalig auch am Wochenende. Die Sportanlagen sind von 9 bis 20 Uhr frei zugänglich. Lediglich der Kunstrasenplatz der Sportanlage Rennbahn ist an Samstagen, Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Betreffs eines **Antrages der Freiheitlichen auf Änderung der Öffnungszeiten im Magistrat Steyr** möchte ich berichten, daß Herr Vizebgm. Dr. Pfeil und Herr GR Fürweger am 17. Juni einen Antrag auf gemeinderätliche Behandlung der Änderung der Öffnungszeiten des Magistrates Steyr eingebracht haben.

Ich habe diesen Antrag durch die Juristen des Geschäftsbereiches I einer Zuständigkeitsprüfung unterziehen lassen. Es wurde festgestellt, daß dem Gemeinderat in Angelegenheiten der Wochenarbeitszeit- und Parteienverkehrszeitregelung keine Entscheidungskompetenz zukommt. Da der Gemeinderat in dieser Angelegenheit nicht zuständig ist, konnte ich diesen Antrag auch nicht auf die Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung nehmen. Hiefür zuständig ist der Stadtsenat. Ich werde daher diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten StS.-Sitzung setzen und dort auch zur Behandlung bringen.

Zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** kann berichtet werden, daß sich die Dinge weiterhin günstig entwickeln und wir hier mit 6,2 % Arbeitslosenrate - für uns immer noch viel zu hoch - erstmals unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Der Trend, der sich schon seit 2 Monaten abzeichnet, setzt sich auch in die Zukunft fort.

Im Juni 1997 sind insgesamt 2.544 vorgemerkte Arbeitslose. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vormonat um 3,7 %, das sind 97 Personen, reduziert und gegenüber dem Vorjahr um 5,3 %.

Im Juni 1997 sind 251 offene Stellen gemeldet, das sind um 20 Stellen weniger als im Vormonat.

Damit habe ich die Berichte des Bürgermeisters vorgetragen, und ich darf sie unter Pkt. 5 bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zur Gemeinderatssitzung zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Vor Eingang in Pkt. 6) ***Behandlung der Verhandlungsgegenstände*** möchte ich mitteilen, daß 2 Dringlichkeitsanträge vorliegen, und zwar betrifft der eine Dringlichkeitsantrag die Änderungen in den Ausschüssen, die aufgrund des Ausscheidens von Dr. Tilman Schwager und des Neueintrittes der Frau GR Watzenböck erforderlich sind. Der Dringlichkeitsantrag betrifft konkret die von der Freiheitlichen-Fraktion vorgeschlagenen Personen, die in die Ausschüsse entsendet werden sollen.

Ich schlage vor, daß ich darüber abstimmen lasse und die Dringlichkeit diesem Antrag zuerkannt wird und wir diesen am Ende der Tagesordnung in Behandlung nehmen.

GR Hermann Rupprechter trifft um 14.43 Uhr ein.

Wenn sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind, lasse ich gleich darüber abstimmen. Wenn sie der Dringlichkeit zustimmen, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Der zweite Antrag betrifft eine Änderung unseres Statutes. Ich bringe ihnen den Antrag zur Kenntnis:

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 3. Juli 1997.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge folgende Resolution an den OÖ. Landtag beschließen:

Das Statut für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBl. Nr. 18/1997, wird wie folgt geändert:

Nach § 40 wird folgender § 40 a eingefügt:

§ 40 a

Untersuchungsausschuß

(1) Der Gemeinderat kann zur Prüfung behaupteter Mißstände in der Verwaltung der Gemeinde von Fall zu Fall Untersuchungsausschüsse einsetzen. § 40 Abs. 2, 5, 6 erster Satz und Abs. 7 bis 9 gelten sinngemäß.

(2) Für Beweisaufnahmen, die vom Untersuchungsausschuß selbst vorgenommen werden, gilt das AVG sinngemäß.

(3) Die Sitzungen des Untersuchungsausschusses können für vertraulich erklärt werden. Insoweit dies geschieht, haben die Teilnehmer an den Sitzungen über den Inhalt der Beratungen und Beschlüsse Stillschweigen zu bewahren.

(4) Das Ergebnis der Prüfung ist in einem schriftlichen Bericht an den Gemeinderat zusammenzufassen. Die Berichte sind innerhalb von vier Wochen nach ihrer Fertigstellung dem Gemeinderat vorzulegen und dürfen vor Beginn der Beratungen im Landtag nicht veröffentlicht werden.

(5) Nach den strafrechtlichen Bestimmungen über falsche Beweisaussagen vor Gericht ist auch zu bestrafen, wer die dort genannten Handlungen vor einem Untersuchungsausschuß begeht.

Begründung:

Entsprechend der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses für die Tätigkeiten im Bereich der Landesvollziehung soll auch in den Städten mit eigenem Statut die Möglichkeit zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geschaffen werden.

Den Städten mit eigenem Statut kommt auf Grund ihrer verfassungsrechtlichen Stellung und wirtschaftlichen Bedeutung eine besondere Stellung innerhalb der Gemeinden zu, sodaß für diese Städte - im Gegensatz zu den übrigen Gemeinden - die Schaffung von besonderen Untersuchungsausschüssen zur Untersuchung von Mißständen in der Gemeindeverwaltung jedenfalls gerechtfertigt ist.

Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht. Herr Dr. Pfeil,

bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich spreche nur zur Dringlichkeit. Im Moment hat man gerade im Land unter den Landtagsfraktionen Übereinstimmung über die Einsetzung von Kontrollkommissionen im Bereich des Landtages erzielt. Die Diskussion über die Einsetzung von Kontrollkommissionen im Bereich der drei Statutarstädte ist noch im Laufen. Sie ist hochaktuell. Ich glaube und bin überzeugt, es ist unbedingt notwendig, daß auch die 3 Städte - und ich schlage das jetzt für Steyr vor - ein Zeichen setzen, daß wir das auch wollen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht weiter das Wort? Herr Kollege Schloßgangl, bitte sehr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Grundsätzlich, glaube ich, ist es richtig und sinnvoll, auch in Statutarstädten einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Nachdem aber hier das Statut der Stadt geändert werden muß, soll man das nicht mit einem Dringlichkeitsantrag machen, sondern mit einem normalen Antrag, den man diskutieren kann und nicht im vorletzten Gemeinderat vor den Wahlen - es riecht mir zu sehr nach Wahlpropaganda - überraschend diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag einbringen. Wir wollen darüber diskutieren. Ich glaube, daß wir jetzt schon viele Probleme, die in der Stadt anfallen, mit unserem Kontroll- und Prüfungsausschuß geregelt haben. Ich stehe aber nicht an, daß es auch einen Untersuchungsausschuß geben könnte oder sollte. Aber nicht ad hoc, von heute auf morgen, sondern das gehört diskutiert und vorbereitet. Und dann gehört auch ein entsprechender Antrag - und keine Resolution - an das Land gestellt. Wir werden heute dem Antrag die Dringlichkeit nicht geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zur Dringlichkeit noch das Wort? Keine weitere Wortmeldung, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, der möge ein Zeichen geben. (9 Stimmen F). Wer stimmt gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit? (24 Stimmen: SP, ÖVP, GAL) Das ist die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, er kommt in die nächste Gemeinderatssitzung. Abgelehnt ist er nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Dringlichkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben gesagt: „Der Antrag ist abgelehnt.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ausdrücklich über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen lassen. Herr Dr. Pfeil, natürlich kommt er auf die nächste Tagesordnung.

Wir sind bei den Verhandlungsgegenständen angelangt. Ich darf die Kollegin Mach bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERST. BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr vom 3.7.1992. Im Zusammenhang mit einer Änderung der Gesetzeslage auf Landesebene ist eben bei uns auch diese Novellierung erforderlich. In diesem Zusammenhang darf ich ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen:

1) Gem-3121/88 Novellierung der Gemeinde - Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr vom 3.7.1992, i.d.F.d.N. vom 22.4.1993 und 18.4.1996

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 6. Mai 1997 wird die in der Anlage beigeschlossene novellierte Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt rückwirkend mit 1. Jänner 1997 in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr.

Ich ersuche um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte den hohen Gemeinderat darauf hinweisen, daß es sich hier um ein rückwirkendes Gesetz handelt. Wir beschließen etwas, das bis zum 30. Juni 1997 beim zuständigen Magistrat einzureichen ist. 30. Juni 1997! Diese Vorgangsweise hat sich der steuerpflichtige Bürger nicht verdient. Ich sage es nur. Selbstverständlich wird man in der Sache dieses Gesetz reparieren müssen, aber das ist keine geordnete Gesetzeswerdung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Ausführungen des Herrn Dr. Pfeil veranlassen mich, auch die zweite Seite des Geschehens ein wenig zu beleuchten.

Es handelt sich bei dieser Beschlußfassung nicht um eine überfallsartige Vorgangsweise für die Steuerpflichtigen, sondern es handelt sich in Wirklichkeit um die Erfüllung eines Wunsches oder einer Forderung **d e r** Steuerpflichtigen, hier für sie bessere, nämlich spätere, längere Fristen zu bekommen. Das ist von der Interessenvertretung der Wirtschaftskammer und der Interessenvertretung der Getränkesteuerpflichtigen verlangt worden. Und man hat im Gesetz dieser Regelung Rechnung getragen. Die gesetzliche Änderung, die im Landtag vorgenommen wurde, ist selbstverständlich bei uns sofort eingearbeitet worden. Die Steuerpflichtigen freuen sich darüber, daß wir das heute beschließen, weil sie dann zu einem späteren Zeitpunkt Steuerpflichten haben. Das muß man also schon sagen. Nicht, daß der Eindruck entsteht, wir erhöhen rückwirkend Steuern und es sind alle fürchterlich betroffen, weil das so geschieht. Die haben sich das gewünscht. Und dieser Wunsch wird ihnen erfüllt. Daher bitte ich bei dieser Abstimmung, auch auf diesen Umstand Rücksicht zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag betrifft eine Förderung des Vereines FAB (Verein zur Förderung von Arbeit und Bildung), Lehrlingsausbildung in Steyr. Es geht um eine Subvention. Wie sie wissen, meine Damen und Herren, ist das Thema Lehrlingsausbildung und Ausbildung überhaupt ein für uns als wichtig erkanntes Thema oftmals beraten worden. Es sollen aber nicht nur Lippenbekenntnisse sein, sondern es ist auch erforderlich, daß man Taten setzt. Taten haben wir insofern gesetzt, daß eine halbe Million Schilling im Budget vorgesehen wurde, um in einer konzertierten Aktion mit der Arbeitsmarktverwaltung (jetzt AMS) und dem Land OÖ. möglichst effektiv zusätzliche

Ausbildungsstellen zu schaffen. Mit dieser halben Million Schilling ist es konkret möglich geworden, daß 35 zusätzliche Lehrstellen in der Stadt geschaffen wurden, und zwar 15 davon in der Lehrwerkstätte der SNF AG und 20 in Bereichen des Gewerbes, des Handels und der Gastronomie. Ich glaube, daß das ein schöner Erfolg ist, jedenfalls ein Teilerfolg. Wenn man diese 35 Lehrstellen, die zusätzlich geschaffen wurden, mit den 7, die wir hier am Magistrat direkt geschaffen haben, zusammennimmt, dann bedeutet das doch, daß ungefähr 25 - 30 % der bis zu diesem Zeitpunkt arbeitssuchenden Jugendlichen untergebracht werden können und konnten und eine entsprechende Ausbildung erhalten.

In diesem Zusammenhang ergeht nunmehr der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Fin-22/97 Verein FAB (Förderung von Arbeit und Bildung); Lehrlingsausbildung in Steyr; Subvention

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 22.5.1997 wird dem Verein FAB (Verein zur Förderung von Arbeit und Bildung), Hamerlingstraße 4, 4020 Linz, für die Schaffung von 35 zusätzlichen Lehrlingsausbildungsplätzen in Steyr - davon mindestens 20 für Lehrlinge mit einem ordentlichen Wohnsitz in Steyr - eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 500.000,-- gewährt.

Gleichzeitig erklärt sich die Stadt Steyr bereit, auch für das 2. und 3. Lehrjahr jeweils einen gleich hohen Betrag von S 500.000,-- zur Verfügung zu stellen und wird der Auszahlung dieses Förderungsbetrages nach Maßgabe der in den Jahresvoranschlägen 1998 und 1999 vorgesehenen finanziellen Mittel grundsätzlich zugestimmt.

Für das Jahr 1997 wird zu diesem Zweck ein Betrag von S 500.000,-- bei der VSt. 1/2280/756000.0 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR. Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Daß gerade die Freiheitlichen, und das in einem nicht unerheblichen Ausmaß, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sich für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und mehr Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen einsetzen, beweisen auch zahlreiche Initiativen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, was man von den Mandataren der Mehrheitsfraktion der SPÖ hier im Hause nicht immer behaupten kann.

Ich darf nur an die Abstimmung vor kurzem hier in diesem Saal erinnern, wo es darum gegangen ist, eine Anforderung von uns Freiheitlichen zu erfüllen, nämlich mehr Lehrplätze im Magistrats-Verwaltungsbereich zu schaffen. Jeder weiß, wie die Abstimmung damals ausgegangen ist, daher brauche ich darauf gar nicht näher eingehen.

Allerdings, meine Damen und Herren des Gemeinderates, gehen wir auch davon aus, daß eine

Bedarfserhebung durchzuführen ist, wo denn dann tatsächlich ausgebildete Lehrlinge gebraucht werden. Das heißt also: Im Interesse der Jugendlichen müssen diese in Berufssparten ausgebildet werden, wo sie auch dann tatsächlich die Chance haben, in der Wirtschaft einen Arbeitsplatz zu erhalten. Und wenn ich mir den Amtsbericht anschau - und das habe ich bereits im Stadtsenat gesagt -, wage ich zu bezweifeln, daß hier eine derartige Grundlagenerhebung durchgeführt wurde. Wenn nämlich hier zu lesen ist, ich darf wörtlich zitieren: „Die Notwendigkeit für diese Art der Ausbildung ergibt sich aus einem in den letzten Jahren stetigen Sinken des Lehrstellenangebotes bei gleichzeitigem kontinuierlichen Steigen der Lehrstellennachfrage, sodaß bei weitem nicht mehr alle Lehrstellensuchenden auch tatsächlich einen Lehrplatz finden können.“ Ich darf das wiederholen, daß das sicherlich kein Kriterium für die Auswahl von Lehrplätzen bzw. für die Auswahl von Berufssparten, die man dann auch tatsächlich brauchen kann, um einen Arbeitsplatz zu erhalten, ist.

Nachdem es sich aber hier um eine grundsätzlich sehr positive Förderungsmaßnahme handelt, werde ich - so wie meine Fraktionskollegen - diesem Antrag trotz dieser von mir geäußerten Kritik die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner.

GR Franz Rohrauer trifft um 15.03 Uhr ein.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es ist in Anbetracht der schwierigen Situation am Lehrstellenmarkt jede Aktivität zu unterstützen, die zu einer Verbesserung dieser Situation führt.

Es ist erfreulich, daß es hier auch Aktivitäten seitens der Gemeinde gibt. Wir werden selbstverständlich diese Dinge unterstützen.

Ich möchte kurz erwähnen, daß es auch in der Lehrwerkstatt des größten Steyrer Betriebes in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice gelungen ist, eine, vielleicht ist die Bezeichnung „Entspannung“ noch übertrieben, aber es ist doch gelungen, zusätzlich jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, eine Ausbildung in Form einer sogenannten „Anlehre“ zu ermöglichen.

Ich bin aber eigentlich aus einem anderen Grund herausgegangen. Ich habe das hier schon einmal vor einiger Zeit erwähnt, es ist mir aber sehr wichtig, daß man in Zukunft seitens der Stadt alles daran setzt, jene Großbetriebe, die es sich wirklich leisten können - und ich spreche in erster Linie die BMW-Motoren AG in Steyr an, die ja auch sehr viel Geld, wenn man die jüngsten Medien und Fernsehberichte ansieht, für Public Relations und andere Dinge zur Verfügung stellt - wieder einmal daran zu erinnern, daß eben die Jugendarbeitslosigkeit und vor allem die Lehrlingsausbildung in Zukunft ein größeres Anliegen sein muß, als es derzeit der Fall ist. Ein Betrieb mit derartigen Gewinnen, mit derartigen Umsätzen, die sehr erfreulich sind, kann sich einfach nicht so abputzen, wie ich der Meinung bin, daß er es derzeit tut. Es muß auch Beitrag geleistet werden, daß die Lehrwerkstätte in Zukunft dementsprechend ausgelastet wird. Und es soll über die 10 oder 15 Lehrlinge hinaus, die derzeit von BMW ausgebildet werden, in Zukunft ein größeres Ausmaß erreicht werden. Der Herr Bürgermeister oder wer immer glaubt, dort Einfluß zu haben, sollte die

dementsprechenden Führungsorgane darauf hinweisen, daß sie in Zukunft auch hier ihrer Verantwortung nachkommen sollen. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiges Anliegen ist.

Ich darf vielleicht zum Schluß noch erwähnen: In einer aktuellen Aussendung der AK dieser Woche ist nämlich nicht mehr von 1.800 oder 1.900 Lehrlingen, die derzeit einen Lehrplatz suchen, die Rede, sondern es ist im Herbst damit zu rechnen, daß 10.000 junge Leute in OÖ. einen Lehrplatz suchen werden. Ich glaube, das ist Grund genug, daß wir wirklich alle Anstrengungen in die Richtung unternehmen und hier Abhilfe schaffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In Steyr werden zur Zeit mit Beginn 97 rd. 906 Lehrlinge in 280 Betrieben ausgebildet. Oberösterreichweit schaut das ein bißchen anders aus. 23.548 Lehrlinge in 8.450 Betrieben. Nun, wie ist es dazu gekommen, daß in den letzten 10 Jahren die Lehrlings- bzw. Lehrstellenzahl so zurückgegangen ist? Es gibt 4 besondere Gründe.

1. War bis vor kurzem der Lehrstellenmarkt mit geburtenschwachen Jahrgängen konfrontiert.
2. Gelingt es nicht, die Einbußen durch zusätzliche Interessenten, insbesondere aufgrund der Konkurrenz der schulischen Bildungswege, wettzumachen.
3. In gesamt OÖ. gesehen, übertreffen die Aufwendungen der Betriebe für die Lehrlingsausbildung den Produktivanteil der Lehrlinge um mehr als S 1,5 Mrd.
4. Verursachen praxisferne, gesetzliche Rahmenbedingungen bei so manchen UnternehmerInnen Zurückhaltung bei der Lehrlingsaufnahme.

Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die hier bei den Rahmenbedingungen geändert werden müßten. Das eine ist die Probezeit, die zur Zeit 2 Monate beträgt und viel zu kurz ist, um den Lehrling richtig kennenzulernen.

Hier wäre eine Anhebung nach meinem Dafürhalten auf 4 Monate sinnvoll. Das andere ist die Behaltspflicht. Die beträgt 4 Monate.

Lehrlinge sollten, wie andere Schüler auch, zumindest in den ersten beiden Lehrjahren die Krankenversicherung bei den Eltern mitkonsumieren können. Derzeit trägt ja der Lehrbetrieb 100 % und erst im 3. Lehrjahr gibt es eine Aufteilung.

Die entsprechende Ausbildungszeit im Betrieb, etwa 30 Stunden pro Woche im Durchschnitt, muß garantiert sein.

Die immer wieder aufkeimende Diskussion um Veränderungen der Berufsschulzeiten trägt nicht zu einer besseren Bereitschaft für die Lehrlingsausbildung in den Betrieben bei. Berufsschuleinteilungen, die Lehrgangseinteilungen, müßten auf die Bedürfnisse der Betriebe abgestimmt werden, wie z.B. keine Schuleinberufungen für Handelsbetriebe in der Vorweihnachtszeit.

Es sollte auch ein Ausbildungsfreibetrag geschaffen werden. Da gibt es eine Forderung der Wirtschaft in Höhe von rd. 30 %. Und die Lehrlingsentschädigung sollte von der Abgabe der Kommunalsteuer befreit werden.

Außerdem sollten die Ausbildungs- und Berufszeiten für Lehrlinge nach dem Jugendschutzgesetz überdacht werden, gerade in der Gastronomie, sodaß hier ein Arbeiten bis 23.00 Uhr möglich sein müßte.

Ein Problem gibt es noch bei der ganzen Lehrlingsausbildung: Rd. 55,5 % wollen nur in 10 Berufen ausgebildet werden. Wir sind natürlich dafür, daß diese Förderung dem Verein FAB zugute kommt und hier 35 Lehrplätze geschaffen werden. Ich glaube, es muß aber auch Aufgabe der Stadt sein, die anderen Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, entsprechend zu fördern und diese nicht mit „Null“ ausgehen zu lassen. Ich bitte, sich beim nächsten Budget hier Gedanken und Überlegungen zu machen und Ansätze mit einzuplanen, daß auch die übrige Wirtschaft, die bisher und auch in Zukunft den Großteil der Lehrlingsausbildung übernimmt, finanziell unterstützt wird. Aber ganz wesentlich scheint es die Rahmenbedingungen zu ändern, damit die Attraktivität für die Wirtschaft und für die Betriebe wieder größer und akzeptabler wird, Lehrlinge auszubilden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR. Bremm, bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lehrlingsausbildung ist wirklich in der heutigen Zeit ein sehr ernstes Thema. Und es freut mich, daß wir von der Stadt aus aktiv geworden sind, um gerade für die Jugendlichen der Stadt Steyr eine kleine Linderung - und für manche zumindest eine Verbesserung - zu erreichen.

Das Thema ist aber doch so ernst, daß es nicht geeignet ist, hier parteipolitische Taktiken Platz greifen zu lassen, so wie Kollege Eichhübl hier kritisiert, daß gerade wir von unserer Seite, von der sozialdemokratischen Seite, gegen die Ausbildung von Lehrlingen waren. Es ist schon sehr doppelzünftig, lieber Roman Eichhübl, hier vor einem Forum, wo Presse und Zuhörer sind, so zu reden, wir sollen mehr aufnehmen und im Stadtsenat auf die Bremse zu steigen und dort die Köpfe bei den Magistratsbeschäftigten abzusenken. Eure Forderungen und eure Vorstellungen bei den Magistratsbeschäftigten sind ja jene - und die sind ja nicht unbekannt -, daß diese um so ungefähr in der Größenordnung von 20 % gesenkt werden sollen. Auf der einen Seite aufnehmen und auf der anderen Seite abbauen. Das ist schon sehr doppelzünftig. Ich glaube, es ist nicht unbedingt ein Wahlthema, wenn wir heuer Tausende Jugendliche - speziell ab 1. September - ohne Beschäftigung vorfinden, sondern wir sollen hier Gemeinsamkeiten finden, um das Problem doch einer Lösung zuzuführen.

Kollege Payrleithner hat auch „Kraut und Rüben“ verwechselt. Lieber Hans Payrleithner, es geht hier heute im Antrag, wo wir als Stadt der FAB einen Zuschuß von S 500.000,- für Ausbildung zur Verfügung stellen, nicht um die „Anlehre“, sondern die „Anlehre“ ist ein Beschäftigungsprogramm des AMS, das für eher schulisch schwächere Personengruppen gedacht ist. Die für die Lehre die Voraussetzungen nicht bringen, gibt es ein gesondertes Programm.

Wir reden hier von 35 Lehrlingen, die im Raum Steyr ausgebildet werden und die eine ordentliche Lehre beginnen. Mit diesem Zuschuß und mit dieser Maßnahme haben wir eigentlich doch aus zwei

Sichten eine positive Entwicklung.

Auf der einen Seite ist auch die SNF Bedacht, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Es sind 15 Lehrlinge eingestellt worden, somit ist auch eine bessere Auslastung gegeben. Vor einiger Zeit haben wir über das Thema diskutiert, daß aufgrund der geringen Auslastung die Wirtschaftlichkeit der Lehrwerkstätte nicht mehr gewährleistet ist. Mit dieser Maßnahme ist hier ein kleiner Schritt in Absicherung der Lehrwerkstätte in Zukunft doch gegeben. Aber ich glaube, in Anbetracht dessen, daß auch heuer wieder eine große Anzahl von Pflichtschulabgängern ohne Beschäftigung sein wird, muß es auch notwendig sein, hier noch zusätzliche Maßnahmen zu setzen und nicht so, wie man von einem Eck gehört hat: „Bis Ende Dezember wollen wir das Problem lösen.“

Am morgigen Tag steht das Problem für all jene, die aus der Schule treten werden und nicht wissen, wie der Herbst für sie aussehen wird, keinen Lehrplatz, keine Ausbildungsstätte, keinen Schulplatz zur Verfügung zu haben mit aller Härte an. Jeder, der hier in diesem Kreise anwesend ist und selbst Kinder hat, weiß, welches Problem das ist, und hier bedarf es größter Anstrengungen.

Herr Kollege Schloßgangl hat versucht, die Ursachen für den Rückgang darzustellen. Ich will nicht bestreiten, daß vielleicht dieser oder jener Punkt einer Korrektur unterzogen werden sollte. Es gibt veränderte Rahmenbedingungen, veränderte Situationen, das mag alles seine Berechtigung haben.

Die Not bei den Lehrstellen aber jetzt von der Wirtschaftsseite auszunützen, um die sozialen Dinge, die über viele Jahre auch für die Lehrlinge nicht zu unrecht erreicht worden sind, und hier die Gunst der Stunde zu nützen und dort den Schnitt zu machen, ist auch nicht unbedingt in Ordnung.

Und wenn man sich ansieht, wie Lehrlinge - gerade im Gewerbebetrieb - vom ersten Lehrjahr an bis zum 3. oder 4. Lehrjahr für produktive Arbeit herangezogen werden, dann ist jenes, was sie in Anspruch nehmen, berechtigt. Auch die Ausbildungszeit sollte ihren Stellenwert haben. Wenn wir heute reden, daß wir in der EU wirtschaftlich konkurrenzfähig sind und wir gerade in der Ausbildung Zusätzliches tun sollen, dann sollen wir hier nicht bei den Erwachsenen anfangen, mit irgendwelchen Programmen zusätzliche Ausbildung zu machen, sondern die Ausbildungsqualität soll schon bei den Jugendlichen im Vordergrund stehen.

Ich glaube, daß ein ganz wesentliches Problem des Rückganges bei den Lehrlingen einfach auch die verlorenen Arbeitsplätze in der Industrie sich widerspiegeln. Man sieht das alleine am Beispiel in Steyr. Vor noch ca. 15 Jahren hatten wir in der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch an die 500 bis 600 Lehrlinge. Zur Zeit haben wir um die 170, 180 Lehrlinge. Das setzt sich in der gesamten Industrie fort. Ich glaube, daß doch die Wirtschaft gefordert ist, natürlich mit Unterstützung der öffentlichen Hand (das will ich gar nicht außer Frage stellen), aber in erster Linie ist es die Aufgabe der Wirtschaft und der Unternehmen, hier die Lehrplätze zur Verfügung zu stellen. Wir als Kommune sind nicht in der Lage, der Ersatz für die Aufgaben der Wirtschaft zu sein.

VIZEBÜRGERMEISTERINFRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort, Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Jugendbeschäftigung - Ausbildung - ist gerade in unserer Stadt ein zentrales Thema, und das ist auch von allen Fraktionen von sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten, wie das so üblich ist, unterstrichen worden. Ich muß sagen, Kollege Eichhübl hat es

am demagogischsten gemacht. Du entwickelst eine Professionalität auf dem Gebiet.

Daß für die Sozialdemokraten Lehrlingsausbildung wichtig war, haben wir dadurch bewiesen, daß wir eine halbe Million Schilling, die wir heute freigegeben können, ins Budget hineingeschrieben haben. Bitte, voriges Jahr! Diesem Budget habt ihr ja nicht zugestimmt. Ihr redet nur von der Freigabe. Ihr habt zwar einen sehr populistischen Überraschungsantrag (Dringlichkeitsantrag) zur Lehrlingsanfrage gestellt und euch gewundert, daß nicht alle sofort die Hände in die Höhe reißen. Es ist heute angesprochen worden, was in diesem Zusammenhang wichtig ist. Wir wären schlechte Meister, um das alte Wort für die Ausbildung zu gebrauchen, wenn man sagt: „Halt! Weil jetzt die Blauen einen Antrag stellen, müssen wir alle schnell aufzeigen.“ Es geht nämlich darum, daß die jungen Leute wirklich bei uns etwas lernen können. Es geht darum, daß es hierfür Voraussetzungen geben muß, vom Arbeitsplatz, vom Platz überhaupt, von den Ausbildungsberechtigten her usw., und das war schon zu überlegen. Wir haben gesagt: Selbstverständlich wollen wir tun, was wir können. Aber bitte schön, das muß schon ordentlich vorbereitet werden können. Wir haben es auch getan. Es ist nur eines, das ist auch angesprochen worden, man kann nicht auf der einen Seite sagen, die Magistratsbediensteten sind sowieso viel zuviel und in x-Klausurtagungen, das Personal beim Magistrat muß reduziert werden. Dann sagen wir im Handumdrehen: Aber Lehrlinge, Lehrlinge, Lehrlinge nehmen wir auf.

Wer soll sie denn ausbilden? Wo sollen sie denn dann arbeiten und etwas lernen? Wir müssen uns noch über etwas im klaren sein: Wenn wir - wie wir es getan haben - 6 Bürolehrlinge aufnehmen,

Diskussion

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meldet euch zu Wort, liebe Leute!

.....dann lernen die den Beruf und werden wahrscheinlich bei uns arbeiten. Jedenfalls ist das unsere Absicht. Wir hoffen, daß sie ihre Arbeit gut lernen und gute Arbeit beim Magistrat verrichten werden. Das wollen wir ja alle. Und das setzt voraus, daß wir die Arbeit auch nachher für diese Leute haben. Des weiteren kommt es zu einem: Wir können dann nicht die Abgänger der Handelsschule oder HAK aufnehmen, die nämlich einer sehr ähnlichen Ausbildung nahekommen. Aus dieser Abgängerschaft haben wir nämlich in der Vergangenheit in diesen Bereichen unseren Personalbedarf gedeckt. Das sollte man bei dieser Gelegenheit auch überlegen.

Aber es gibt jetzt geburtenstarke Jahrgänge und man muß alles tun.

Kollege Payrleithner hat zurecht gesagt, daß alles getan werden muß, um die Betriebe - auch die großen Betriebe - zu veranlassen, daß sie mehr Lehrlingsausbildung betreiben. Da rennst du bei mir offene Türen ein. Ich lasse keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Und ich habe es bei der feierlichen Gleichfeier „Ausbaustufe 5 - BMW“ in Anwesenheit aller der Herren des Führungsgremiums, der Vorstandsdirektoren und auch des Herrn LH-Stv. Leitl nicht verabsäumt, auf diese Umstände hinzuweisen. Das Investment der großen europäischen Konzerne in Steyr ist nämlich ausschließlich darauf zurückzuführen, daß hier qualifizierte Leute zur Verfügung stehen, vor allem Facharbeiter und Techniker. Das ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, hervorragenden Ausbildung, die hier stattgefunden hat.

Und wenn wir sagen „Schulstadt“, auf die wir stolz sind; es sind 11.000_Schüler in unserer Stadt und

wir haben uns mit der Fachhochschule die Krone aufgesetzt, wunderbar, und wenn uns gleichzeitig am unteren Ende die Berufsausbildung zerbröckelt und diese nicht mehr stattfindet, dann wird die Wirtschaftsattraktivität dieser Stadt und dieser Region darunter leiden. Das ist vollkommen klar. Ich mache das auch bei jeder Gelegenheit deutlich.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß natürlich hier schon Voraussetzungen bestehen, die traditionell vorhanden sind. Wenn ich das richtig sehe und mich richtig erinnere, hat hier die Wirtschaftskammer sozusagen die erste Hand für die Berufsausbildung. Sie hat die Verantwortung dafür immer gerne übernommen und auch nicht aus der Hand gegeben. Es wurde auch immer gesagt, es ist Aufgabe der Wirtschaft.

Ich habe gar nichts dagegen. Nur machen muß man es! Wenn man es nämlich nicht macht, dann kommt es zu dem, was ich vorher gesagt habe: Reduzierung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Es kommt natürlich aber auch dazu, daß unsere Betriebe nicht wettbewerbsfähig sind und wir im harten Kampf um den Wettbewerb - gerade in der EU - wenig Zukunft haben werden.

Und da halte ich es absolut mit unserem Herrn LH-Stv. Dr. Leitl, der bei einer Wirtschaftsveranstaltung in Steyr im Schloß Voglsang den Wirtschaftstreibenden gesagt hat: Wenn sie den Blick nur auf die Jahresbilanz haben und nicht in Forschung und Entwicklung und in Ausbildung investieren, dann wird es ihnen in der Zukunft schlechtgehen. Dessen muß sich die Wirtschaft zuvörderst bewußt sein.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß man so locker aus dem Handgelenk heraus sagt: Und jetzt verzichten wir als Gemeinde - wo man jahrelang darüber klagt, daß uns alle möglichen Aufgabenstellungen aufgebürdet werden und wir in Wirklichkeit von einigen wenigen selbständigen Einnahmequellen leben, was die Einnahmen der Kommune angeht, - auf die Kommunalsteuer, weil jetzt haben wir Probleme mit der Lehrlingsausbildung. Da bin ich lieber der Meinung, daß wir das so wie in diesem Fall machen, daß wir eben hergehen und sagen: Es ist eine schwierige Phase, wir wollen öffentlich kundtun und das auch durch den Einsatz von Finanzmitteln und durch Taten untermauern, daß wir hier zusätzliche Lehrlingsausbildungsplätze schaffen. Wobei die Betonung auf ZUSÄTZLICHE liegt. Ich bin gegen ein Gießkannenprinzip und gegen eine versteckte Wirtschaftsförderung, daß man einem jeden, der einen Lehrling ausbildet, einen bestimmten Betrag gibt. Es geht darum, die Anzahl der Auszubildenden zu erhöhen. Darauf kommt es meines Erachtens an. Und wenn ihr uns beim Wort nehmen wollt, das sage ich jetzt als Sozialdemokrat, und es brennt der Hut wirklich so, daß wir nicht wissen, wo die jungen Leute unterkommen und wenn es möglich ist, durch einen finanziellen Beitrag der Stadt hier beizutragen, daß diese jungen Leute eine Arbeit, eine Ausbildung bekommen, die sie kaum später nachholen können, dann ist es mir lieber, ein Kanalbauprojekt zurückzustellen und einmal ein Jahr, zwei oder drei Jahre 2 Mio. S in diese Ausbildung zu investieren. Wir können das uns nämlich auch leisten, weil wir im Kanalbau auch in den vergangenen Jahren schon sehr gut waren. Deswegen wird nichts zusammenbrechen. Aber die Jugend kann eine Ausbildung in der Regel nicht mehr nachholen, wenn es nicht in diesen paar Jahren passiert. Das wollte ich dazu sagen.

Im übrigen hoffe ich, glaube ich, daß alle freudig diesem Antrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beim nächsten Punkt kommt wieder Freude auf, meine Damen und Herren! Es handelt sich dabei um den Abschluß einer Vereinbarung zur Errichtung eines Parkdecks beim LKH Steyr. Wie wir alle wissen, gibt es seit Jahren, und zwar in zunehmendem Ausmaß, mit der immer stärker werden Modernisierung Parkplatzprobleme bei unserem Krankenhaus. Kein Wunder, wenn wir wissen, daß es hier rd. 1.500 Beschäftigte und rd. 1.000 Betten gibt sowie die Frequenzen, die sich aus der ambulanten Behandlung und den Besuchern ergeben. Wir wissen, daß die Beschäftigten schon lange den Wunsch haben, daß auf diesem Sektor etwas geschieht. Wir wissen auch, daß hier die Bewohner der umliegenden Wohnsiedlungen es als drückend empfinden, daß die Beschäftigten des Spitals und die Besucher ständig in ihrem Gebiet parken.

Es hat sich nunmehr die Gelegenheit ergeben, außerbudgetär eine Finanzierung für die Errichtung und den Betrieb eines solchen Parkhauses zustande zu bringen. Das ist neu in Steyr und sehr begrüßenswert, daß durch Mobilisierung privaten Kapitals gemeinnützige Einrichtungen errichtet werden. Es ist ein Pionierprojekt, das ich ausdrücklich sehr begrüße. Leicht ist es natürlich nicht gewesen, hier diese Entwicklung zustande zu bringen, denn die privaten Investoren möchten ja nicht gerne 50 Mio. S - das werden in etwa die Kosten sein - in den Sand setzen, sondern dieses Projekt ist als Ertragsprojekt geplant und wird auch als solches geführt. Wir als Stadt haben hier die Chance, weil uns dieses Grundstück dort gehört und wir das auch wollen, eben gemeinsam mit der Betreibergruppe und dem Land OÖ. dieses Projekt zustande zu bringen. Die Verhandlungen waren einigermaßen kompliziert und schwierig. Ich stehe auch nicht an festzuhalten, daß das Projekt zweimal so eiskalt war, daß es wiederbelebt werden mußte und ich auch Gespräche über andere Alternativen mit den Errichtern und Betreibern geführt habe. Es ist aber nunmehr soweit, daß wir zur Tat schreiten können. In diesem Zusammenhang liegt heute

der Antrag des Stadtsenates dem Gemeinderat vor, den ich ihnen nun vortragen möchte:

3) ÖAG-19/94 Parkdeck Landeskrankenhaus Steyr, Abschluß der zur Errichtung notwendigen Verträge mit der Parkdeck GmbH & Co. KEG sowie dem Land OÖ.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 25. Juni 1997 wird zur Errichtung des Parkdecks beim Landeskrankenhaus Steyr dem Abschluß eines Baurechtsvertrages, eines Gesellschaftsvertrages über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft sowie einer Haftungsüberebnahmevereinbarung mit der Parkdeck GmbH & Co. KEG, Steyr, Stelzhamerstraße 14 a, sowie eines Mietvertrages mit dem Land Oberösterreich über den derzeit öffentlichen Parkplatz auf Grundstück 688/8, KG Steyr, entsprechend den in der Anlage beigefügten Vertragsentwürfen zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 der Magistrat zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

(BEILAGEN)

Ich bitte sie, meine Damen und Herren, über diesen Antrag zu debattieren und diesem zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! An sich ist es erfreulich, daß die Parksituation - die Verkehrssituation - rund um das Landeskrankenhaus verbessert wird. Schon Prof. Stickler hat in seinem Verkehrsgutachten für die Stadt Steyr die Lösung dieses Problems als dringlichstes Problem angesehen. Und jetzt haben wir heute am 3. Juli 1997 in einer GR-Sitzung, die um 14.00 Uhr beginnt, wo die Bauverhandlung um 9.00 Uhr stattgefunden hat, die rechtlich gesehen gar nicht stattfinden hätte können, die Situation am Tisch. Daß man hier ein Krankenhaus-Parkdeck hat, zuerst versucht, dieses zu verhindern, zu boykottieren und dann verlangt, wo monatelang Plakatständer standen: „Die SPÖ-Nord fordert“ oder West, glaube ich, wie auch immer, Sektionen gibt es ja nicht mehr, die haben sich ja aufgelöst: „Die Sektion West fordert das Parkdeck!“ Und heute stehen dort die Plakatständer: „Wir haben es geschafft!“

Freunde, so geht es nicht. Ich werde es ihnen auch erklären, warum das so nicht geht.

1992 habe ich die ersten Gespräche mit ihnen, Herr Bürgermeister, mit dem damaligen zuständigen Referenten der Landesregierung, Herrn LH-Stv. Eckmayr, über die Verbesserung der Situation im Bereich Krankenhaus geführt. Sie haben die Meinung vertreten, das gehört dem Land, die sollen sich darum kümmern, das sind Landesbedienstete. Eckmayr hat gesagt: „Wir bauen Betten, wir sind an einem Parkhaus überhaupt nicht interessiert.“ Wörtliches Zitat aus einem Brief: „Diese Variante wird nicht weiterverfolgt. Organisatorische Maßnahmen bei der Benützung der derzeit unbeschränkt benutzbaren beiden Parkplätze werden daher unserer Ansicht nach zur Verbesserung der Situation unumgänglich sein. Aus terminlichen Gründen usw., usw. können wir uns schon dann wieder einen Gesprächstermin vorstellen.“

Wir haben oder ich habe dann die Gespräche wieder aufgenommen. Habe in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern des Landes, mit Herrn Ing. Hametner, mit den Bediensteten des Landeskrankenhauses, mit der Ärzteschaft, mit dem Betriebsrat der Angestellten, mit dem Betriebsrat der Arbeiter, gemeinsam auch mit unserem Planungsbeauftragten Herrn Ing. Grassnigg die Probleme rund ums Krankenhaus weitergetragen. Ich habe gemeinsam mit dem Planungsbüro Ing. Wolfgruber einen Plan vorgelegt, der die Umsetzungsmöglichkeit gezeigt hat. Gleichzeitig habe ich - nachdem das Land und die Stadt keine Bereitschaft gezeigt haben, hier Mittel bereitzustellen - gesagt (wir haben es auch damals in unserer Zeitung veröffentlicht): „Die Bürger sollen ihre Probleme selbst in die Hand nehmen.“ Ich habe ein privates Beteiligungsmodell vorgeschlagen. Ich habe Herrn Mag. Stockhammer damals den Auftrag gegeben bzw. habe ihn gebeten, daß er ein privates Beteiligungsmodell ausarbeiten soll. Wir haben dann sehr großes Verständnis von den Bediensteten und den Ärzten des Landeskrankenhauses dafür bekommen. Sehr großes Verständnis. Sie waren nämlich durchaus bereit, privat zu investieren, wo sie auch dann dadurch steuerliche Vorteile erzielen hätten können. Gleichzeitig sollte dieses Modell auch als Beteiligungsmodell für alle anderen Steyrer Bürger die Chance bieten, sich daran zu beteiligen.

Im vorliegenden Entwurf der damals aufgetretenen Betreibervertreter (Herr Mag. Stockhammer bzw. sind dann Priester und Ratzinger hinzugekommen) waren die Verhandlungsbedingungen auf der letzten Seite aufgelistet: „Seitens der Betriebs- und Errichtungsgesellschaft werden an die Stadtgemeinde folgende Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die Realisierung des Projektes aufgelistet und die Stadtgemeinde gebeten, diese Rahmenbedingungen zu beschließen. Alles vor 1994:

1. Schaffung eines unentgeltlichen Baurechtes für die ersten 4 Jahre seitens des Grundeigentümers, die Stadt Steyr. Für die folgenden Jahre kann sich die Betriebs- und Errichtungsgesellschaft einen Baurechtszins von 1,0 % bis 1,5 % der externen Erlöse aus den Parkgebühren vorstellen.

2. Abschluß eines Mietvertrages mit dem Land OÖ. zur Anmietung einer Etage für die Angestellten des Landeskrankenhauses Steyr um den Jahresmietpreis von S900.000,--.
3. Schaffung von Parkverbotszonen im Umkreis des Landeskrankenhauses, vor allem im Bereich der angrenzenden Siedlungen.
4. Befreiung von Anliegerbeträgen sowie Kanal- und Wasseranschlußgebühren.
5. Befreiung von der Grundsteuer in den ersten 4 Jahren.
6. Vorschreibung eines Schrankens von Hofer errichteten Parkflächen.“

Von der Forderung einer Ausfallhaftung war damals nicht die Rede.

Nach mehreren Problemen mit den Planungen, nach mehreren Beteiligungswechseln, hat sich dann eben eine Betreibergruppe herauskristallisiert, wo dann im letzten Stadtsenat ein Antrag, ohne auf der Tagesordnung zu sein, den Stadtsenatsmitgliedern vorgelegt wurde. Ein Antrag, der 40 Seiten komplizierte Rechtsmaterie enthielt, wo sich die Stadt bis zum Jahre 2070 vertraglich finanziell bindet. Es wurde uns dann vorgeschlagen: „Machen wir halt eine Sitzungsunterbrechung, ihr habt 5 Minuten Zeit und dann seid ihr dafür.“ Herr Leithenmayr, so kann es nicht gehen! Das ist keine Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen. Das ist kein Wollen für die Probleme der Stadt Steyr. In ihrem Antrag, den sie am Donnerstag vorgelegt haben, im Amtsbericht, im letzten Absatz, auf Seite 11 steht drinnen: „Da die Bauverhandlung für 3. Juli 1997 angesetzt ist und hiezu die Grundeigentümerzustimmung der Stadt erteilt werden muß, die Sitzung des Gemeinderates jedoch erst am Nachmittag dieses Tages stattfindet, wird höflich um Beschlußfassung im Sinne des § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 gebeten.“

Nach stundenlangen Diskussionen - wir wissen es alle - ist die Dringlichkeit gefallen, und der hohe Gemeinderat hat heute dieses Vertragswerk zu beurteilen. Ich hoffe, daß sich alle über das Stadtfest hinaus dieses Wochenende mit dem Vertrag beschäftigt haben, daß sie wissen, was sie heute hier beschließen.

Ich bedauere es zutiefst, daß niemand von der Betreibergesellschaft es der Mühe wert gefunden hat, hier herzukommen und sich die Debatte im Gemeinderat bezüglich eines Jahrhundertvertrages anzuhören. Ich bedauere es zutiefst.

In diesem Amtsbericht wird davon gesprochen, daß sich „die Stadt Steyr seit dem Jahre 1994 darum bemüht“. Das ist falsch. Die Gespräche finden seit 1992 statt. Zunächst haben sich zwei voneinander verschiedene private Gruppierungen um die Errichtung dieses Gebäudes bemüht und der Stadt entsprechende Vertragsentwürfe vorgelegt. Es waren nicht zwei verschiedene, sondern es waren Betreibergruppen mit wechselnder Beteiligung.

Dieses Parkdeck war auch mehrfach im gemeinderätlichen Gestaltungsbeirat. Dort wurden die Rahmenbedingungen dargelegt. Es wurden unter anderem - und darum geht es mir auch, wir werden noch ausführlich darauf zu sprechen kommen - die verkehrlichen Maßnahmen im Gestaltungsbeirat bestimmt. Sogar der Gestaltungsbeirat wurde festgehalten, daß die Ausfahrten so zu gestalten sind, daß eine komplikationslose Bedienung der Kreuzung Bundesstraße - Sierninger Straße mit einer Ampelanlage möglich ist.

Das Projekt, das ursprünglich mit 27 Mio. S vorgelegt worden ist, ist später auf 30 Mio. S gestiegen. Jetzt vor Baubeginn sind die Kosten auf 50 Mio. S gestiegen, mit 5 Jahren Verzögerung. Das ist auch eine einmalige Leistung - bei einer Reduzierung um 107 Parkplätze. Ich glaube, das sollte man auch einmal erwähnen. Vorgesehen waren 457 Parkplätze, gebaut werden um das Doppelte 350 Parkplätze.

„Da entgegen den ersten Annahmen die vorhersehbaren Baukosten von knapp über 30 Mio. S auf ca. 50 Mio. S gestiegen sind, ist zur Verwirklichung des Projektes auch der Abschluß von Vereinbarungen notwendig, mit denen die Stadt“ - und jetzt kommt's - „auf die Dauer von 10 Jahren eine Ausfallhaftung für die prognostizierten Umsätze aus der Vermietung der Stellplätze gewährt.“ Das heißt, die Stadt gewährt eine Ausfallhaftung erst einmal für 10 Jahre, gemeinsam mit dem Land 1 : 1, und nach 10 Jahren, so steht es vage umschrieben, haftet die Stadt weiter. Das Land verabschiedet sich dann und sagt: „Tschüs, fällt nicht“. Es bleibt - und so steht das wörtlich im Amtsbericht - dann - das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen - dem Verhandlungsgeschick der Vertreter der Stadt vorbehalten, das Land zu einer weiteren Beteiligung einzuladen. Das, meine Herrschaften, steht wörtlich im Amtsbericht.

„Wesentlich“ - steht hier - „für die Stadt sind die einzuräumenden Rahmenbedingungen“, die nun gänzlich anders dargestellt werden; für die Stadt jeweils schlechter, als sogar im ursprünglichen Entwurf von den Betreibern. Also, die Betreiber haben mehr bekommen, als sie verlangt haben. Das ist das Interessante dabei. Es ist teurer geworden, es hat länger gedauert und sie haben mehr bekommen.

„So verpflichtet sich die Stadt, bis längstens zur Eröffnung des zu errichtenden Parkdecks im Bereich der sogenannten Gründbergsiedlung ein Halte- und Parkverbot ausgenommen für Anlieger zu erlassen.“

Das ist interessant. Ich bin neugierig, was die Bürger dazu sagen, daß man einfach über sie hinwegfährt und sagt: „Freunde, jetzt habt ihr vor eurer Tür ein Halte- und Parkverbot.“ Ich kenne die Siedler in der Gegend genau. Da wünsche ich viel Glück dazu.

„In der Neustraße und der unbenannten Sackgasse, die von der Neustraße parallel zur Sierninger Straße in Richtung Buffet Christkindblick verläuft, ist ebenfalls ein Parkverbot ausgenommen für Anlieger zu erlassen.“ Hier tut man sich mit einem Parkverbot ab. Hier scheint kein Halteverbot notwendig zu sein. Oder hat man hier das Halteverbot vergessen? Ich weiß es nicht.

„Diese Halte- und Parkverbote können“ - das ist wiederum der Konjunktiv - „zeitlich auf die Dauer von 7 - 20 Uhr beschränkt werden.“ Richtig ist - und damit einverstanden, weil es war auch in den Rahmenbedingungen festgehalten, daß der Park-and-ride-Parkplatz im Bereich der Fa. BMD spätestens am Ende der Pachtzeit, das ist der 30.6.1998, aufzulassen ist.

„In einem im Vertrag genau definierten Umkreis, der stadteinwärts bis zum Wiesenberg und Wehrgrabengasse geht, darf die Stadt kein eigenes Parkdeck bzw. Parkflächen, sei es gebührenpflichtig oder gebührenfrei, errichten.“

Das muß man sich auch auf der Zunge zergehen lassen. Das kann's ja nicht sein. „Ausgenommen sind die Parkflächen, die nach der OÖ. Stellplatzverordnung natürlich gesetzlich vorgeschrieben sind.“

Und jetzt kommt aber der „Umwelthammer“. Ein Schwerpunkt war, daß wir auch die Möglichkeiten im Park-and-ride-System in diesem Landeskrankenhaus-Parkdeck möglichst synergieeffektiv nützen, daß auch die Kunden für Park-and-ride in diesem Parkhaus die Möglichkeit haben, ihr Fahrzeug loszuwerden. Der Slogan damals war: „Parkschein ist Fahrschein.“ Die Leute vom Krankenhaus haben das auch sehr wohlwollend aufgefaßt und da keine Konkurrenz gesehen. Es muß den Betreibern, es muß der Stadt, es muß den Stadtwerken gelingen, die Möglichkeit zu schaffen, wie in anderen Städten, daß man mit einem Halbtages- oder Tagesparkplatz gleichzeitig einen Fahrschein für das öffentlich. Verkehrsmittel „Autobus“ in der Hand hat, wo man dann bequem ins Zentrum fahren kann.

Hier steht es auf Seite 3 des Amtsberichtes: „Um keine Konkurrenz durch öffentliche Verkehrsmittel über das normale Maß“ - ich weiß nicht, was hier das normale Maß für die Verhandler ist? - „hinaus

zu schaffen, sind auch Sonder- bzw. Gratistarife für öffentliche Verkehrsmittel vom und zum Krankenhaus ausgeschlossen.“ Definitiv ausgeschlossen.

„Auch Subventionen im Bereich privater Beförderungsunternehmen, ausgenommen Wirtschaftsförderungen nach den Wirtschaftsförderungsrichtlinien der Stadt Steyr, sind davon betroffen.“ Das heißt: Parkschein ist Fahrschein - gute Idee, ade!

Jetzt kommen wir zu den **Pönalverpflichtungen**, wo sich auch hier die Stadt für etwas hergibt, was sie gar nicht verlangt haben. „Um gegenüber der Betreibergruppe die Einhaltung der vorstehenden Verpflichtungen auch abzusichern, wurden Pönalbestimmungen in den Vertrag aufgenommen, wobei eine Deckelung in der Form vorgesehen ist, daß Pönalezahlungen mit dem Betrag limitiert sind, der sich aus der Differenz der geplanten und prognostizierten Erlöse und den tatsächlichen Einnahmen aus der Vermietung der Stellplätze an Besucher und Ambulanzpatienten errechnet.“ Auch hier hat man die Park-and-ride-Kunden vergessen. Mit denen rechnet man hier ja gar nicht! Ich verstehe hier auch die Parkplatzbetreiber nicht. Ich verstehe es nicht, daß man eine Gruppe, die man in das Parkhaus bringen will, dezitiert ausschließt! Entweder waren sie da schlecht beraten oder man hat sie schlecht beraten.

„Wie bereits einleitend hingewiesen, werden die Stadt und das Land Oberösterreich auf die Dauer von 10 Jahren gegenüber der Betreibergesellschaft eine Ausfallhaftung für die prognostizierten Erlöse durch Abschluß von gesonderten Vereinbarungen übernehmen. Während der Dauer dieser Haftungen ist eine Pönalezahlung grundsätzlich ausgeschlossen, nach Ablauf von zehn Vertragsjahren reduzieren sich alle Pönalbeiträge um die Hälfte, nach 20 Jahren auf ein Viertel, nach 25 Vertragsjahren erlischt die Verpflichtung zur Zahlung einer Pönale gänzlich. Auch die Betreibergruppe hat für Verstöße“ - das ist interessant - „gegen den Vertrag ein jährliches Pönale von S 250.000,- zu entrichten.“ Bei der Stadt hat man es minuziös aufgelistet, was wir nicht alles tun dürfen. Es ist kein einziger Punkt drinnen, was die nicht tun dürfen. Es steht nur, daß man für irgend etwas evtl. S 250.000,- zahlen soll. Es steht nichts drinnen, das ist das Phantastische dabei. Ich weiß nicht, wer von der Stadt hier diesen Vertrag mit ausverhandelt hat?!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich zum Beispiel.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist schlimm genug.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, das werden wir ja dann zum Schluß sehen, wer hier herinnen aufzeigt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

„Die im Vertrag enthaltenen Auflösungsgründe sind aus heutiger Sicht kaum ein Hemmnis zur Errichtung des Bauwerkes, da die Bauberechtigte nur dann die Auflösung des Vertrages verlangen

kann, wenn keine Baugenehmigung erteilt wird.“ Das ist interessant. Was tun die, wenn wir hier heute „NEIN“ sagen. Was tun die? Vormittag war Bauverhandlung. Rechtlich hat es die Bauverhandlung heute gar nicht gegeben bzw. hätte sie gar nicht abgeführt werden dürfen, wenn die Grundstückseigentümergeklärung nicht vorliegt.

Von den „kontaminierten Stoffen“, wo sich die Stadt natürlich auch für alles verpflichtet, alles übernimmt, möchte ich gar nicht reden. Das Risiko liegt bei der Stadt. Ganz klar.

Außerdem „räumt die Stadt Steyr der Betreibergruppe bzw. einem von dieser namhaft gemachten Dritten eine Option auf den Erwerb dieses Grundstückes ein“. Warum?

Zum **Gesellschaftsvertrag**. Hier wurde in Abänderung des ersten Entwurfes „ein Beteiligungsanteil der Stadt einvernehmlich mit 20 % festgelegt“. Aber „ein zuweisungsfähiger Gewinnanteil liegt erst dann vor, wenn die Summe der Jahresgewinne, die Summe der Jahresverluste der KEG übersteigt. Der möglicher Gewinnanteil der Stadt wird zudem um die von der Gesellschaft bezahlten Bauzinse gekürzt.“ So ein Parkdeck zu errichten - relativ bis null Risiko - ist eine schöne Geschichte. Die Stadt haftet, die Stadt zahlt.

Ich habe bereits eingangs erwähnt, zur Haftungsvereinbarung noch einmal, die Stadt haftet 10 Jahre, das Land 10 Jahre für eine bestimmte Einkommenssumme. Es bleibt dann dem Geschick über, ob es weiter mitzahlt oder nicht.

Außerdem werden zur Gesamtsumme die Einnahmen aus dem Titel „Erlöse Mieten Geschäfte“ von der Betreibergesellschaft mit S 500.000,--, das ist ein relativ hohes Limit, ich wünsche, daß sie es erreichen, für das Jahr 1998 in den Planungen bereits aufgenommen, wobei sich dieser Betrag bis zum Jahr 2007 auf S 579.000,-- erhöhen wird.

Ich möchte sie mit Details, die mir nicht ganz so wichtig erscheinen, jetzt nicht überfahren. Sie haben ja den Antrag vorliegen, aber die wichtigen Dinge möchte ich schon noch weiter mitteilen: „Da die Proponenten der Betreibergruppe das Mitspracherecht, insbesondere im Bereich der Tarifgestaltung, mit der Begründung abgelehnt haben, daß die Stadt auf diesem Wege die Einführung eines nicht kostendeckenden „Sozialtarifes“ durchsetzen kann, wurde ein Mindeststundensatz von S 20,-- in den Vertrag aufgenommen, der einseitig nicht unterschritten werden kann. Auch dieser Betrag unterliegt der Wertsicherung.“ Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, aber hier hat man sich auch abgesichert.

Jetzt zum **verkehrlichen Bereich**. Der eine Teil wurde bereits erwähnt, daß über die Bevölkerung hinaus in groben Umrissen, in sehr großen Teilen, wo die Bevölkerung nicht ausreichend oder überhaupt nicht zu Gesprächen eingeladen worden ist, mit einem Halte- und Parkverbot beglückt worden ist, wo ich weiß, daß sich andere durchaus etwas anderes vorgestellt haben. Die Leute, besonders die Bewohner in der Gründbergsiedlung, warten auf eine Lösung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Parkdeck!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, sie warten auf das Parkdeck. Aber wir sind auch verantwortlich, daß wir auch für die Bürger der Stadt das finanziell so darstellen können, daß wir auch nach dem 5. Oktober, Herr Tatzreiter und Herr

Spanring, daß wir auch nach dem 5. Oktober den Bürgern noch in die Augen schauen können, was wir heute beschlossen haben.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Da werden wir kein Problem haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Daß wir das auch nach dem 5. Oktober machen können.

Verkehrsmäßig schaut die Geschichte so aus, und das liegt mir als Verkehrsreferent schon sehr am Herzen, daß jetzt bei dieser abgespeckten Variante nur mehr 350 Autos hier eine Abstellfläche finden. Es wird das Problem - und vielleicht hat man deshalb die Park-and-ride-Kunden dort weggenommen, davon bin ich überzeugt, weil es wahrscheinlich zu klein wird. Die Leute haben dort keine Chance, woanders hinzugehen. Das muß ein Geschäft werden.

Wir haben, wie eingangs erwähnt, die Ausfahrten des Parkhauses immer - und so ist es auch von den Betreibern und auch vom Landeskrankenhaus immer gewünscht worden - auf der Seite der Rampe vorgeschlagen. So ist es auch in den ursprünglichen Plänen immer gewesen. Immer auf Seite der Rampe. Ziel sollte und muß sein, daß man zur Reindlgutstraße nicht zwei Ausfahrten direkt vor dem Landeskrankenhaus hat, sondern nur eine. Weil ich habe dann später noch die vom Bediensteten- bzw. jetzt vom zweiten, vom sogenannten Würstelstand-Parkplatz, ja auch noch eine Ausfahrt auf der anderen Seite. Eine Veränderung dieser Ausfahrtoption auf die westseitige Stirnseite, wie es sich im letzten Austauschplan der heute verhandelten Landeskrankenhaus-Parkdeck Geschichte darstellt, ist eine Ampelsituierung, die ja auch vom Lande gefordert wird, aus Verkehrssicherheitsgründen absolut unmöglich gemacht. Die Strecke von der ebenerdigen Ausfahrt vom Parkdeck bis zur Kreuzung verträgt keine Ampel. Die Rückstaus sind zu groß. Es wird dasselbe Chaos sein wie jetzt bzw. wird es ärger sein. Es nützt da nichts, wenn man sich hier mit einem Kompromiß abgibt, daß man sagt, wahrscheinlich vermietet man den Krankenhausbediensteten das unterste Parkdeck, die haben nicht so einen großen Verkehr. Das Problem, das sagen alle Sicherheitsexperten, ist die naheliegende Ausfahrt auf die Bundesstraße, und das ist in diesem Antrag bzw. in diesem Entwurf nicht enthalten.

Ich werde, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund dieser Darstellung, weil mir das Landeskrankenhaus-Parkdeck wichtig ist - es ist mir wichtig, es geht mir nur um das „Wie“, diese Verträge gehören nachverhandelt - hier heute einen Abänderungsantrag einbringen, der folgendermaßen lautet:

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 3 der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 3. Juli 1997.

Gemäß § 42, Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 3 „Parkdeck Landeskrankenhaus Steyr, Abschluß der zur Errichtung notwendigen Verträge mit der Parkdeck GmbH & Co. KEG sowie dem Land OÖ“:

Der Gemeinderat möge folgende Abänderung beschließen:

1. Die Haftungsvereinbarung, nach der Stadt und Land für einen fixen Betrag an erzielten Einnahmen haften, wird gestrichen bzw. neu ausverhandelt.
2. Alle Verkehrsmaßnahmen, die in dem „Privatvertrag“ enthalten sind, sind mit der betroffenen Bevölkerung abzustimmen.
3. Die Kreuzung Reindlgutstraße - Sierninger Straße (Bundesstraße) ist mit einer Ampelanlage zu versehen. Die Ausfahrt aus dem Parkhaus ist so darzustellen, daß diese aus Sicherheitsgründen notwendige Verkehrslichtsignalanlage auf der Bundesstraße möglich ist.
4. Der Passus im Vertrag, daß keine tariflichen Sondervereinbarungen mit den Verkehrsbetrieben vom und zum Landeskrankenhaus geschaffen werden dürfen, wird gestrichen.

Ich danke und ersuche sie höflich und dringend, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Und dann klappt es wirklich evtl. mit einer einstimmigen Beschlußfassung für das Landeskrankenhaus Parkdeck.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte den hohen Gemeinderat aufklären: Die Bauverhandlung war schon heute vormittag, aber vorbehaltlich der Beschlußfassung des Gemeinderates. Es war ein Beschluß des Stadtsenates, daß der Ablauf so erfolgen soll. Herr Vizebürgermeister, du hättest schon sagen sollen, wie der Stadtsenat es beschlossen hat und wie die Bauverhandlung abgehalten wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da gibt es aber Juristen im Haus, die sehen das etwas anders.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben einen hier. Herr Mag. Golda, sehen sie das anders?

OMR. MAG. HELMUT GOLDA:

Ich weiß nicht, welcher Jurist gemeint ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dr. Maier vom Baurechtsamt, der weiß ja auch über Baurecht Bescheid.

OMR. MAG. HELMUT GOLDA:

Wenn der Bescheid nicht draußen ist, ist

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und der Bescheid ist nicht hinausgegangen, sondern es muß vorbehaltlich des Gemeinderatsbeschlusses - ich glaube, das soll der hohe Gemeinderat auch wissen. Zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Weixlberger. Bitte.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätzte Damen und Herren! Herr Dr. Pfeil reklamiert die Idee des Parkdecks beim Landeskrankenhaus für sich, da er erstmals 1992 davon gesprochen hat. Niemand widerspricht. Nur während all dieser Jahre hat er es nicht geschafft, dieses so wichtige Projekt für die Bewohner, für die rd. 1.500 Beschäftigten, für die rd. 500 täglichen Besucher zu realisieren. Erst als es Bürgermeister Leithenmayr zur Chefsache erklärt hat, kam Bewegung in die Sache. Er führte intensivste Verhandlungen mit dem Land und der Betreiberges.m.b.H. und konnte ein Ergebnis erzielen: Einnahmen für die Stadt durch die Vermietung der Parkfläche für den Bedienstetenparkplatz. Kostenteilung für die Erneuerung der Wildbachverbauung und eine Beteiligung an der Betreiberges.m.b.H. von 20 %. Davon hat Herr Dr. Pfeil bisher nicht gesprochen. Mit der Fertigstellung des Parkdeckes und den begleitenden Maßnahmen kommt es nun in absehbarer Zeit zur Verkehrsberuhigung für die angrenzenden Bewohner. Es kommt zu einer Steigerung der Wohnqualität, die die Gründbergsiedlung und die angrenzende Neustraße bis vor einigen Jahren gehabt hat. Dafür möchte ich mich bei Bürgermeister Leithenmayr herzlich bedanken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke der Frau Kollegin Weixlberger, die schon aufklärend dazu beigetragen hat. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Zuhörer! Ich staune schon, Herr Dr. Pfeil, wie sie die Darstellung bringen. Es ist unbestritten, daß sie davon schon 1992 gesprochen haben. Das ist schon mehrmals gesagt worden - auch im Stadtsenat. Wie die Dinge gelaufen sind, möchte ich nur darauf verweisen, daß natürlich die Bevölkerung das Problem immer verspürt hat, vor allem aber auch jene, die dort draußen beschäftigt sind. Und die Kollegin Weixlberger hat darauf hingewiesen, wieviel im Krankenhaus beschäftigt sind und darüber hinaus natürlich auch die Besucher, vor allem aber jene, die zur ambulanten Behandlung kommen müssen.

Darüber hinaus gibt es immer wieder einen Werkverkehr des Krankenhauses, der dem Krankenhaus selbst dient. In diesem Zusammenhang darf ich feststellen, daß eine viel zu große Anzahl von jenen, die dort in der Nähe parken wollten, möchten oder sollten, leider andere Parkflächen benützt haben. Ich meine dabei Parkflächen, wo die Fahrzeuge dort draußen im Siedlungsgebiet, aber auch auf der herüberen Seite östlich oder nordöstlich herein, nämlich im Bereich der Neustraße und der Steinfeldstraße bis hinauf zur Kegelprielstraße, unentwegt die Fahrbahnen zum Teil blockiert haben bzw. so beeinträchtigt haben, daß wir bei einem Katastropheneinsatz - das ist nicht nur einmal, sondern mehrmals seitens der Feuerwehr diskutiert worden - nicht durchkommen. Wir sollten endlich dazu beitragen, daß dort draußen etwas passiert, daß ein Parkdeck oder andere Möglichkeiten geschaffen werden, daß der Verkehr, vor allem der ruhende Verkehr, ein wenig eingedämmt wird. Wir könnten bei einer größeren Katastrophe nicht durchfahren. Diese Sorgen habe ich von der Feuerwehr sehr oft gehört.

Herr Dr. Pfeil, es ist richtig, daß sie sich auch bemüht haben. Nur der Erfolg in diesem Zusammenhang spricht für Herrn Bürgermeister Leithenmayr. Das möchte ich in aller Offenheit sagen. Und ich bedanke mich, ebenfalls wie die Kollegin Weixlberger, für diesen Erfolg. Wir haben einmal eine Aktion versucht, die Leute beim Eingang des Krankenhauses zu befragen und festgestellt, daß - selbst alle politischen Parteien auch auf diese Frage, welche zugeordnete Fraktion sie haben usw., uns erklärt haben, „ich bin zwar ein Andersdenkender“ (weil sie haben ja gesehen, von wo wir kommen, wir deklarieren uns ja damit) - sie unseren Intensionen ganz stark zugesprochen haben.

Ich bin wirklich froh darüber, daß wir vieles auch gemeinsam unternommen haben. Und wenn jetzt vielleicht auf den SPÖ-Plakatständern steht, daß wir sozusagen einen Erfolg haben, dann bitte doch damit, weil die Bevölkerung uns da draußen unentwegt darauf aufmerksam gemacht und angesprochen hat: „Tut doch endlich etwas, damit hier etwas geschieht!“ Daß es längere Zeit gedauert hat, ist schon angesprochen worden, selbst auf die Anmerkung, die der Herr Bürgermeister gemacht hat, daß zweimal sozusagen der Gefrierpunkt eingetreten ist. In diesem Zusammenhang war ein Auftauen notwendig. Wir wissen, wenn es um Geld geht und wenn die Unsicherheiten relativ groß sind - es weiß ja keiner, wird das so angenommen oder nicht, das hat ja lange Zeit gedauert. Erst jetzt hat man sich dazu bekannt. Ich bin froh darüber, daß es gelungen ist, daß wir diese Betreiber sozusagen haben und daß der Herr Bürgermeister mit denen in vielen Gesprächen - und wahrscheinlich nicht einfachen Gesprächen - dazu gekommen ist, daß wir das errichten oder bekommen werden und wir in dem Zusammenhang sogar noch günstiger aussteigen, als sie vielleicht meinen, dies negativ zu bewerten.

Ich hoffe nur, Herr Dr. Pfeil, und wünsche mir das, daß sie gleichsam unrecht haben, wie sie sich beim Budget geirrt haben. Ich sage das nur einmal, weil sonst hätten wir nicht einmal die Möglichkeit, das Parkdeck zu errichten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer sagt das, daß ich mich beim Budget geirrt habe?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sie haben sich geirrt, mit aller Deutlichkeit. Sie haben gesagt: „Das Budget wird eine Pleite.“ Und was ist geworden? Na bitte! Nehmen sie zur Kenntnis, daß es besser geworden ist, als sie prognostiziert haben.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Seien wir froh, daß es uns mit dem Budget bessergeht. Seien wir froh, daß wir das jetzt finanzieren können. Hätten uns damals die Grünen nicht zugestimmt, könnten wir alle diese Maßnahmen heute nicht beschließen. Auch in der Vergangenheit und in dem heurigen ablaufenden Periodenzeitraum hätten wir es nicht machen können. Das, meine Herren, müssen sie zur Kenntnis nehmen. Und wir haben endlich die Möglichkeit, daß wir jetzt wieder ein Projekt mehr - so wie der Bahnhof und anderes - errichten können. Alles mit dem Budget, das wir in der knappen Mehrheit zusammengebracht haben.

Ich danke Herrn Bürgermeister Leithenmayr und möchte unsere Fraktion aufrufen - wie alle anderen auch - dem Projekt zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler. Bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Mir fehlt, ehrlich gesagt, die Muße - und wahrscheinlich der betroffenen Bevölkerung dort draußen im Krankenhaus auch -, daß ich noch länger warte. Diese Zustände, die dort herrschen, sind unzumutbar und schon über Jahre unzumutbar. Ich bin ehrlich gesagt froh, daß jetzt Bewegung in diese ganze Diskussion gekommen ist und wir heute etwas nach 5 Jahren abschließen können.

Heute ist einer Zeitung gestanden, daß es dem Bürger wirklich „Wurs(ch)t“ ist, wer hier die Vaterschaft für manche Projekte an sich ziehen will. Hauptsache ist, es wird etwas gemacht. Und das, was gemacht wird, soll auch gut sein. Ich denke mir, 5 Jahre Überlegungen etc., einmal hin und einmal her, mit direkten Beteiligungsmodellen, denke ich mir, wenn man alleine die Zinsen und Steuersituation seit 92 bis jetzt betrachtet, kann ich mir recht gut vorstellen, daß es in keiner Weise mehr vergleichbar ist, wenn man das 5 Jahre vorher mit Beteiligungsmodellen ausredet und 5 Jahre später dann das noch einmal anzieht.

Ich bin ehrlich gesagt froh, daß jetzt Bewegung in die ganze Sache gekommen ist, möchte aber zum aufgelösten Park-and-ride-Parkplatz noch etwas sagen. Wir haben - wahrscheinlich im Unterschied zu ihnen, Herr Dr. Pfeil -, uns sofort mit den Zuständigen, die diesen Vertrag ausgehandelt haben, in Verbindung gesetzt, weil uns dieser Punkt seltsam vorgekommen ist, daß die Stadt bzw. daß keine Konkurrenz durch öffentliche Verkehrsmittel über das normale Maß hinaus zu schaffen ist.

Ich habe mit Herrn Mag. Stockhammer telefoniert und mit Herrn Bürgermeister gesprochen, weil uns die Situation, wie sie hier im Vertrag dargestellt wird, einfach unfair dem öffentlichen Verkehr gegenüber vorgekommen ist und vorgeschlagen, daß alle Autos, die aus der Richtung Sierning, Bad Hall, etc. nach Steyr kommen, auch dafür belohnt werden sollen, wenn sie in das Parkhaus fahren und unter Umständen über einen reduzierten Fahrtarif, den der Kommunalausschuß noch ausarbeiten könnte, ihr Auto dort stehen lassen. Da hat die Stadt etwas davon. Da hat auch der Betreiber etwas davon und letzten Endes auch der Einwohner bzw. derjenige, der sein Auto im Parkhaus stehen läßt.

Das ist nach Rücksprache möglich. Und ich bin ehrlich gesagt damit zufrieden. Es kann ohne weiteres nachverhandelt werden. Darin liegt wahrscheinlich der Unterschied zu ihrer Ansicht, daß sie hier so manches ankreiden, aber nicht mehr weiterverfolgen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Fürweger. Bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat, wertees Präsidium, werte Gäste, werte Kandidaten! Dieser Tagesordnungspunkt ist ein Baurechtsvertrag. Herr StR. Tatzreiter hat eigentlich nur davon gesprochen, ob wir dieses Parkdeck wollen oder nicht. Darüber gibt es überhaupt keine Zweifel. Wir wollen es alle. Wir wissen die Notwendigkeit. Uns geht es wirklich nur um das „Wie“.

Zu Kollegen Apfelthaler muß ich sagen: Wir haben jetzt noch genügend Zeit, das abzuändern. Das sind einfach kleine Punkte, die wir abändern wollen. Da läuft uns die Zeit nicht davon.

Ich gebe zu bedenken, daß das hier ein Baurechtsvertrag ist, der bis ins Jahr 2070 gelten soll. Die besonderen Vereinbarungen gelten 25 Jahre. Da bin ich im Jahr 2022 64 Jahre alt, unser Herr Bürgermeister ist dann schon 81 Jahre alt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da sind wir noch da!

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich glaube, wir sollten das schon berücksichtigen, daß das hier eine Sache ist, die in den nächsten 5 Legislaturperioden wirklich von Bedeutung ist. Wir kennen ja so manche Pachtverträge, die die Stadt abgeschlossen hat. Und da wäre sie auch froh, wenn sie die damals nicht so abgeschlossen hätte. Darum ist es wichtig, bei dieser Sache wirklich sorgfältig zu sein.

Ich möchte jetzt nur die Punkte, die wir abändern wollen, nochmals kurz anführen:

Die Stadt darf keine eigenen Parkflächen bis zur Wehrgrabengasse gebührenpflichtig machen oder ein Parkhaus errichten.

Ich habe gestern auch mit Herrn Priester gesprochen. Er hat gesagt, er könnte da einschwenken. Er versteift sich nicht unbedingt auf diesen Punkt.

Genauso ist das bei den Gratis-Tarifen. Auch hier hat er gesagt, es muß nicht sein, daß man jetzt auf

einmal dieses Park-and-ride System zum Scheitern bringt. Es wäre vielleicht wirklich gut, wenn man hier noch mit dem Referenten der Verkehrsbetriebe und vielleicht auch noch mit unserem Stadtrat sprechen würde. Es gibt sicher verschiedene Möglichkeiten, daß wir das hinbringen.

Die Ausfallhaftung: Da sind die Betreiber natürlich stark interessiert. Da muß ich schon an die Verhandler herantreten. Herr Bürgermeister, da sind sie ein bißchen über den Tisch gezogen worden. Das bringen sie nicht weg.

Der 5. Punkt, der Bauzins z.B. mit S 1.000,-- 10 Jahre lang. Das ist wirklich sehr günstig. Zu günstig meiner Meinung nach. Die S 100.000,-- dann ab dem 10. Jahr jährlich werden wahrscheinlich nie mehr. Da wird Herr Mag. Stockhammer als geprüfter Steuerberater sicher dafür sorgen.

Die Halteverbote, das hat schon Dr. Pfeil angesprochen, sind nicht ausgereift verhandelt worden.

Und der Vorkaufvertrag, ja bitte, bis 2.070 denen den Vorkaufvertrag einzuräumen ist - find ich - auch ein bißchen übertrieben.

Wirklich tragisch ist, daß der öffentliche Verkehr - das hat Herr Kollege Apfelthaler schon erwähnt - zum Handkuß kommt. Wir errichten ein Bahnhofsparkdeck, um dort den öffentl. Verkehr zu fördern und da draußen machen wir mit diesem Vertrag das Gegenteil. Das paßt irgendwie nicht zusammen.

Wenn ich mir den Lageplan ansehe - und man sieht ja ganz genau wo jetzt die Haltestelle ist. Die Autobushaltestelle ist dann weiter weg als dann die Ausgänge für die Autofahrer. Die Leute, die dort das Parkdeck verlassen, haben einen kürzeren Weg zu gehen als die Leute, die von der Stadt mit dem Autobus hinausfahren. Die müssen dann weiter gehen. Die werden dann vielleicht auch noch bestraft, weil sie mit einem öffentlichen Verkehrsmittel hinfahren. Das hätte man in der Planungsphase berücksichtigen können, daß der Autobus wirklich vor der Eingangstüre des Krankenhauses, vielleicht neben der Rettung, stehen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eines nach dem anderen. Zuerst bauen wir das Parkdeck, dann können wir die Haltestelle verlegen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das wäre, glaube ich, schon im Sinne der Bevölkerung. Wie gesagt, ich kann mir vorstellen, daß wir das abändern können und berücksichtigen wir wirklich noch einmal die lange Vertragsdauer bis 2.070.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte

vorausschicken, wenn der hohe Gemeinderat unserem Abänderungsantrag nicht zustimmt, ich dem Hauptantrag zustimmen werde, aber nicht, weil ich von dem Operat eines Vertrags so überzeugt bin. Herr Dr. Pfeil hat ja schon auf viele Dinge hingewiesen. Mir ist z.B. auch vollkommen unklar, wie mit 100 Parkplätzen, die das Landeskrankenhaus dann anmietet, das Parkplatzproblem für die Beschäftigten dort gelöst werden soll. Dort sind über 1.000 Beschäftigte. Es gibt dann zwar noch einen Parkplatz mit 200 Stellplätze. Ich weiß nicht, ob es Zahlen über die Mitarbeiter gibt, die mit dem Fahrzeug dort hinfahren. Ich kann mir vorstellen, daß das mindestens die Hälfte sein wird. Aber unabhängig davon, der Grund ist der, wir sind der Bevölkerung dort draußen verpflichtet, daß endlich einmal etwas geschieht. Das Problem in der Gründbergsiedlung ist seit vielen Jahren höchst überfällig. Es gibt das Problem mit den Beschäftigten im Krankenhaus - das ist ja heute schon ein paar Mal angeschnitten worden -, die dort immer wieder für Probleme sorgen, weil sie ja rundherum parken müssen. Ich glaube, das ist mitunter ein Grund, daß man dem trotzdem mit großem Bauchweh zustimmen soll, damit endlich einmal etwas weitergeht.

Der Herr Kollege Tatzreiter und ich glaube auch der Herr Fraktionsobmann Spanring werfen uns ständig vor, daß wir das vor 5 oder 6 Jahren zwar angesprochen haben und dann nichts mehr weiterverfolgt worden und nichts weitergegangen ist. Das ist ja meistens so, lieber Herr Kollege, daß - wie ja nicht nur in Steyr - wenn etwas von uns kommt, es grundsätzlich schlecht ist, wenn es dann von der „Rathaus-Koalition“ kommt, dann wird das beschlossen und Dampf bei der Beamtenschaft im Magistrat gemacht usw. Das muß man hier schon einmal in aller Deutlichkeit sagen, wie die Dinge in der Stadt wirklich ablaufen.

Ich möchte nur noch ein anderes Thema anschneiden. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Parkdecks ist ja immer wieder die Forderung gestellt worden, dort eine Apotheke zu errichten. Es ist sicherlich so, daß die Strukturen der Apotheken in Steyr aus dem vorigen Jahrhundert stammen, wo der Großteil der Bevölkerung noch im Zentrum gelebt hat.

Wir haben derzeit auch die Situation, daß auf engstem Raum (Stadtplatz - Zwischenbrücken - Bahnhofstraße - Kirchen Gasse usw.) 4 Apotheken konzentriert sind. Und es ist für mich vollkommen unverständlich, warum z.B. die Apotheke in der Kirchen Gasse nicht schon längst um eine Verlegung dort hinaus oder in den Wehrgraben angesucht hat. Ich könnte mir auch vorstellen, daß das für die Betroffenen eine wesentlich wirtschaftlichere Verbesserung bedeuten würde, weil ja doch das Steyrdorf mit seinen bekannten Problemen wahrscheinlich nicht mehr die besten Voraussetzungen für die längerfristige Existenz dieser Apotheke darstellt. Ich glaube, man muß auch dem Rechnung tragen, daß heute die Menschen in Steyr größtenteils an der Peripherie leben und nicht mehr in dem Ausmaß wie vor 100, 150 Jahren und davor im Zentrum der Stadt. Ob die Entwicklung immer so gut war, der Herr Braunsberger als Ehrenringträger hat das ja vor kurzem richtig angeschnitten, daß man auch die Altstadt wieder mit Wohnungen beleben muß.

Grundsätzlich aber halte ich auch diese Idee für überlegenswert. Es herrscht der freie Wettbewerb. Wir sollten uns da auch nicht einmischen. Man kann jetzt darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist, daß wir in den Richtlinien der Gewerbeförderung noch nach wir vor drinnen haben, daß man auch derartige Dinge fördern soll oder muß. Das steht wieder auf einem anderen Blatt. Aber grundsätzlich, glaube ich, sollte man auch dieser Entwicklung Rechnung tragen und dem positiv gegenüberstehen. Ich kann nur hoffen, daß dort draußen demnächst etwas weitergeht. Glücklicherweise, mit dieser Vorgangsweise, bin ich allerdings auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Philipps, bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Ich möchte ein paar Worte zu der Tatsache „wie man etwas präsentiert“ verlieren und nicht nur direkt zu den Fakten. Die Fakten sind hier im Raum auf der einen Seite schon deutlich erwähnt worden und ich glaube, daß diese bei den nächsten Wortmeldungen noch verstärkt werden.

Ich glaube, daß durch die überlange Redezeit - und das wird man sicher aufgrund der Präsentation in Zukunft ins Auge fassen müssen, wie man etwas präsentiert - etwas bis zu einem gewissen Grad verloren gehen kann. Das heißt, man wird hier bis zu einem gewissen Grad eingeschläfert. Und es gelingt einfach nicht mehr, vor lauter Verschleierungstaktik zu erkennen, was derjenige wirklich will.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß jemand, der jeden 2. Satz mit „ich habe“, „ich habe geschafft“ oder „ich möchte gerne“, „ich werde“, und das wird ihnen jeder Psychologe bestätigen, das Wort Teamfähigkeit nicht einmal schreiben kann. So jemand spricht hier herinnen von Boykott, wo doch jeder weiß, daß die eigentlichen Leute, die wirklich etwas weitergebracht haben, ganz woanders zu suchen sind. Und gerade denjenigen wirft er Boykott vor. Das, meine Damen und Herren, spricht für mich von einer Orientierungslosigkeit, wie sie bereits zu Beginn der Rede gezeigt wurde, wenn man Norden mit Süden und Westen verwechselt. Ich glaube, daß das nicht rein zufällig geschehen ist.

Trotz dieser Verschleierung ist es nicht schwer zu erkennen, wer die wahren Urheber dieses Projektes sind. Und ich glaube auch von dieser Stelle jetzt weg, dem Herrn Bürgermeister eine herzliche Gratulation aussprechen zu können und darf ihm für sein Engagement und seine Aktivitäten sehr herzlich danken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Schloßgangl, bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Diesem Antrag, der im Stadtsenat vorgelegt wurde, haben Kollege Spöck und ich sehr große Bedenken angemeldet, weil überhaupt keine Zeit war, sich diesen Vertragsentwurf anzusehen, der uns vor Sitzungsbeginn auf den Tisch gelegt wurde. Wir haben daher beraten, ob wir diesem Antrag überhaupt die Dringlichkeit zuerkennen sollten.

Wir sind dann zu dem Schluß gekommen, ihn auf die Tagesordnung unter der Bedingung zu setzen, daß die Dringlichkeit wegfällt und außerdem diese Bauverhandlung, die heute vormittag stattgefunden hat, mit der Wirkung abgeführt wird, daß sie nur vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates Gültigkeit bekommt bzw. ein Bescheid ausgestellt wird. Das ist sicher möglich. Das wurde schon mehrfach gemacht, und daher haben wir gesagt: „O.K, es soll der Antrag in den Gemeinderat kommen.“

Ich glaube, alle Fraktionen sind sich darüber klar und einig, daß das Parkdeck beim Krankenhaus ganz, ganz vordringlich ist, und das ist ja schon mehrmals gesagt worden.

Es hat große Schwierigkeiten gegeben, bis überhaupt die Betreiber bereit waren, dafür Geld zu investieren.

Zuerst hat es zwei verschiedene Projektanten- und Interessentengruppen gegeben, die beide mit einem eigenen Projekt aufgetreten sind. Es hat sich dann einer zurückgezogen bzw. haben sie sich zusammengetan. Die Planung ist von Herrn Arch. Falkner über den Gestaltungsbeirat mehrfach beraten und letztendlich genehmigt worden.

Aufgrund der schlechten Bodenverhältnisse - alle wissen, daß dort Schüttgrund ist und dort eine Deponie war - wurde seitens des Amtes eine Probebohrung verlangt und da kam zu Tage, daß die Fundamentierungsarbeiten relativ kostenaufwendig sein werden. Aus diesem Grund und aufgrund der Auflagen durch den Gestaltungsbeirat sind die Kosten von 30 Mio. S auf etwa 50 Mio. S hochgeschneit. Daher kam es zu einer Reduzierung des ganzen Parkhauses um ein Geschoß.

Es sind einige Punkte angesprochen worden, die sicherlich noch überdacht werden müssen. Ich habe aber z.B. keine Bedenken bei der Anbindung des öffentlichen Verkehrs oder der Einführung des Park-and-ride-Tarifs. Den können die Stadtwerke ohne weiteres einführen. Nur müssen wir uns dazu bekennen und diesen Verlustersatz den Stadtwerken refundieren. So einfach ist das. Das ist doch nicht ausgeschlossen. Es steht nur, „keine Sonder- oder Gratistarife für öffentliche Verkehrsmittel“, aber wenn jemand mit seinem Auto kommt, im Krankenhaus parkt, so profitiert ja die Betreibergesellschaft von denen, die dort sonst nicht einparken und mit dem Auto in die Stadt fahren würden. Daher ist es nur eine Frage des Geldes und der Bereitschaft der Stadt, ob sie sich dazu bereit erklärt, diese Verlustsätze den Stadtbetrieben, den Verkehrsbetrieben, zu ersetzen.

Bezüglich der Verkehrsanbindung an die Sierninger Straße muß das Projekt natürlich entsprechend überarbeitet werden. Es war ursprünglich eine Ampelanlage geplant. Und ich glaube, wir werden darum auch nicht umhinkönnen. Es muß ja die Verkehrsanbindung auch vom Land genehmigt werden.

Ich glaube, daß wir aber grundsätzlich bereit sein müßten, auch die Halte- bzw. Parkverbote im Bereich der Siedlung in Kauf zu nehmen bzw. mit der Bevölkerung dort zu diskutieren, denn die haben ja als Anlieger - so wie es hier steht - die Möglichkeit, dort zu halten und zu parken. Der ganze Verkehr, der sich sonst automatisch in die Siedlung drängen würde, kann damit hintangehalten werden.

Es ist klar, daß die Betreiber und Errichter eine Garantie bzw. eine Haftung der Stadt haben wollen. Sie haben sicherlich gut und hart verhandelt, aber ich muß sagen, es kommt uns allemal noch wesentlich günstiger und billiger und versetzt uns überhaupt in die Lage, dort ein Parkdeck errichten zu lassen, wenn wir sonst diese 50 Mio. S seitens der Stadt finanzieren müßten. Ich glaube, das muß man überlegen. Und über den Vertrag mit dem Land, mit den 10 Jahren Bindung der Ausfallhaftung durch das Land, das Risiko scheint nach den Überlegungen - ich kann auch nur von den Annahmen ausgehen -, die man sich dort aufgrund der Frequenzen erwartet, relativ gering. Die Verhandlungen mit dem Land waren soviel ich weiß - und ich habe ja auch einige Gespräche geführt - sehr, sehr schwierig und langwierig. Und nach langem ist man erst bereit gewesen - und der LR. Aichinger, der derzeit dafür Zuständige - auch seitens des Landes rd. 6 Mio. S beizuschließen, damit dieses Parkdeck auch errichtet und sinnvoll gebaut werden kann.

Wir sind grundsätzlich dafür, daß dieses Parkdeck mit allen strengen Auflagen und Maßnahmen bei der Bau- und Errichtungskontrolle und mit einer sorgfältigen Überwachung und Ausgestaltung der verkehrlichen Anbindungen, soweit dies dort in diesem Bereich möglich ist, in Angriff genommen wird.

Aber wenn wir heute diesem Vertrag nicht zustimmen und neue Verhandlungen anberaumen wollen, dann bin ich sicher, daß dieses Parkdeck gestorben ist. Und ich glaube daher, wir sollten uns bemühen, das so schnell als möglich zu realisieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

-

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR. Eichhübl. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe eigentlich nicht die Absicht gehabt, mich zu Wort zu melden, nachdem ja bereits sehr viel gesagt wurde. Aber einige Aussagen von Mandatären bewegen mich doch auch dazu, hier ans Rednerpult zu treten und einige Anmerkungen zu machen. Einige persönliche Aussagen wurden ja hier sehr drastisch wiedergegeben. Dieses Mal war der Herr Kollege Philipps der Spezialist, vielleicht rechnet er doch wieder damit, daß er auf eine wählbare Stelle der Gemeinderatsliste kommt. Unser Angebot hat er ja nicht angenommen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber, meine Damen und Herren, Spaß bei Seite, es ist eigentlich in allen Aussagen das gemeinsame Wollen für die Errichtung eines Parkdecks im Bereich des Krankenhauses hier zum Ausdruck gekommen, um dort wirklich notwendige Verbesserungsmaßnahmen zu setzen. Ich glaube, das war aus allen Wortmeldungen sehr deutlich herauszuhören. Es hat beinahe dann auch noch so einen kleinen Vaterschaftsprozeß gegeben, aber es gibt noch kein richterliches Urteil. Das wird wahrscheinlich dann die Bevölkerung sprechen.

Der Grund meiner Wortmeldung ist eigentlich der, daß ja auch der öffentliche Verkehr in diesem Vertrag sehr wohl angesprochen wird. Kollege Schloßgangl, ich bin zum Unterschied von deinen Aussagen nach wie vor der Auffassung, daß hier dieser Vertragspassus ausschließt, daß beispielsweise das öffentliche Verkehrsmittel in der Form benutzt werden kann, daß ein Parkschein gleichzeitig auch ein Fahrschein ist. Das steht ja ganz deutlich herinnen: „.... sind auch Sonder- bzw. Gratistarife für öffentliche Verkehrsmittel vom und zum Krankenhaus ausgeschlossen.“ Und Kollege Apfelthaler hat auch auf diesen Punkt hingewiesen und gemeint, daß von den Betreibern her durchaus die Bereitschaft bestünde, das herauszunehmen. Ja bitte, dann tun wir das! Es gibt ja einen Abänderungsantrag von uns Freiheitlichen, der einige Dinge, die für uns und auch für die Bevölkerung wirklich von sehr großer Bedeutung sind, beinhaltet. Ich glaube, dann haben sie auch in mir einen Zustimmer zu diesem Antrag. Aber solange das hier nicht klar und deutlich zum Ausdruck kommt, sehe ich mich außerstande, obwohl ich auch grundsätzlich für das Parkdeck bin, diesem Vertrag, meine Damen und Herren, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Debatte sehr angespannt gelauscht. Es war schon sehr interessant, daß - ausgenommen Kollege Schloßgangl und in einem Punkt Kollege Apfelthaler - niemand von den anderen Fraktionen in der Sache gesprochen hat. Niemand. Kein einziges Wort in der Sache. Nur Polemik. 5. Oktober läßt grüßen, Herr Philipps. Ich gratuliere, sie haben es geschafft. Es ist auch interessant, wenn Herr Schloßgangl dann ein bißchen weiter geht und sagt: „Ja, der Verkehr, da hat der Pfeil schon recht, das mit der Anbindung an die Bundesstraße funktioniert ja wirklich nicht. Da müssen wir nachverhandeln.“

Freunde, das ist heute so beschlossen worden, daß die Ausfahrt dort so gebaut wird. Das geht nicht, innerhalb von 12 Metern eine Ausfahrt auf die Bundesstraße vor einer Bundesstraße zuzulassen. Das funktioniert nicht. Was will man nachverhandeln? Was will man nachverhandeln, wenn heute ein Vertrag vorliegt, wo dezitiert steht: „Sonderverträge sind ausgeschlossen.“ Was will ich dann den Park-and-ride-Kunden sagen? Sie sind ausgeschlossen, aber vielleicht können wir nachverhandeln, dann bin ich dem Goodwill der Betreiber ausgeliefert. Und noch einmal: Wir sind grundsätzlich sehr dafür. Wir haben bereits 1994 ein beschlußreifes Projekt vorgestellt. Sie wissen es, Herr Bürgermeister. Das Landeskrankenhaus hat damals so eine Art Vermittlerrolle gehabt. Wir haben immer dort draußen gesprochen, und es kamen auch vom Landeskrankenhaus die Vorschläge an sie und an das Land. Die Landeschefs, gemeinsam mit ihnen, haben das sehr boykottiert. Haben gesagt: „So geht das nicht.“ Aber sie haben nicht gesagt, warum es nicht geht. Es war in einem Schreiben vom 2. März 1994, vom Krankenhaus Steyr, unterzeichnet vom Hofrat Thurnherr, von der Pflegedirektion, vom Verwaltungsdirektor, vom Betriebsratsvorsitzenden der Arbeiter, vom Betriebsratsvorsitzenden der Angestellten, wo steht, das Projekt ist fertig, man muß es nur umsetzen. Sogar die Finanzierung von der Hypo-Bank war hier gesichert dargestellt. Sogar die Finanzierung.

Wenn sie damals wirklich gewollt und das Land mitgezogen hätte, dann wäre es damals gegangen. Nur heute, das als eigenen Erfolg unter dieser Voraussetzung verkaufen zu wollen - sie verkaufen die Bevölkerung ja wirklich für dumm - „Wir fordern das Landeskrankenhaus-Parkdeck.“ „Wir haben es geschafft.“ Wie kurzsichtig, glauben sie, ist der Bürger dort draußen? Glauben sie, Herr Leithenmayr, daß er ihnen das abnimmt, was sie am Wiesenberg plakatieren lassen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Ich lasse gar nichts plakatieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... und sagen, sie haben hier unter diesen Rahmenbedingungen das Parkdeck geschaffen, wo der Bürger das ganze Risiko bekommt. Der Bürger trägt das ganze Risiko, das muß man ganz deutlich sagen. Das läßt sich natürlich aus der Entfernung verhandeln, Freunde. Wir haben einen Vertrag und die Leute im Stadtsenat, irgendeiner wird es schon fressen, die ÖVP, die wird auf alle Fälle mitmachen, die fällt sowieso dauernd um. Sie haben mitgetan. Und sie tun auch heute mit, ohne - ich bin schon gespannt auf meinen Abänderungsantrag, ob sie mittun, weil sie haben ja genau das gleiche im Stadtsenat bekrittelt

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Wilhelm Spöck.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... und ich bin gespannt, wie sie sich heute dazu verhalten. Da bin ich wirklich gespannt. Nützen wir die Chance für eine Nachverhandlung, weil da müssen die Leute, die Betreiber, die Herrschaften, die sich heute nicht einmal die Zeit nehmen, sich hier unsere Debatte anzuhören - und ich habe, das können sie mir glauben, sehr intensiv mit den Betreibern, auch nach dem letzten Donnerstag, nach dem Vorliegen des Vertrages, gesprochen. Das können sie mir glauben.

Nur interessanterweise, einer der Hauptproponenten hat diese Feinheiten über Park-and-ride bis zu meiner Information auch nicht gekannt und hat auch gesagt: „Er hätte nichts dagegen.“ Aber Freunde, warum schreiben wir das hinein? Warum schreiben wir das dann hinein?!

Herr Bürgermeister, verhandeln wir ehrlich nach, treten sie unserem Abänderungsantrag bei und sie haben einen einstimmigen Beschluß für das Landeskrankenhaus-Parkdeck.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eine Wortmeldung liegt noch vor. Herr GR Philipps zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ja kann das wahr sein, daß es noch deutlicher gesagt wird, daß der einzige Beweggrund der F es ist, etwas zu tun, wenn der 5. Oktober kommt. Also noch genauer kann man es wohl nicht mehr sagen. Ich gehöre nicht dazu. Es ist mir nur aufgefallen, daß hier etwas Negatives verbreitet wurde. Das habe ich gesagt, und das Recht steht mir auch zu. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die nur dann den Finger rühren, wenn die Wahlen herankommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Spöck.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates? Da wir, die ÖVP-Fraktion, nochmals von Herrn Vizebgm. Dr. Pfeil bezüglich des Abänderungsantrages angesprochen wurden - sicherlich einige Punkte, die richtig sind, die nachverhandelt gehören -, aber Herr Dr. Pfeil, glauben sie wirklich, wenn wir diesen Abänderungsantrag so annehmen, daß es dann zu diesem Vertrag kommt?! Damit ist das Parkdeck gestorben - und aus. Das wäre die Alternative, und die 50 Mio. S müßte die Stadt aufbringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort, Herr Bürgermeister. Bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Eigentlich möchte ich feststellen, daß sich in der Befindlichkeit des Herrn Dr. Pfeil doch in den letzten Tagen eine leichte Verbesserung ergeben hat. Ich sage dies deswegen, weil er vorgestern bei seinem Pressefrühstück noch einen Skandal angekündigt hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja auch ein Skandal.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber dieses Wort - und deswegen sage ich es - hat er heute in seinen Ausführungen nicht verwendet. Er hat nur gesagt: „An sich ist es erfreulich, daß diese Parkdeckdebatte heute stattfinden kann und daß das Parkdeck gebaut wird.“ Er hat dann noch etwas gesagt: Ich hätte irgendwann das Projekt verhindert. Ich bestreite das energisch! Ich kann ihnen folgendes sagen, was beim Amt in der Stadt aufliegt. Vorher muß ich noch etwas anderes sagen, damit da nicht falsche Dinge geglaubt werden oder Legendenbildungen Vorschub geleistet wird. Ich begeben mich in keinen Wettstreit um die Idee. Ich habe nie beansprucht, daß ich die Idee gehabt hätte, dieses Parkdeck da draußen privat finanzieren zu lassen. Sie sagen, sie haben diese Idee gehabt. Sie sagen, sie hätten sie Herrn Priester eingegeben oder wem immer. Mag sein, ich bestreite das nicht. Ich kann ihnen nur eines sagen, daß hier ihre ganze Vorgangsweise und ihr Vortrag mich zumindest einmal sehr merkwürdig anmutet. Sie stehen hier und „wacheln“ mit diesem Konzept herum, und das ist ein Papier von Herrn Arch. Proyer. Wir reden von der Realisierung eines Projektes, das Herr Falkner geplant hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt ja alles nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Falkner hat es geplant.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein! Der Plan ist von Proyer, aber hier steht Priester-Ratzinger-Stockhammer darauf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das mag ja alles der Fall sein. Ich bestreite das ja nicht. Wir reden heute, Herr Dr. Pfeil, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben den Plan ja nicht einmal gekannt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir reden heute, Herr Dr. Pfeil - wer?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben mich gefragt, was das für ein Plan ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja! Ich wollte ihn mir nur näher ansehen, weil ich es nicht glauben konnte.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie gehen mit einem Projekt hausieren, das Jahre alt ist. Das verflossen ist. Das vom Gestaltungsbeirat nicht goutiert wurde. Bitte sehr. Wir reden heute von einem völlig anderen Projekt, das Arch. Falkner ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... Priester-Ratzinger...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schaun sie; ob der Priester-Ratzinger dabei war und in welcher Weise sich da die Änderungen bei den Gesellschaftern ergeben und fliegende Wechsel stattgefunden haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann dazu nur sagen, wie die Dinge auf mich zugekommen sind. Also ich erhebe keinen Anspruch auf Urheberschaft, auf die Idee, daß das dort privat finanziert wird.

Ich kann ihnen nur sagen, Herr Dr. Pfeil: Ein erstes Schreiben an die Stadt - offiziell aufliegend, mit Eingangsstempel - befindet sich bei uns, und zwar von einem Anwalt verfaßt, mit Datum vom 3.5.1994, und das ist das Projekt „Proyer“.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich ihnen...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schaun sie, ihre Aufzeichnungen...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... 1992 an die Stadt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... in allen Ehren. Sie reden von anderen Projekten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein! Das ist das Projekt, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich rede ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Unterstellen sie nicht etwas, was nicht stimmt. Das ist falsch, was sie sagen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Streiten wir nicht um die Vaterschaft. Was sie sich aufgeschrieben haben, das weiß ja ich nicht. Ich kann...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... Amt der öö. Landesregierung, wenn sie das lesen können, an den Magistrat der Stadt Steyr, 1. Dezember 1992.

ORDNUNGSRUF VON FRAU VIZEBGM. FRIEDERIKE MACH:

Bitte, Herr Vizebürgermeister!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, das war überhaupt nicht konkret. Ich kann ihnen folgendes sagen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn das nicht konkret ist?!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann auch auf das Jahr 1992 zurückgehen. 1992 hat die 75-Jahr-Feier des Landeskrankenhauses Steyr stattgefunden. Ich war offiziell als Bürgermeister, damals ganz frisch beim Geschäft, eingeladen, saß dort in der ersten Reihe. Bevor ich mich niedersetzen konnte, haben mich die Personalvertreter massiv bestürmt, doch etwas wegen der Parkplätze zu tun. Ich habe das nicht anbrennen lassen, weil ich das ja nie tue, sondern bin mit den Personalvertretern direkt zum Herrn LR-Stv. Eckmayr, der damals der öö. Spitalreferent war, gegangen und habe gesagt: „Herr Landeshauptmann, hören sie sich die Probleme an, die da bestehen. Hier sind fürchterliche Parkplatznöte vorhanden und wir wollen eine Lösung. Ich würde das unterstützen.“ Der Herr LH-Stv. Eckmayr hat darauf zu mir als Bürgermeister dieses schönen Städtchens und zu den Personalvertretern nicht viel gesagt; zuwenig für meinen Geschmack. Er hat dann die Festrede gehalten. Und in der Festrede hat er die Antwort gegeben. Das haben 500 Zeugen gehört, weil so viel waren ungefähr bei dem Jubiläum. Er hat gesagt: „Im Zusammenhang mit der in OÖ. eingeführten Spitalsautonomie können die vor Ort befindlichen Entscheidungsträger ausreichend mitbestimmen.“ Und sie haben bestimmt, daß hier ein Spitalsgebäude errichtet und medizinische Geräte, Apparaturen usw. angeschafft werden sollen. Von Parkplätzen war nicht die Rede, daher wird das Land OÖ. keine Parkplätze errichten. So war die Situation.

Ich weiß, daß sie Gespräche geführt haben. Ich halte das für lobenswert. Sie haben mir das auch einmal erzählt. Auch Herr Priester bestätigt das, daß sie mit ihm und er mit ihnen über die Errichtung eines solchen Parkdecks geredet hat. Das hat er mir bestätigt. Ich glaube das auch, ohne weiteres.

Ich kann nur sagen, daß dann anlässlich der Verabschiedung des Filialleiters der Sparkasse Steyr,

Herrn Hofmeister, ein Vertreter der Betreiber direkt auf mich zugekommen ist. Es waren das die Herren Priester, Stockhammer und Dr. Schachner. Und die haben gesagt, daß man mit uns Bürokraten so etwas nicht machen kann. Sie werden ihr Geld in der Tschechei investieren. Ich habe gesagt: „Ihr seid Steuerberater und eure Aufgabenstellung ist es, das Geld eurer Klienten zu optimieren und optimal anzulegen. Und wenn es in der Tschechei „schwärzer“ ist, dann werdet ihr das dort tun, aber das Projekt interessiert mich ungemein. Die Stadt möchte gerne, daß es passiert. Ich erkläre das sofort und spontan zur Chefsache. Haben sie Zeit? Ich lade sie nächste Woche ein.“

Dieser Termin hat stattgefunden. Bei diesem ersten Zusammentreffen habe ich den Herrschaften vorgeschlagen, daß sich die Stadt mit dem Wert dieser Grundstücke, die wir dort haben, und mit Anliegerleistungen, die anfallen werden, an einer Gesellschaft beteiligt, und zwar mit jenem Prozentsatz, der hier unserer Einlage, unserem Einbringen in Prozenten gemessen, den Errichtungskosten entspricht. Dieses Angebot haben die Herren als fair empfunden. Und ab diesem Zeitpunkt ist ständig darüber verhandelt worden. Ich habe diese Verhandlungen selbst geführt. Ich habe Unterstützung gehabt, was das Finanzielle anbelangt, von Herrn GB-Leiter Lemmerer, was das Juristische anbelangt, von Herrn MD.-Stv. Alphasamer und vom Privatrechtsabteilungsleiter Dr. Schmoll. Wir haben diese Dinge ausgehandelt. Es hat sich gezeigt, daß die Finanzierung nur möglich ist, wenn das Land OÖ. sich beteiligt. Ich bin zu Herrn LR. Aichinger gegangen und habe ihm näherbringen können, daß das auch, weil es ein Landeskrankenhaus ist, ihre Angelegenheit sei, daß sie sich um ihre Belegschaften kümmern müssen, daß es sich um eine „Entree-Situation“ im Spital handelt. Das ist gelungen.

In zwei Etappen haben wir zunächst einen Betrag von 6 Mio. S und in weiterer Folge für die Herausführung des unterirdischen Gang-Systems im Spital bis zum Parkdeck noch einmal 2 Mio. S lockermachen können.

Herr LR. Aichinger hat im Laufe dieser Gespräche genau die selbe Effektivität entwickelt und steht hinter dem Projekt. Damit haben wir dann eigentlich gewonnen gehabt.

Natürlich - und das muß man dazusagen - müssen diese Errichter und Betreiber 50 Mio. S auf den Tisch legen, um das zu realisieren. Wir waren schon bei 60 Mio. S. Es hat ein Abspecken stattgefunden, das ich hier eingeleitet habe, sonst wäre das Projekt auch wieder tot gewesen.

Sie schütteln den Kopf und haben keinen Dunst von diesen Dingen, die stattgefunden haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt ja nicht. Herr Bürgermeister, sie können doch nicht sagen, daß die 50 Mio. S auf den Tisch legen, wenn ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

8 Mio. S kommen vom Land.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die legen nicht 50 Mio. S, sondern 42 Mio. S

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie mir lange genug zuhören, dann hätte ich das ja gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dazu wäre er doch gekommen. Aufpassen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bitte, sie brauchen mich nicht belehren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber eines muß ich feststellen: Veranlassen sie doch einen Investor, daß so viel Geld auf den Tisch gelegt wird. Da werden genaue Berechnungen vorgenommen, da werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt. Es gibt eine Reihe von Unsicherheiten. Niemand weiß genau, wie die Dinge wirklich laufen werden, daher waren die Gespräche schwierig. Und vor 2 Monaten waren sie wieder einmal fast zu Ende. Sie haben gesagt, daß sie das nicht finanzieren können, wenn die Stadt nicht noch mind. 10 Mio. S gemeinsam mit dem Land - oder wie immer - und eine Haftung für weitere Millionen Schilling übernimmt. Ich habe gesagt: „Das kann ich mir nicht mehr vorstellen.“ Ich habe wiederum mit Herrn LR. Aichinger verhandelt, der auch nicht bereit war, hier auf diese neuerliche Vorstellung einzugehen.

Die Beratung bei uns im Haus hat ergeben - und Herr Mag. Lemmerer hat das errechnet -, daß der Schlüssel zur Überwindung dieser letzten Hürde diese Umsatzausfallhaftung sein könnte.

Ich bin daraufhin mit den Herren neuerlich zum x-ten Male zu Herrn LR nach Linz gefahren und habe ihm am Ende dieses Gespräches diese Umsatzausfallhaftung vorgeschlagen, nämlich die Übernahme zu gleichen Teilen Land und Stadt. Der Herr LR hat gesagt, daß ihm dieser Vorschlag gefällt. Er kann sich vorstellen, daß man seitens des Landes diesem Vorschlag nähertreten wird, aber daß das natürlich nur vorbehaltlich der Beschlußfassung in der Landesregierung möglich ist und er diese Berechnung, die wir zugrunde gelegt haben, von seinen Finanzfachleuten überprüfen läßt.

Am 12. Juni hat hier am Tag der offenen Tür in der Berufsschule II der Herr Landesrat die Festrede gehalten. Ich habe mir dort auch erlaubt, einige Begrüßungsworte an die Versammelten zu richten. Und da hat mir dann der Landesrat gesagt, daß er mit unserem Vorschlag einverstanden ist. Damit war die Sache gestanden.

Es hat dann aber noch der Feinabstimmung in den Formulierungen zwischen den Beamten unseres Hauses und denen in der Landesregierung bedurft. Auch diese Beredungen haben stattgefunden. Am Montag vergangener Woche hat Mag. Lemmerer mit den von ihnen bereits zitierten Ing. Hametner die letzten Verhandlungen geführt. Am Dienstag und am Mittwoch haben die Juristen unseres Hauses das Ganze in eine Form gebracht, wie sie uns vorliegt. Die Abstimmung mit der Landesregierung und den Juristen dort war auch noch notwendig.

Am Donnerstag, um 9.00 Uhr vormittag, hatte ich das Papier auf dem Tisch. Ich habe es gelesen und festgestellt, daß alle Eckpunkte, die ich selber in multilateralen Gesprächen mit den Betreibern auf der einen Seite und mit der Landesregierung auf der anderen Seite ausverhandelt bzw. mitausverhandelt habe, drinnen stehen. Und dann habe ich dieses Papier in die Stadtsenatssitzung, die um 11.00 Uhr stattgefunden hat, mitgenommen und den formellen Antrag gemäß der Geschäftsordnung für den Stadtsenat gestellt, mit der Bitte, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Dann haben sie 1 1/2 Stunden blockiert. Wir haben die Dringlichkeit herausgenommen und mit der notwendigen 2/3 Mehrheit gemäß Statut die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung des Stadtsenates beschlossen, womit heute auch die bereits - natürlich war auf der technischen Seite das Projekt auch zu transportieren: Gestaltungsbeirat, Abspeckungen, Veränderungen, alles was da gelaufen ist, vor allen Dingen Anberaumung der Bauverhandlung, Beschaffung letzter Unterlagen, Wildbachverbauung, alles das war hier im Spiel und

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte einen Zwischenruf machen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich habe mich vorher mit Herrn Dr. Maier und Herrn Fuchs unterhalten und möchte zur Kenntnis bringen: Es wurde über Betreiben der Bundesstraßenverwaltung, unserer Planungsabteilung und der Polizei der Plan zurückgegeben. Er wird noch einmal überarbeitet. Die Ausfahrt wird an die Längsseite kommen, wie geplant, und es werden auch die 50 m eingehalten, sodaß die Ampel möglich wird. Ich befinde das für gut und habe gesagt, daß sie streng verhandeln müssen. Im Beisein des Architekten und des Bauherrn wurde das zur Kenntnis genommen.

Beifallskundgebung von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Punkt erreicht. Ich danke dir.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

War doch nicht so blöd, was ich gesagt habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber, Herr Dr. Pfeil, das ist nicht Gegenstand unserer ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nicht unserer Beschlußfassung, sondern Gegenstand der Bauverhandlung. Dort ist das zurecht geändert worden. Und man hat das auch im Haus gewußt, daß man das verlangen wird. Es wird aus der ersten Ebene ausgefahren, aber bitte schön, das wollte ich ihnen sagen, da hat mir aber Herr StR. Schloßgangl ihren Beifall geraubt. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Ich wußte, daß das passieren wird. Um das geht es eigentlich nicht, Herr Dr. Pfeil. Um was es geht, ist eines: Was sie als einen Skandal und als Ungeheuerlichkeit bezeichnen und wie man das macht und wie nicht, das ist in Wirklichkeit eine effektive Vorgangsweise. Sie schreien immer „Bürokratismus“. Die nächste Gemeinderatssitzung ist im September.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann lösen wir den Stadtsenat und Gemeinderat auf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können das alles tun, daß sie alles verzögern, verwässern, verhindern. Ich führe das deswegen ein bißchen breiter aus, weil an diesem schönen Beispiel klar wird, Herr Dr. Pfeil, weil es so ein Fallbeispiel ist, das uns zeigt, wie das Strickmuster der F in Steyr aussieht. Das wiederholen sie in

einigen Variationen, an beinahe allen Projekten. Nehmen wir nur die Eishalle her. Da waren sie ja bis zum letzten dagegen. Ich habe damals gesagt, die „blauen“ Jungs sind unsportlich. Nicht wahr? Da haben sie bis hin zur Bauverhandlung Brösel gerieben. In einer Stadtteilversammlung hätten sie entgegen dem Statut und entgegen unserer Beschlußfassung andere Positionen vertreten. Ich halte ihnen jetzt die Projekte vor, ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

die sie ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geben sie mir bitte die Chance,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nehmen's nichts vorweg.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann geben sie mir die Chance, hier auch mitzudiskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, wir werden noch Gelegenheit, sogar im Fernsehen, im Dominikanerhaus

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wunderbar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Daß sie sich die „Schuhe schmieren“, wenn sie dort antreten.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Geschützte Werkstatt, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte mir das gar nicht anhören, weil ich keine Möglichkeit habe, hier Stellung zu nehmen. Das ist unfair und sie sagen das immer im Schlußwort. Das ist absolut unfair.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Du machst das auch so!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich, Herr Dr. Pfeil, möchte den Damen und Herren des Gemeinderates ihr Strickmuster näherbringen.

Geschützte Werkstatt, ein soziales Projekt, ein sozialpolitischer Meilenstein. Sie waren von Anfang bis zum Ende - und heute noch - dagegen.

Wir haben mit dem Reithofferhaus einen Zirkus gehabt. Sie waren zwar grundsätzlich dafür, aber als sie geglaubt haben, es kommt vielleicht in eine Etage die Jugendkultur hinein, sind sie mit ihrer Fraktion ausgezogen. Sie haben dem Reithofferhaus - ein Kulturprojekt - nicht zugestimmt, das uns viel Freude und einiges Geld kosten wird.

Oder wenn ich mir die Bahnhofsüberbauung anschau, die sie selbst angesprochen haben. Da haben sie mir ein „Hölzerl“ geworfen. Ich muß schon sagen; bei der Bahnhofsüberbauung haben sie nicht als Verkehrsreferent agiert, da haben sie plötzlich als Stadtbildpfleger agiert. Sie haben gesagt, wir verschandeln die Stadt auf 100 Jahre hinaus, obwohl es das Schlüsselprojekt für die Umsetzung unseres Verkehrskonzeptes ist.

Mir fällt noch mehr ein. Zum Beispiel wurde vom Kollegen Payrleithner die Apotheke angesprochen. Ich meine, die letzte Apotheke, die wir bekommen haben, das war ja auch allerhand, wer die aller gemacht hat. Ich glaube, Herr Stögmüller hat sie gemacht, aber die Debatte hier herinnen hat völlig anders ausgesehen.

Jeder hat plötzlich die Apotheke gemacht. Das können wir uns eigentlich abschminken. Es geht schon darum, daß man etwas weiterbringt. Ich kann für meinen Teil sagen, daß wir hier einen Vertrag

ausgehandelt haben - es sind ja noch viele Bemerkungen gemacht worden. Eine scheint mir noch ganz wichtig, das ist die Frage mit dem öffentlichen Verkehr. Auf diese möchte ich noch rein sachlich eingehen.

Natürlich haben wir die Option

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wo?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage ihnen das; Vertrauen fehlt ihnen, Herr Dr. Pfeil. Sie haben kein Vertrauen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, da habe ich kein Vertrauen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Betreibergesellschaft hat doch nichts dagegen, wenn wir im Konsens zwischen uns und der Gesellschaft einen Sondertarif anbieten. Immer vorausgesetzt, daß das nicht die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes gefährdet. Aber das wollen wir auch nicht, wir sind ja beteiligt. Wenn wir hier einen Sondertarif vom Krankenhaus weg anbieten, Herr Dr. Pfeil, dann müssen die sogar dafür sein. Vorausgesetzt, daß die, die vom Krankenhaus mit dem Bus fahren, ihr Auto in die Parkgarage gestellt haben, und das ist nämlich der Punkt. Wenn wir das nämlich nicht sicherstellen, im Hinblick auf ein Verrechnungsmodell, dann wird eines eintreten, dann werden die Leute unter Umständen hinaus um S 18,- fahren und herein um den verbilligten Tarif, und das tangiert natürlich sehr wohl die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes. Und es werden alle, die da draußen wohnen, zum verbilligten Tarif in die Stadt fahren. Wir müssen sicherstellen, daß unser Autobusfahrer weiß, wer sein Auto im Parkhaus stehen hat. Das ist ja darstellbar, wenn sich im Kommunalausschuß hier unsere Kolleginnen und Kollegen damit beschäftigen. Ich sage ihnen, daß die Option

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Parkschein ist Fahrschein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

...steht, das darzustellen. Ja, das hätten wir leicht machen können. Aber das gratis darzustellen, das ist ja das Gegenteil von Wirtschaftlichkeit für die Stadt. Es geht ja nicht nur um die Wirtschaftlichkeit dieses Parkdeckprojekts, sondern auch um die Verkehrsbetriebe, wo ihr Kollege Eichhübl die Verantwortung hat.

Was ich sagen will, ist eines. Anhand dieser Beispiele zeigt sich sehr deutlich, daß sie eigentlich verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, solch ein wichtiges Projekt, auf das die Ärzte, das Pflegepersonal, die Patienten, Besucher und die Bewohner der Umlandregion warten, in irgend einer Form, mit welchen Möglichkeiten auch immer, zu Fall zu bringen. Und da bin ich dagegen. Wir haben hier einen Vertrag ausgehandelt, der aus Sicht der Stadt in höchster Weise wirtschaftlich interessant ist. Und ich halte kein einziges ihrer Argumente für schlagend.

In einem Punkt haben sie sich sowieso widersprochen. Sie haben nämlich gesagt, sie glauben, die 350 Stellplätze sind zu wenig. Na wenn das ist, dann brauchen wir aber keine Haftung zahlen. Glauben sie nicht auch? Da müssen sie schon sagen: Haben sie beim einen oder beim anderen Mal oder beide Male recht gehabt?

Ich möchte eines hier in diesem Kreis feststellen, meine Damen und Herren! Hier liegt eine Vereinbarung zur Beschlußfassung vor, mit der auf kurzen Nenner gebracht, folgendes passiert: Die Stadt Steyr stellt ein Grundstück, das bereits im Rahmen eines Baurechtsvertrages jetzt für den ruhenden Verkehr gewidmet ist (der Parkplatz unmittelbar neben der Bundesstraße), zur Verfügung, um darauf dieses Parkdeck zu errichten.

Die Stadt Steyr erklärt sich weiterhin bereit, die Anliegerleistungen, die in diesem Zusammenhang fällig werden, die wir intern und mit etwa 1,5 oder 1,6 Mio. S bewerten, nicht einzukassieren.

Die Stadt ist weiterhin und darüber hinaus bereit - und erklärt sich in dem Vertrag bereit -, daß wir S 360.000,- geschätzte Kosten, die Hälfte nämlich, die im Zusammenhang mit der noch dort durchzuführenden Arbeit der Wildbachverbauung anfällt, diese Hälfte der Kosten von S 360.000,- werden wir ausgabenwirksam in die Hand nehmen. Wir bekommen dafür 350 Parkplätze. Die anderen finanzieren und wir bekommen eine Beteiligung von 20 % an einem Ertragsprojekt, Herr Dr. Pfeil. Und wenn sie das nicht erkennen können, dann tut mir das außerordentlich leid.

Ich muß ihnen sagen, das Problem bei der F ist schon, daß sie ein Eiertänzer sind und daß sie das auch von ihrer Fraktion verlangen. Das Hinein in die Kartoffeln und Heraus aus den Kartoffeln, das halten die meisten wirklich nicht aus. Daher brauchen sie sich auch nicht wundern, wenn ihnen die Hälfte der Mannschaft abhanden kommt und der Rest nur mehr bei einer Gemeinderatssitzung aktiv auftritt.

Zum Schluß noch eines: Ich ersuche sie inständig, meine Damen und Herren, dieses Projekt zu unterstützen. Ich werde das wirklich mit voller Überzeugung tun. Und wäre ich Verkehrsreferent, würde ich mit Händen und Füßen aufzeigen.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke für das Schlußwort. Es liegt uns ein Abänderungsantrag vor. Wir stimmen zuerst über den

Abänderungsantrag ab. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 Stimmen F. Wer ist gegen den Abänderungsantrag? 23 Stimmen, SP, ÖVP, GAL. Wer übt Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen F. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Hauptantrag. Wer dem Hauptantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen den Hauptantrag? Wer übt Stimmenthaltung? 7 Stimmenthaltungen F. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt 15 Minuten Pause machen.

PAUSE VON 17.15 BIS 17.30 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um die nächste Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren! Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft den Rechnungsabschluß des Jahres 1996. Ich glaube sagen zu können, daß hier aufgrund des Umstandes, daß es letztendlich einen kräftigen Überschuß im ordentlichen Haushalt gibt, deutlich Schulden abgebaut und die Rücklagen massiv erhöht werden konnten. Das ist ein erfreulicher Tagesordnungspunkt, der alle in diesem Haus befriedigen kann. Die gemeinsam beschlossenen Vorgangsweisen haben letztendlich auch zu dem erwünschten Erfolg geführt. Und ich stehe nicht an zu sagen, daß eigentlich die Entwicklung positiver war, als wir uns das zu diesem Zeitpunkt vorgestellt haben.

Ich muß sagen, daß die restriktive Ausgabenpolitik im Budgetvollzug konsequent umgesetzt wurde und die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Budgetvoranschlag - entgegen allen Kassandrarufen - keineswegs zu optimistisch eingeschätzt wurde, und in Verbindung mit dem erhöhten Aufkommen von Abgabenertragsanteilen haben wir ein beachtenswertes Gesamtergebnis erzielt.

Der ordentliche Haushalt weist gegenüber dem Budgetvoranschlag einen Überschuß von 33,7 Mio. S aus. Gleichzeitig wurde der Schuldenstand um nicht weniger als 48,36 Mio. S deutlich verringert sowie zusätzlich eine Rücklagenzuführung vorgenommen. Die Gesamtergebnisverbesserung beträgt somit 91,4 Mio. S.

Ich möchte darauf hinweisen, daß hier besonders bei den Aufwendungen für das Personal unsere Ziele erreicht werden konnten, daß hier im Jahr 1997 der Personalaufwand für die aktiven Magistratsbediensteten um 0,67 % gesunken ist. Nicht gestiegen, sondern gesunken. Nach einem realisierten Einsparungspotential bei den Personalkosten von 23 Mio. S im Jahr 95 wurde 1996 nicht nur die präliminierte Reduzierung von weiteren 20 Mio. S umgesetzt, sondern es konnten zusätzlich 2,5 Mio. S eingespart werden. Wenn man hier die letzten 2 1/2 Jahre auf diesem Gebiet Revue passieren läßt, kommen wir alleine im Personalbereich auf eine Einsparung von 51 Mio. S.

Auch der Kostenaufwand für Mandatäre hat sich hier um nahezu 5 % reduziert.

Die Schulden, von denen ich schon gesprochen habe, wurden deutlich abgebaut. Das hängt auch damit zusammen, daß wir durch ein, wie ich glaube, sehr zielführendes Finanzmanagement und durch konsequenten Budgetvollzug den Schuldenstand um nicht weniger als 48 4/10 Mio. S oder 6,3 % reduzieren konnten. Wir haben verstärkt Rücklagen gebildet. Das ist ein besonders hervorhebenswerter Umstand. Es wurden nicht nur die Schulden reduziert, sondern es konnten die Rücklagen, die im Budget 1996 mit 50,76 Mio. S veranschlagt waren, auf 126,876 Mio. S gesteigert werden. Das ist eine Steigerung von mehr als 150 % innerhalb eines Jahres.

Damit, meine Damen und Herren, wurde unser finanzieller Spielraum spürbar vergrößert. Das ist auch wichtig und gut so im Hinblick auf die ambitionierten Vorhaben, die wir gemeinsam im Stadtentwicklungskonzept beschlossen haben, die sich auch jetzt bei der Mittelfristplanung sehr deutlich zeigen. Es sind Aufwendungen, die gewaltig sind, die den Spielraum wieder sehr eng werden lassen, aber uns muß jederzeit bewußt sein, daß das durch die eigene Vorstellung, die wir im Gemeinderat entwickeln, durch das Realisieren von „Riesigprojekten“ in Wirklichkeit eintritt.

Wenn wir nur, um das Alten- und Pflegeheim Münichholz zu nennen, alleine einen ganzen ao. Haushalt in ein einziges Projekt investieren und die anderen, die es da nebenbei gibt, auch noch alle realisieren wollen, angefangen von einer neuen Volksschule bis zur Sanierung des Hallenbades (1. Etappe gerade hinter uns, nächste Etappe vor uns), wenn wir die Fachhochschule betrachten und diesen riesigen Komplex sehen, der dort im Entstehen begriffen ist und der uns alle noch zum Stolz und zur Freude gereicht wird, finanzieren wollen, und das ist gesichert, dann müssen wir auch diese konsequente Budgetpolitik in Zukunft fortsetzen.

Diese ganzen Sparmaßnahmen - Verringerung der Schulden - Aufstockung der Rücklagen - sind nicht aufgrund eines Einsparens und Zutodesparens, wie es mancherorts geschieht oder gefordert wird, passiert, sondern in Wirklichkeit haben wir die Bremse bei den Ausgaben und das Gas bei den Investitionen gleichermaßen betätigt. Die Investitionen im Jahr 1996 haben nicht weniger als rd. 135 Mio. S betragen. Daß wir mit diesem Budget auch noch die oft diskutierten Maastricht-Kriterien auf kommunaler Ebene voll erfüllen, versteht sich dabei von selbst. Wir haben hier sogar einen Überschuß von 65,1 Mio. S zu verzeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat sich gezeigt, daß trotz aller Schwierigkeiten, trotz der oft aussichtslos, was die Erreichung der Ziele anbelangt, durchgeführten und erscheinenden Budgetklausuren hier doch die Stadt, was die finanzielle Gestion anbelangt, auf dem richtigen Kurs ist. Daß wir diesen Kurs fortsetzen müssen - auf der einen Seite bei den Investitionen nicht bremsen, natürlich auch bei den Forderungen maßhalten und/aber bei den Ausgaben bremsen, wo es eben nur geht - ist selbstverständlich. Das ist auch bei dieser Gelegenheit ein Appell von mir als Finanzreferent an sie, damit wir auch die großen Vorhaben, die wir - glaube ich - alle gemeinsam tragen, auch wirklich realisieren können, nämlich auch zeitgerecht realisieren können im Zuge unserer beschlossenen Konzeptionen und Finanzpläne und der Zeiträume, die wir unterstellt haben. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren des Gemeinderates, trage ich ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vor:

4) Fin120/96 Rechnungsabschluß 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1996 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungssoll)

im ordentlichen Haushalt von

S 996.319.353,26

im außerordentlichen Haushalt von

S 149.366.178,48

somit insgesamt S 1,145.685.531,74

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1996 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 155,567.230,92 und die Bilanz des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von S 234,935.815,04 genehmigt.

Ich bitte, Frau Vizebürgermeisterin, darüber debattieren zu lassen und die Abstimmung herbeizuführen. Ich ersuche sie, meine Damen und Herren, um ihre Zustimmung.

Gleichzeitig möchte ich mich noch bei unserer Finanzabteilung, die im Hinblick auf die rechtzeitige Erstellung des Zahlenwerkes außerordentlich positive Arbeit geleistet hat, bedanken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wer wünscht dazu das Wort? Herr StR. Spöck, bitte.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Rechnungsabschluß 1996 zeigt sicherlich, wie auch der Herr Bürgermeister betont hat und auch der Ex-Gemeinderatskollege Dr. Tilman Schwager anlässlich der Behandlung im Finanz- und Rechtsausschuß gemeint hat, sehr viel Positives, wenn ich - wie Herr Bürgermeister angeführt hat - an die Erhöhung des Rücklagenstandes im Jahr 1996 um rd. 42 Mio. S oder an die angesprochenen Minderausgaben bei den Personalkosten um 0,67 % bzw. bei den Funktionären um - 4,98 % denke. Das positive Ergebnis beim Schuldenstand wurde ebenso angesprochen.

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, trotz des leichten Sinkens bei den Personalkosten ist schon noch einiges offen. Und da spreche ich Herrn Kollegen Spanring an. Ich denke da an die Beförderungsrichtlinien, welche unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit überarbeitet wurden. Die werden wahrscheinlich in dieser Periode nicht mehr beschlossen werden. Oder wenn ich an die Stellenbewertungen oder an die Durchforstung beim Zulagensektor denke.

Ich darf auch - wie der Herr Bürgermeister angeführt hat - an die Beratungen beim mittelfristigen Finanzkonzept erinnern. Wenn ich an das APM, an die Sporthalle, an den Umbau Taborknoten, an die VS Resthof, an die Westspange, an Reithoffer, an die Bücherei, an die Feuerwehrzentrale und an vermehrte Wirtschaftsförderungen denke, hier werden wir in Zukunft Hunderte und Aberhunderte Millionen Schilling brauchen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorhaben ist, glaube ich, der derzeitige Handlungsspielraum noch bei weitem zu gering.

Zu unserem Stimmverhalten, ähnlich wie im vergangenen Jahr: Wir sind der Meinung, daß wir in Anbetracht des § 56 des StS. heute nur über die rechnerische Richtigkeit abstimmen. Soweit wir es beurteilen können, ist das Zahlenwerk in unseren Augen richtig. Wir stimmen nicht nachträglich dem Voranschlag zu, sondern nur dem Zahlenwerk. Daher und unter Berücksichtigung des § 56 des StS. unsere Zustimmung zum vorliegenden Rechnungsabschluß 1996.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Mein Vorredner hat es schon angeschnitten. Im Personalbereich ließe sich sicher noch mehr einsparen.

Im ordentlichen Haushalt haben wir Ausgaben von 388 Mio. S, im Personalbereich insgesamt 996 Mio. S. Wir haben einen Verwaltungsaufwand von 223 Mio. S. Da muß ich aber schon meinen Vorredner ansprechen, wenn er heute in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage diese Workshops mit S 28.000,-- in Zukunft weiterhin veranstalten will.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wenn notwendig.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Dann sehe ich hier aber auch keinen Willen, beim Verwaltungsaufwand zu sparen. Wenn der Bürgermeister das im Hause machen kann, dann können wir das für das APT genauso. Da brauchen wir nicht in sündteure Seminarhotels zu fahren.

Ich sehe auch einen Mangel bei der Energiebuchhaltung. Wir werden beim Umweltbericht sicherlich noch darauf zu sprechen kommen; seit 3 Jahren im Gespräch und es fehlt noch immer die Umsetzung. Auch hier könnte man sicher einiges einsparen.

Investitionen mit 4 Mio. S, Schuldendienst 177 Mio. S, Transferzahlungen 209 Mio. S, Sonstiges 52 Mio. S.

Im letzten Personalbeirat wurden wieder einige Leute eingestellt. Es hat vor einigen Jahren einen Beschluß gegeben, und zwar für ein Jahr einen Personalstopp einzuführen. Und jetzt auf einmal ist alles wieder vergessen. Man hat sich ein bißchen gefangen und die Leute werden wieder brav 1 : 1 ersetzt. Man ist nicht bereit, einen Schlüssel mit 2 : 1 einzuführen. Es werden sogar Leute eingestellt, die nicht einmal die notwendige Qualifikation haben. Nur ein Beispiel: Der Bade- und Saunawart hat nicht einmal die notwendige Ausbildung, keinen Erste-Hilfe-Kurs, keinen Rettungsschwimmerkurs, gar nichts. Er war Autoverkäufer und Werkzeugschlosser, ist 41 Jahre alt und kann jetzt auf einmal ab 1. Juli im Bad einen wichtigen Dienst verrichten, nämlich einen Dienst am Menschen.

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Wilhelm Spöck.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es sollen alle wissen, wie es im Personalbeirat zugeht.

Jetzt fällt es mir gerade ein, sie haben ja im letzten Personalbeirat gefehlt. Die ÖVP war nicht dabei. Seien sie froh, wenn ich sie informiere.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Ich bin Ersatzmitglied.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wenn der Bürgermeister sagt, daß bei den Mandatären eingespart worden ist. Ich glaube, das mit dem 3. Vizebürgermeister wird sich nächstes Jahr bald aufhören. Der wird uns einiges kosten. Es ist nicht so, daß ein 3. Vizebürgermeister kommt. Glauben sie, der macht das gratis?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer sagt denn das?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Glauben sie, der macht das gratis?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er darf das gar nicht gratis machen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Bei den Pensionen haben wir 51 Mio. S zu bezahlen. Auch hier ist keine Bereitschaft. Die Stadt hat Pensionen einzufrieren. Ich denke da nur an Herrn StR. Zagler. Der ist ganz erpicht darauf, daß er zu seiner Pension kommt.

Herr Bürgermeister, sie haben eigentlich die Einnahmenseite gar nicht erwähnt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Die Einnahmenseite haben sie nicht erwähnt. Es gibt sicher Bereiche, wo die Stadt einiges mehr einnehmen könnte. Es läuft gerade der Pachtvertrag

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Beispiel?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

beim Schloßparkpavillon also nicht aus, sondern er verändert sich von einer fixen Summe von S 2.500,-- pro Jahr auf eine Umsatzpacht. Da könnte man natürlich schon einiges verändern.

Oder wenn ich an den Theaterkeller denke, wo Herr Preisinger nur ab und zu einmal aufsperrt, obwohl eine Betriebspflicht im Pachtvertrag festgelegt ist, daß er außer an Sonn- und Feiertagen aufsperrern muß.

Es gibt eine Boutique in Zwischenbrücken, die bezahlt S 3.300,-- Pacht. Das ist auch nicht viel, wenn man weiß, daß in diesen Lagen S 6.000,-- bis S 7.000,-- vertretbar sind.

Und dann hat die Stadt Betriebe, ich denke da nur an die Bestattung, die im Grunde unrentabel läuft. Das wissen wir ganz genau. Hier ist auch kein Wille zu sehen, daß man da Veränderungen macht.

Die Stadt hat Liegenschaften, die sie vergammeln läßt. Ich denke da nur an das Gebäude in der Berggasse 7. Ich weiß nicht, gehört das der Stadt oder nicht? Das ist in einem fürchterlichen Zustand. Das ist eine Wertminderung, wenn die Stadt hier bei ihren Liegenschaften nichts macht.

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Und weil sie sagen: Eine konsequente Budgetpolitik. Ja, dann machen wir auch eine konsequente Personalpolitik. Wir müssen von den über 1.000 Bediensteten herunterkommen. Weil heute gefallen ist: Die Lehrlinge werden uns so viel kosten. Wir wissen ganz genau, was uns die A-Beamten und B-Beamten kosten. Das wissen wir ganz genau. Da fallen die Lehrlinge überhaupt nichts in Gewicht. Da könnte man ruhig „oben“ ein bißchen einsparen. Die Witwen der Beamten bekommen - gegenüber den ASVG-Pensionisten - sogar einen Todesfallbeitrag. Das muß man sich einmal vorstellen.

Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht noch das Wort? Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganze 0,67 % Einsparung am Personalsektor in einem Wahljahr wird als großer Erfolg verkauft. Erinnern wir uns noch - sie waren dabei - an unsere gemeinsame Klausurtagung mit Herrn Lubbers, wo ich vorgeschlagen habe, daß pro Jahr 3 - 5 % Einsparungen möglich sein müssen und er mir recht gegeben und gesagt hat: „Ja, was Herr Dr. Pfeil sagt, das hat Hand und Fuß.“

Gelächter

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das hat er nie gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich lade sie gerne ein, a) in den Protokollen nachzusehen und b), wenn es dort nicht steht, ihn selbst zu fragen. Er hat wörtlich gesagt: Nach seiner Kenntnis der Situation der wirtschaftlichen Prosperität der Stadt Steyr muß eine Einsparung in diesem vorgestellten Rahmen pro Jahr möglich sein bzw., daß wir langfristig auf die vorgeschlagenen 20 % Einsparungen im Personalkosten- bzw. Verwaltungskostenbereich kommen.

Ein Budget muß man natürlich langfristig sehen, über einen Zeitraum von 10 Jahren. Eine Einsparung am Personalsektor, Herr Bürgermeister, von 0,67 % imponiert mir nicht. In einem Wahljahr läßt sich vieles schön darstellen. Machen wir einen 10-Jahres-Vergleich, der

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Doktor, 51 Mio. S in 2 1/2 Jahren habe ich ihnen erzählt. Sie zitieren mich nicht richtig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kämpfen immer - ganz gleich bei welchen Vorhaben -, daß wir nicht einmal minimale Summen für oft wichtige Projekte haben, weil das Budget nicht vorhanden ist. Wir lähmen uns selbst in unserem Aktionskreis, und in Summe haben wir eine Erweiterung im Verwaltungs- bzw. Personalkostenbereich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich werde auf die Personalkostendiskussion nicht näher eingehen, weil sie wirklich nicht hierher gehört. Und wenn ich mir erlaube, über einen 41jährigen Mann in der Öffentlichkeit so zu sprechen wie sie, Herr Fürweger,

Unverständlicher Zwischenruf von GR Günter Fürweger.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

...dann täte ich mich schämen, so etwas zu tun. Ein Mann mit 41 Jahren ist sehr wohl fähig, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Ausbildung, von der sie so groß reden, und was dieser Mann für Aufgaben in unserem Haus bekommen wird, das hat wohl der zuständige Direktor und Bereichsverantwortliche festzustellen.

Mir ist schon klar, daß man über das Personal so locker dahinredet und dann sagt: „Was heißt das schon - 0,6%.“ Statistik; 51 Millionen klingen wahrscheinlich schon anders.

Wenn ich dann so rede, wie es auch der Herr Fürweger macht, und jetzt komme ich wieder auf die Lehrlinge zurück. Ihr in der Fraktion müßt euch schon darüber im klaren sein, worüber ihr redet. Kollege Eichhübl spricht bei den Lehrlingen von Bedarfserhebungen und auch für weitere Beschäftigung.

Kollege Fürweger sagt: Das ist egal, weil die sollen dann auf Wanderschaft gehen. Das heißt, unsere kaufmännischen Lehrlinge nehmen dann ihr „Binkel“ und gehen auf Wanderschaft. So sehe ich eine vernünftige Lehrlings- und Personalpolitik sicherlich nicht.

Aber jetzt zum Rechnungsabschluß. Im Gegensatz zum vorliegenden Rechnungsabschluß - und das ist heute auch schon gesagt worden - wird die Entstehungsgeschichte des Budgets 96 wohl keinen sehr schmeichelhaften Platz in der kommunalpolitischen Chronik in unserer schönen Stadt Steyr finden.

Mit Zitaten aus diversen Budgetreden, wie: „Dem Bürger und Steyrer Steuerzahler wird mit Budgetakrobatik ein Schwindelbudget vorgelegt und die schlußendlich auch dazu beigetragen hat, daß wir vor einem Budgetdilemma stehen.“ Da waren wir gemeint.

Um nicht das gleiche Schicksal wie die Stadt Salzburg zu erleiden, die praktisch konkursreif ist, sei an diese Genesis erinnert.

Daß die Stadt Steyr nicht das gleiche Schicksal wie Salzburg oder eine anderer Kommune erleiden mußte, hat sicher mehrere Gründe.

Der erste und wahrscheinlich wichtigste Grund liegt sicher darin, daß der heute durch unseren Finanzreferenten, Bürgermeister Leithenmayr, vorgelegte Rechnungsabschluß 1996 auf einem entgegen aller zitierten „Unkenrufe“ seriös sachlich, richtig einschätzenden, aber durchaus auch ambitionierten Budgetentwurf aufbaute und dieser vollzogen wurde.

Zweitens: Davon sprach ich bereits in der GR-Sitzung am 28.11.1996, in der der Nachtragsvoranschlag präsentiert wurde. Der erfolgreiche Rechnungsabschluß 1996 liegt auch darin begründet, daß sich viele von ihnen - meine Damen und Herren des Stadtsenates und Gemeinderates - nicht von diversen Kassandrarufen beeinflussen ließen, sondern verantwortungsvolle Kommunalpolitik zum Wohle der Steyrer Bürgerinnen und Bürger betrieben. Dokumentiert unter anderem auch dadurch, daß viele Beschlüsse mehrheitlich, also durch mindestens 2 Fraktionen, und sehr viele auch einstimmig gefaßt wurden.

Drittens: Der Vollzug des Budgets 1996 wurde von den 122 BeamtenInnen und rd. 833 Vertragsbediensteten des Magistrates Steyr mit großem Engagement durchgeführt. Jüngste nationale Auszeichnungen unserer Mitarbeiter sind sichtbare Beweise. Dafür möchte ich auch an dieser Stelle einerseits gratulieren, andererseits aber Dank und Anerkennung an alle Bediensteten aussprechen und den MD. Dr. Schmidl ersuchen, dies in gebührender Form weiterzuleiten und die Bitte daran knüpfen, in bewährter Form und mit erwähntem Einsatz auch den Vollzug des laufenden Budgets 1997 zu bewerkstelligen.

Die Zeichen, den von uns eingeschlagenen Weg, „den Steyrer Weg“, wie ihn auch schon Bürgermeister Leithenmayr dargestellt hat, erfolgreich weiter zu beschreiten, stehen gut.

Unter anderem sind es 3 Gründe, welche uns - unterstützt durch das nötige Glück des Tüchtigen - den heute vorliegenden erfolgreichen Rechnungsabschluß 1996 unseres Finanzreferenten, Bürgermeister Hermann Leithenmayr, brachten.

Es ist sicher kein Anlaß vorhanden, in überschäumende Euphorie zu verfallen, aber anerkennende Freude am durchaus herzeigbaren und vor allem nicht selbstverständlichen Erfolg ist sicher erlaubt. Ich denke, sogar angebracht, um aus dieser Freude die Kraft zu schöpfen, für den weiteren uneingeschränkten Einsatz für unsere schöne Stadt Steyr und im besonderen im Dienst und zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne stimmt die sozialdemokratische Fraktion dem vorliegenden Rechnungsabschluß zu, und ich ersuche sie, meine Damen und Herren, selbiges zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte dieses Zahlenwerk jetzt nur am Rande erörtern, weil ich schon ziemlich im Genuß stehe, was sozusagen im 96er Jahr herausgekommen ist.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ein kleiner Genußspecht?!

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Bitte?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ein kleiner Genußspecht.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Das bin ich sehr gerne. Ich möchte nur eines im Gegensatz zu Herrn Dr. Pfeil sagen. Ich weiß nicht, wie das Budget ausschauen müßte, daß er dann sagt: „Ja, das ist toll“ oder „das ist wirklich gut“.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben schon einmal einem zugestimmt.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ja! Aber das war eines der teuersten Budgets, die wir hatten.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da sind sie wieder falsch informiert. Da haben wir das erste Mal gemeinsam den Personalaufnahmestopp beschlossen. Das war das erste Mal, daß wir ...

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ihre Situation erinnert mich immer an den uralten Witz, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bleibens bei der Wahrheit!

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

... wo ein Patient zum Arzt geht und sagt: „Herr Doktor, was soll ich tun, überall wo ich hingreife, tut es mir weh?“ Sagt der Doktor: „Sie sind eigentlich körperlich gesund, sie haben sich nur den Finger gebrochen.“

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

So schaut das aus. Wirklich. Das ist eine Frage der Wahrnehmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Können sie mir den Zusammenhang erklären?

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das können wir dann in der „Aktuellen Stunde“ machen.

Ich denke mir, wenn seinerzeit die ÖVP mit diesem Budget mitgegangen wäre und wir damals eine große Mehrheit für dieses Budget zusammengebracht hätten, wäre das auch klass' gewesen.

Der Herr Mayrhofer schreibt in seiner letzten Aussendung, daß er sich eine Grüne Partei in Steyr wünscht und er sieht uns mit unserer „Unterstützung der Sozialdemokraten als Steigbügelhalter für eine strukturkonservative Politik“. Ich glaube, das Ergebnis 96 zeigt schon ganz deutlich, daß man da sehr wohl vorsichtig vorgegangen ist und die Änderungen, die stattgefunden haben, überhaupt nicht strukturkonservativ waren. Und ich würde mir wünschen, daß er auch auf die Erfahrung seiner Parteifreunde zurückgreift und nicht sozusagen in Eigenregie und Eigenwahrnehmung ein Budget ablehnt, das in Wahrheit sehr gut war.

Ich möchte mich auch bei den Beamten bedanken und danke für ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eigentlich ist heute nichts Negatives zum Rechnungsabschluß gesagt worden. Alle Redner haben sich eher in Nebensächlichkeiten begeben, wenn ich dem hier aufmerksam gefolgt bin. Ich glaube auch, daß es richtig ist, was Kollege Apfelthaler gesagt hat, daß sich das Budget 96 eine größere Mehrheit verdient hätte. Vielleicht gibt es ein paar, die sich denken: „Hätten wir doch damals mitgestimmt.“

Kollege Spöck hat bescheinigt, daß das Rechnungswerk seriös und richtig ist. Das freut uns natürlich. Damit ist aber bewiesen, daß die Zahlen - wie sie am Tisch liegen - den Tatsachen entsprechen. Und die Tatsachen sind sehr positiv.

Natürlich gibt es in einer Stadt unserer Größenordnung immer etwas, das auch zurecht kritisiert werden kann. Keine Frage. Wenn die Kritik ehrlich ist und von den Gedanken getragen, daß es zu Verbesserungen kommt, dann ist das in Ordnung. Ich glaube auch, daß wir das dringend brauchen. Die Kritik sollte nur nicht unter „Kritikwillen“ vorgebracht werden. Und weil ein paar Punkte angeschnitten wurden, wie z.B. die Geschichte mit den Beförderungsrichtlinien; das ist immer noch so eine Sache, die dich so bedrückt, lieber Kollege aus dem Bundesbeamtenbereich. Na ja! Im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf der Finanzbeamten haben wir ja jetzt gehört, daß dort auch einige kleine Privilegien vorhanden sind, die andere wiederum nicht haben.

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Wilhelm Spöck.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte das gar nicht aufrechnen. Das ist so, daß sich die Dinge unterschiedlich entwickeln. Es sind ja auch die Anforderungen unterschiedlich. Nur, was unsere Beförderungsrichtlinien anbelangt, die sehr genau im Vergleich mit denen der anderen Städte, der 445 übrigen Gemeinden unseres Landes und mit dem Land OÖ. selbst geprüft wurden, da hat sich herausgestellt - und das gehört auch einmal bei so einer Gelegenheit gesagt -, daß wir hier nahezu gleichgelagert sind. Geringfügige Besserstellungen stehen geringfügigen Schlechterstellungen gegenüber. In Summe liegt dort nicht das große Geld, von dem immer die Rede war, und darauf kommt es nämlich letzten Endes an.

Es ist auch richtig, wie du gesagt hast, lieber Willi, daß wir gewaltige Vorhaben vor uns haben und wir mehr Spielräume bräuchten. Ich pflichte dir absolut bei. Aber ich muß auch gleichzeitig sagen: Wann hat sich denn die Stadt Steyr in diesem kurzen Zeitraum überhaupt solche gewaltige Vorhaben zugetraut? Les' in den Protokollen nach. Du wirst nichts Vergleichbares finden. Wir haben viel geschafft und trauen uns in Zukunft vieles zu, und es scheint auch möglich zu sein. Wir sind natürlich auch von externen Einflüssen abhängig.

Ich kann nur sagen, die Steyrer werden sich glücklich schätzen, hätten sie immer in so „schlechten“ Zeiten gelebt, wie wir das gegenwärtig tun.

Ich muß sagen, in so schlechten Zeiten ist noch nie so viel gebaut, errichtet, neu geschaffen und restauriert worden, wie das in unserer Zeit stattfindet. Gott sei Dank ist das so!

Herr Fürweger, wenn sie von 1.000 Beschäftigten reden, dann möchte ich doch anmerken, daß da eine ganze Menge an Teilzeitbeschäftigten enthalten sind. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit klarstellen, weil ja die Personalausgaben immer so eine zentrale Rolle spielen. Wir haben rd. 760 Vollzeitbeschäftigte, nicht 1.000. Das sollte uns allen sozusagen im Kopf sein. Das ist ein bedeutsamer Unterschied, nämlich 1/4 weniger als sie sagen, und das geht dann so wieder im „Schneeballsystem“ hinaus.

Eines ist richtig, sie haben gesagt: „Wir stellen plötzlich wieder Leute ein.“ Und Herr Dr. Pfeil hat gesagt: „Wir haben einen Aufnahmestopp beschlossen.“ Natürlich haben wir das getan. Wir haben einen Aufnahmestopp beschlossen. Ich habe in der Wirtschaft, in dem Betrieb, in dem ich tätig war, viele solche Aufnahmestopps erlebt. Sie sind unter Umständen auch richtig. Sie sind eine Möglichkeit, die Dinge zu begrenzen. Sie geben die Chance, über den natürlichen Abgang und die Fluktuation steuernd einzugreifen. Sie lassen es möglich machen, daß nicht das äußerste Mittel, nämlich eine Kündigung von Dienstnehmern, stattfinden muß.

Diese Vorgänge haben wir durchgeführt. Wir haben uns auch an die Budgetbeschlüsse gehalten und an die Bindungen, die wir eingegangen sind. Darauf lege ich großen Wert. Das ist aber immer nur eine temporäre Maßnahme, wenn hier 50 Köpfe - „Vollzeitköpfe“ - abgebaut wurden. Irgendwann kommt aber dann der Zeitpunkt, wo die ausgeschiedenen Dienstnehmer wieder ersetzt werden müssen. Ansonsten muß man sich darüber im klaren sein, daß man die Leistungen nicht aufrechterhalten kann.

Und natürlich, Herr Dr. Pfeil, da bin ich schon bei ihren Ausführungen, die heute zum Rechnungshof beachtlich kurz waren, muß ich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Rechnungshof?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Rechnungsabschluß - kleiner Versprecher, Entschuldigung. Den Rechnungshof haben sie früher des öfteren zitiert. Wissen sie, ihre Einsparungen von Personalkosten sind immer auch unter dem Aspekt vorgetragen worden, daß wir privatisieren, Leistungsbereiche einschränken, Abteilungen reduzieren, also in Wegfall kommen lassen. Das muß nicht unbedingt die Intension von allen Fraktionen im Gemeinderat sein. Ich sage, daß wir mit 50 Leuten weniger, mit einem bitte niedrigeren Personalaufwand - wir reden nicht nur von Einsparungen. Die Einsparungen sind selbstverständlich höher als 0,67 %, weil sie doch in Rechnung stellen müssen, daß alleine durch die gesetzlich bedingten Vorrückungen es um 1,5 % automatisch mehr werden müßte. Wenn wir also konkret und in absoluten Zahlen 0,67 % weniger ausgeben, dann beträgt die Einsparung rund 2,2 %. Das ist in Wirklichkeit das Ergebnis unserer Tätigkeit. Das muß man bei dieser Gelegenheit sagen. Und zu privatisieren heißt zwar, daß wir, wenn wir diese Arbeiten nicht mehr machen, möglicherweise in wichtigen Bereichen der Stadt einfach nicht mehr tätig sind, oder wenn wir das durch Private machen lassen, daß wir dafür auch Geld in die Hand nehmen müssen, wobei eines noch festzustellen ist, Herr Kollege Fürweger - sie haben sich mit dem Problem intensiv beschäftigt, das sehe ich an ihrer bekümmerten Miene.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte ihnen folgendes sagen: Wenn sie glauben, daß die Steyrer Gärtner die Stadt schöner und billiger in Ordnung halten als unsere Gärtnerei, dann befinden sie sich in einem sehr großen Irrtum.

Ich glaube auch, daß auch hervorgehoben gehört, daß wir mit 50 Leuten weniger, in Wirklichkeit sogar Leistungssteigerungen zustande gebracht haben. In allerlei Bereichen. Im Sozialbereich auf jeden Fall. Ich erinnere an Projekte, die realisiert und angegangen wurden, wo die Leute mehr leisten mußten als in normalen Zeiten bzw. in der normalen Dienstzeit.

Es ist auch noch darauf hinzuweisen, daß wir z.B. die Verwaltungsabläufe enorm beschleunigt haben. Wenn ihnen das nicht genügt, was in den Zeitungen steht und was auf diesem Sektor geschehen ist, dann lassen sie sich doch das von unverfänglichen, angesehenen Menschen in der Republik Österreich bescheinigen, Herr Dr. Pfeil oder Herr Fürweger! Der Herr Leo Maderthaler hat ja nicht unbedingt mit uns, ich weiß nicht was alles gehütet. Er hat hier den Preis für den schnellsten Amtsmanager wahrscheinlich nach einem Auswahlverfahren nach Steyr gegeben, über den wir eigentlich stolz sein können. Der Herr Dr. Leitl hat keine Veranlassung, gerade die Stadt Steyr über diese raschen Behördenverfahren - bis Brüssel geht er damit hausieren, hat er selbst gesagt - zu loben. Das sind doch Dinge, Leistungen über die sich eigentlich jeder freuen sollte, wenn die eintreten. Das muß man doch sagen.

Ich habe immer den Eindruck, wenn man nach schlechten Zeiten, die wir auch hinter uns haben, etwas Positives sagt, dann kommt bei euch eine richtige Freude auf. Und das bedrückt mich eigentlich in Wirklichkeit. Normalerweise sollten sich alle freuen, wenn man positive Zahlen oder Ereignisse auf den Tisch legen kann. Und da komme ich immer auf den Verdacht, daß es ihnen lieber wäre, wir hätten nicht so viel zusammengebracht, damit sie nachher sagen können: Wir haben nichts zusammengebracht. Da können wir natürlich nicht mit. Wir haben uns entschlossen, nach besten Kräften und mit ganzem Einsatz für die Stadt zu arbeiten. In bezug auf die Finanzsituation ist das wieder einmal gelungen. Nächstes Jahr, übernächstes Jahr und die weiteren Jahre werden wir das gleichermaßen tun müssen. Alle sind herzlich dazu eingeladen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 9 Enthaltungen F. Danke schön. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Kollegin Mach um ihre Anträge.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBGM. FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben heute ja sehr erfreuliche Amtsberichte, auch meiner ist sehr erfreulich. Es geht ein großer Wunsch von mir in Erfüllung. Wir bekommen jetzt in Steyr eine Vorkindergartengruppe. Ich finde das äußerst wichtig, weil durch die flexiblen Arbeitszeiten und durch die Änderung der Familienverhältnisse sehr viele Frauen nach 1 1/2 Jahren wieder arbeiten gehen müssen und zum Teil nicht wissen, wohin mit dem Kind. Darum finde ich es sehr positiv, daß wir heute diesen Antrag im Gemeinderat beschließen

werden. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Fin-122/97 Kinderfreude Steyr; Subventionsansuchen für die Errichtung und den Betrieb der Kinderkrabbelstube Kuschelbär

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 13. Mai 1997 wird den Österreichischen Kinderfreunden, Bezirksorganisation Steyr, als Zuschuß für die Adaptierung des ehemaligen Kinderfreundeheimes in 4400 Steyr, Michael Sieberer-Straße 3, zum Zwecke der Errichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung (Krabbelstube Kuschelbär) im Jahr 1997 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 350.000,--

(dreihundertfünfzigtausend)

gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 1/2400/777000.9 ein Betrag von S 350.000,-- freigegeben.

Weiters verpflichtet sich die Stadt Steyr den laufenden Betrieb der Kinderkrabbelstube Kuschelbär im Jahr 1998 mit S 214.500,-- sowie ab dem Jahr 1999 mit einem jährlichen Betrag von S 350.000,-- finanziell zu unterstützen.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Als erster ist Herr StR. Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Frau Vizebürgermeister! Ich bin nicht ihrer Ansicht, daß dieser Antrag so erfreulich ist. Ich finde nichts Erfreuliches daran, daß wir heute in einer Zeit leben, wo Familien, vor allem die Mütter, gezwungen werden, ihre Kinder wegzugeben, um den Lebensstandard halten zu können. Daß in einer Familie zumindest zwei arbeiten gehen müssen, das halte ich nicht für besonders erfreulich.

Aber zum Antrag selbst: Ich habe bereits im Stadtsenat meine Bedenken dahingehend zum Ausdruck gebracht, daß ich einfach diesem Antrag deswegen nicht die Zustimmung geben kann, weil durch diesen Antrag - und ich hoffe, daß sich alle bewußt sind, die jetzt diesem Antrag die Zustimmung geben - bis weit über diese Funktionsperiode hinaus Verpflichtungen auferlegt werden, nämlich dem nächsten Gemeinderat und den weiteren Beschlüssen von Menschen, die wir wahrscheinlich gar nicht mehr kennen. Denn es schaut so aus, daß ab dem Jahr 1999, ohne zeitliche Einschränkung, eine Subvention in Höhe von S 350.000,-- gegeben werden soll.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich kann nicht jemandem die Verantwortung übergeben; ich habe auch im Stadtsenat sehr deutlich gesagt, und das sage ich auch hier, daß ich sozialen Einrichtungen - und das habe ich auch immer bewiesen - grundsätzlich sehr positiv

gegenüberstehe. Aber wie gesagt, in dieser Art und Weise, meine Damen und Herren, kann ich diesem Antrag keineswegs die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Spöck. Ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wie aus der Projektvorstellung der Kinderfreunde hervorgeht, die wir auch im Sozialausschuß von Herrn Kollegen Oppl gehört haben, soll eine Krabbelstube mit max. 13 Kindern, im Alter von 1 bis 4 Jahren, einer Öffnungszeit von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr, einer Sammelphase von 7.00 Uhr bis 9.00 Uhr und einer Abholzeit ab 14.00 Uhr geschaffen werden. Wie gesagt, Kollege Oppl hat uns im Sozialausschuß darüber informiert und nach einstimmiger - einstimmiger - Beschlußfassung ist dann dieses Subventionsansuchen weitergegangen. Der Bedarf - es ist so, Kollege Eichhübl - ist leider gegeben. Und gerade wenn ich an die Zukunft denke, wird hier eher leider noch mit einem größeren Bedarf zu rechnen sein, daher ein „Ja“ seitens unserer Fraktion, aber mit dem Hinweis, daß nicht nur die Kinderfreunde, sondern auch andere Vereine, die die Voraussetzungen erfüllen, unterstützt werden. Das ist mir auch von Frau Vizebürgermeister Mach zugesichert worden.

Für die laufende Gebarung ab 1999 wäre mir eine Absichtserklärung auch lieber gewesen. Aber unter Berücksichtigung des Bedarfes, der Zusage der Unterstützung anderer Vereine und der Landeszulage sowie dem jährlichen Neuansuchen werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollegin Jeloucan, bitte sehr.

FRAU GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erfreuliche Antrag, eine Krabbelstube für Kinder von 1 bis 3 Jahren in Steyr zu errichten, muß ich wohl sagen, daß sich die Kinderfreunde sehr damit auseinandergesetzt haben. Endlich gibt es einmal eine Organisation, die sich damit befaßt.

Europamäßig gesehen gibt es in Dänemark 48 %, in Frankreich 20 % und in Österreich nur 2,4 % Kinderkrabbelstuben und Kinderkrippen. Da haben wir Handlungsbedarf.

Weil Kollege Eichhübl jetzt dargestellt hat, daß Frauen gezwungen werden, die Kinder in Krabbelstuben zu geben.

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Roman Eichhübl.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Lieber Kollege Eichhübl, ich muß dir schon sagen, es gibt sehr viele alleinstehende Mütter, und die müssen sich ja ihr Einkommen erwerben.

Ich bin 35 Jahre berufstätig und habe auch eine Tochter gehabt, aber ich habe es mir nicht leisten können, trotz daß ich verheiratet war, bei meinem Kind zu bleiben. Vor 30 Jahren war das schon nicht möglich. Es wird heute immer schwieriger und schlechter, darum bin ich von dir enttäuscht, daß du dem Antrag nicht zustimmst.

Auf der einen Seite heißt es immer Personalpolitik und den Beamten muß man etwas wegnehmen. Ja klar, je mehr man den Arbeitnehmern, den Angestellten etc. was wegnimmt, um so schwieriger wird es, sich etwas anderes leisten zu können.

Diese Subvention auf 3 Jahre, ich glaube, daß wir das den Kindern, speziell den 1 1/2jährigen - der Karenzurlaub wurde ja herabgesetzt - wirklich schuldig sind. Zusätzlich zu den Tagesmüttern eine Kinderstube für Kinder von 1 bis 3 Jahren zu errichten ist wirklich sehr notwendig.

Weil Kollege Spöck die Unterstützungen von anderen Vereinen angesprochen hat. Das sehe ich auch so, daß man das sehr wohl unterstützen kann. Und Kinderbetreuungseinrichtungen sind eine unserer großen Forderungen. Das gehört auch dazu.

Ich danke auch für den Antrag und ersuche alle, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht noch das Wort? Kollege Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ein Wort zur Klarstellung, warum wir im Sozialausschuß diesem Antrag zugestimmt haben. Wir haben damals und auch die ÖVP war der Ansicht, daß man diese Organisationen gleich behandeln soll. Es gibt eine private Organisation, die ja auch Kleinkindern eine Betreuungsmöglichkeit anbietet. Frau Vizebürgermeister hat bei dieser Sozialausschußsitzung versprochen, dafür Sorge zu tragen, daß auch der Verein „Drehscheibe Kind“ eine dementsprechende Unterstützung in Zukunft bekommen wird.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wenn die Voraussetzungen passen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Nur unter dieser Voraussetzung haben wir damals im Sozialausschuß zugestimmt. Ich vermisse jetzt

schon klare Zusagen. Es wäre vielleicht auch ganz gut, das auch von hier aus zu machen.

Im Sozialausschuß ist das schnell einmal gesagt, und das Jahr geht rasch vorbei. Wie es dann tatsächlich aussieht, haben wir ja schon erlebt, daß das dann doch manchmal etwas anders ist.

Frau Kollegin Jeloucan hat eine eigenartige Logik, muß ich sagen. Zuerst betreibt die sozialistische Familienpolitik derartige Blüten, daß z.B. die Karenzzeit von 2 auf 1 1/2 Jahre reduziert wird, daß man das Familiengeld kürzt usw., dann geht man heraus und feiert das als große Errungenschaft. Ich muß sagen, „Hut ab“ vor dieser Sozialpolitik. Super.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wahljahr ist, gell? Und auch hier im Wahljahr werden Anträge von den Kinderfreunden gestellt, daß im ehemaligen Kinderfreundehaus - der Obmann der Kinderfreunde hat sich leider bis jetzt nicht zu Wort gemeldet - für die Adaptierung des Hauses 1,7 Mio. S an Steuergeldern hineinkommen sollen. 1,7 Mio. S an Steuergeldern. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es ist hier von der größten Familienorganisation - wie sich die Kinderfreunde immer rühmen - kein Eigenmittelanteil aus dem Amtsbericht herauszulesen. Da unterzieht man sich nicht der Mühe. Ganz interessant. Man läßt sich das einfach finanzieren.

Und wenn man sich erinnert, wie die Diskussionen bei den Budgetverhandlungen in den letzten Jahren über „Drehscheibe Kind“ gelaufen sind, wie dort über S 10.000, S 20.000 diskutiert wurde, geben wir ihnen S 40.000,--, geben wir ihnen, S 60.000,--, geben wir ihnen S 70.000,--, wenn man sich daran erinnert. Und jedes Jahr wieder derselbe Zirkus. Jedes Jahr wieder. Die bemühen sich wirklich, und das ist eine parteifreie, unterstützenswerte Organisation. Wir wollen doch alle von einer Parteiorganisation, begleitet von der Wiege zur Barre, wegkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deshalb, Frau Vizebürgermeister, mache ich dir eine Rutsche. Ich stelle einen Zusatzantrag. Halte dein Versprechen gegenüber dem Verein „Drehscheibe Kind“ und wir werden sogar die Kinderfreundeunterstützung schlucken.

Das heißt, ich mache einen

Zusatzantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 5 der Verhandlungsgegenstände.

Gemäß § usw. usw. wird folgender Zusatzantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 5 Kinderfreunde - Subventionsansuchen für die Errichtung und den Betrieb der Kinderkrabbelstube Kuschelbär.

Der Gemeinderat möge folgenden Zusatz beschließen:

Die Unterstützung seitens der Stadt Steyr für den Verein „Drehscheibe Kind“ soll gleichlautend auf S 350.000,-- (beginnend ab dem Jahr 1998) und natürlich bei Feststellung der Voraussetzung festgelegt werden. 1997 ist das Jahr finanziell gesichert.

Sie haben sich gefreut, daß schon Mitte des Jahres die Subvention gekommen ist. Sie haben sich voriges Jahr sehr unglücklich gezeigt, daß 2 Tage vor Weihnachten die Jahressubvention gekommen ist. Wenn man einen Verein hat, der rechnen muß, der sehr viel Eigenleistung mitbringt, der in einer adaptierten Wohnung arbeitet, dann sind sie mind. gleichmäßig - zumindest was den Aufwand betrifft - zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gefällt mir sehr gut, wie sie das machen, Herr Doktor. Dem Budget stimmen sie nicht zu, aber Forderungen stellen sie.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben ja vorhin gesagt, daß wir so viel Geld haben.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Ist schon in Ordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Versprechen gibt es auch, daß die unterstützt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist in Ordnung. Zu Wort ist Herr Kollege Oppl gemeldet. Seriös macht ihr das.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Wortmeldung von Herrn Dr. Pfeil hat mich jetzt doch veranlaßt, mich zu Wort zu melden, daß er nicht ganz enttäuscht ist, daß der Vorsitzende der Kinderfreunde da in einem Gremium sitzt und zu der ganzen Problematik nichts sagt. Ich gebe Herrn Kollegen Eichhübl einmal grundsätzlich recht, wenn er die Auffassung vertritt - und das haben auch wir, ich habe mich diesbezüglich auch im letzten Gemeinderat an dieser Stelle artikuliert -, daß es für die Kinder besser ist, wenn sie so lange als möglich zu Hause sein können.

Lassen sie mir aber jetzt doch einige Bemerkungen auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Pfeil und auf

die Diskussion im Vorfeld dieser ganzen Sache machen.

Kollege Spöck hat es schon erwähnt. Am 6. Mai war eine gemeinderätliche Sozialausschuß-Sitzung. Da haben wir dieses Projekt besprochen. Ich glaube, daß wir sehr seriös und sehr sachlich diskutiert haben und ich - von meiner Person hier - dieses Projekt so vorgestellt habe, daß ich mit nichts hinter dem Berg gehalten haben und wirklich klipp und klar gesagt habe, welche Folgekosten dieses Projekt verursachen wird.

Ich war persönlich wirklich erfreut, wie es dann zu einem einstimmigen Beschluß gekommen ist - auch seitens der Vertreter der FPÖ, nämlich von Herrn Payrleithner, Herrn Fürweger und Herrn Götz, wobei ich ihnen, Herr Payrleithner, nicht ganz folgen kann, wenn sie jetzt herausgehen und sagen, sie haben eigentlich im Sozialausschuß nur deswegen dafür gestimmt, weil die Frau Vizebgm. die Zusage gemacht hat, daß sie natürlich auch andere Einrichtungen diesbezüglich fördern wird und sie bis dorthin überhaupt noch keine Möglichkeit gehabt hat, das in irgendeinem anderen Gremium zu sagen.

Nach 1 1/2 Wochen habe ich mit größter Verwunderung in den OÖ. Nachrichten einen Artikel von Herrn Hebenstreit lesen müssen, wo er sie zitiert hat, daß sie eigentlich gar nicht dafür sind. Aus einem Telefongespräch weiß ich, auf die Frage ob das wirklich stimmt, haben sie dann umgeschwenkt und gesagt, ich habe eigentlich nur zugestimmt, weil ein Bedarf ist, aber die rote Stadt, den roten Verein und hin und her und die Parteiorganisation und da bin ich schon bei ihnen Herr Dr. Pfeil. Nehmen sie bitte schön einmal zur Kenntnis, daß sich die Funktionäre der Kinderfreunde zwar zur Sozialdemokratie bekennen, aber die Kinderfreunde ein eigenständiger Verein sind, mit eigenen Gremien, ihre Beschlüsse selbständig fassen und sie es nicht notwendig haben, daß sie von irgendwo „oben“ - das ist vielleicht bei ihnen der Fall - den Befehl bekommen, was sie zu machen haben und was nicht.

Übrigens, wenn sie sagen, daß Steuergeld in Höhe 1,7 Mio. S verpulvert wird, dann möchte ich eines dagegenhalten, daß es überhaupt keine Kinderbetreuungseinrichtung, egal ob das ein Kindergarten, eine Krabbelstube oder sonst eine Kinderbetreuungseinrichtung ist, geben kann, die ohne öffentliche Gelder so etwas überhaupt zustande bringt. Würde man das alles durch Private finanzieren, dann hätten wir Beiträge, die sich wiederum keiner leisten kann oder nur diejenigen leisten können, die das nicht notwendig haben. Soviel zu ihrer Aussage zu den öffentlichen Geldern.

Und wenn sie dann sagen, die Parteipolitik - wie ich es auch in den Nachrichten lesen konnte - soll sich von der Kindererziehung zurückziehen, dann muß ich ihnen sagen, daß dieser Vorwurf für mich total ins Leere geht. Sie haben heute einmal bei einer Wortmeldung gesagt, sie müssen sich das „auf Zunge zergehen lassen“. Jetzt lasse ich es mir auf der Zunge zergehen, wenn sie mir erklären, wie man mit Kindern, die 1 1/2 Jahre oder max. 3 Jahre sind, Parteipolitik betreibt.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das zeigen sie mir einmal. Ich möchte einmal auch hier an dieser Stelle festhalten: Die Kinderfreunde haben nie - und wir feiern schließlich und endlich nächstes Jahr unser 90jähriges Bestehen - und werden auch nie in der Kinderbetreuung Parteipolitik betreiben.

Sie sind eigentlich ja das lebende Beispiel dafür, Herr Dr. Pfeil. Ich habe mir erzählen lassen, daß sie in ihrer Kindheit ein ganz fleißiger Besucher der Kindergruppe in Münchenholz waren. Würden wir

diese Diktion, die sie hier von sich geben, so handhaben, dann dürften sie hier eigentlich nicht als Vizebürgermeister der Freiheitlichen sitzen, sondern müßten bei der SPÖ sein. Aber da kann ich ihnen garantieren, daß sie sicherlich nicht sitzen würden.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Zur Versachlichung und zur Information „Drehscheibe Kind“: Ich möchte auch hier an dieser Stelle sagen - ich habe das auch im letzten Gemeinderat gesagt -, daß ich diese Einrichtung für wichtig und für gut halte. Ich werde alles daran setzen, was mir möglich ist, daß die „Drehscheibe Kind“ selbstverständlich die gleichen Bedingungen für die Unterstützung vorfindet als jetzt bei diesem Projekt der Kinderfreunde.

Eines, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht übersehen, und das muß man auch sagen, da wäre es vielleicht auch gut gewesen, wenn sie sich, Herr Dr. Pfeil, ein bißchen besser informiert hätten. Ich habe das Gefühl - es ist ja heute schon mehrmals gesagt worden -, daß es nur um die Agitation, aber nicht um die Sachlichkeit geht. Es gibt nämlich Richtlinien seitens der OÖ. Landesregierung, die von der Landesregierung beschlossen worden sind. Und diese Richtlinien sind seit 1. Jänner 1995 in Kraft. In diesen Richtlinien steht unter anderem, daß das Land solche Kinderbetreuungseinrichtungen nur mehr dann fördert, wenn auch die betreffende Gemeinde oder der betreffende Sozialhilfeverband das ebenfalls mind. in der gleichen Höhe/Anzahl fördert, als das Land Zuschuß gibt.

Jetzt muß man bei der „Drehscheibe Kind“ eines sagen. Die „Drehscheibe Kind“ hat bereits vor dem 1. Jänner 1995 die Bewilligung erhalten hat, eine Krabbelstube zu führen. Daher gibt es für diese Einrichtung, die es ja schon früher gegeben hat, eine Übergangsbestimmung. Die Übergangsbestimmung steht im § 2 Abs. 6: Für Einrichtungen, welche vor dem 1. Jänner 1995 bewilligt wurden, gelten bezüglich der Regelung des Abs. 5, wo das eben normiert, daß die Gemeinden da ebenfalls mitfinanzieren sollen, Übergangsbestimmungen nach § 11.2.

Und wenn man sich den § 11.2 ansieht, dann kommt man drauf, daß die Richtwerte pro Kind und Betreuungsmonat wesentlich höher sind, als die neu zu genehmigenden Krabbelstuben und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich habe mit der Landesregierung mit dem zuständigen beamteten Referenten telefoniert. Der hat mir versichert, daß die Stadt Steyr Gift darauf nehmen kann, würden die Finanzierungskonzepte nicht passen - und die Leute haben dort drüben sicherlich Erfahrungswerte und man weiß ganz genau, was so ein Betrieb im Jahr kostet -, dann wären sie schon längst an die Stadt Steyr herangetreten und hätten auch hier diesbezüglich gesagt, daß in dieser Form mehr geschehen muß. Das soll nicht ausschließen und ich möchte noch einmal betonen und unterstütze das auch, daß wir die „Drehscheibe Kind“ dementsprechend fördern. Ich werde mich dafür auch wirklich 100 % verwenden.

Meine Damen und Herren, über den Sinn und die Zweckmäßigkeit von solchen Kinderbetreuungseinrichtungen ist heute schon viel gesprochen worden. Ich möchte nur abschließend eines betonen, daß es uns bei dieser Einrichtung nicht um die Quantität, sondern selbstverständlich um die Qualität geht. Das steht für uns im Vordergrund im Sinne von einer guten Betreuung unserer kleinsten Kinder. In diesem Sinne ersuche ich sie um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da muß ich natürlich antworten, Herr Oppl, das verstehen sie, das ist ganz klar.

Man tut offensichtlich so, wie wenn es die „Drehscheibe Kind“ gar nicht gäbe oder man haltet die sich eben. Die Frau Jeloucan hat gesagt, „es ist eine Freude, daß es das erste Mal eine Organisation gibt, die sich solchen Kleinkindern annimmt usw.“ Die „Drehscheibe Kind“ gibt es ja schon längere Zeit. Se haben aber jetzt die ganzen Jahre über schon bis 18.30 Uhr offen. Diese Kinderfreunde-Krabbelstube soll bis 18.00 Uhr offen haben und dann die Pforten schließen. Was sollen dann die Mütter tun, gerade jetzt mit den verlängerten Öffnungszeiten? Sie müssen dann um 18.00 Uhr aus ihrem Berufsbereich ausscheiden oder können diese Tätigkeiten nicht mehr machen. Das ist das Problem.

„Drehscheibe Kind“ macht sich Gedanken über die Öffnungszeiten.

Hier wird jetzt eine neue Krabbelstube gebaut und vorgelegt, um 18.00 Uhr ist Sense - Schluß! Soweit zu dem.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das steht da drinnen. 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Wenn man so etwas beginnt, dann muß man das auch genau planen.

Herr Oppl, ich sage ihnen noch etwas zu meiner Jugend.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir waren 6 Kinder. Möglicherweise liegt hier eine Verwechslung mit meinem Bruder vor, der sehr wohl bei den Kinderfreunden war. Ich war bei der Jungschar. Ich gebe es ja gerne zu. Meine Schwester, im Kloster, wollte sogar, daß ich Theologie studiere, daß ich Pfarrer werde.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja! Das wäre sicherlich ein ganz interessanter Aspekt gewesen. Ich habe ihr die Freude nicht gemacht. Ich verrate ihnen noch etwas. Ich war kurzzeitig auch bei den Pfadfindern, und ich wahr sehr lange beim Briefmarkensammel-Verein. Genügt das jetzt von meiner Jugend? Genügt das?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber Poiger Franz hat gesagt, daß derjenige Leopold hieß.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD PFEIL:

Wäre ja keine Schande. Nur man soll auch hier die Betroffenen fragen. Ich sage es ihnen gerne, was war und was ist. Nun zu ihrer sozialistischen Bildung der kleinen Kinder. Natürlich unterstelle ich ihnen nicht, daß sie versuchen, die jetzt 1 1/2jährigen oder 3jährigen für Agitation zu verwenden. Das glaube ich nicht. Ich glaube aber als Steyrer, wenn sie nur Platz für 13 Kinder haben und wenn hier 30 Ansuchen vorliegen, daß da hier parteipolitische Gründe doch entscheidend mitspielen, daß vielleicht doch das Parteibuch ausschlaggebend für die Auswahl ist bzw. wer aufgenommen oder wer nicht aufgenommen wird. Weil die 13 Kinder. Schütteln sie nicht den Kopf, das ist so in Steyr, und das wird so gehandhabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Unterstellung. Die Zeiten sind vorbei, so viele Bücher gibt es bei keiner Partei mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es gibt Gott sei Dank immer weniger „rote Bücher“, aber ein paar gibt es doch noch. Und die, die noch ein Parteibuch haben, die wollen auch eine Leistung dafür haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Nicht mehr. Schlußwort, Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein sehr geehrten Damen und Herren! Zur Meldung von Herrn StR. Eichhübl: Herr Stadtrat, die Frauen sollen schon frei entscheiden können, ob sie wieder ins Berufsleben eintreten oder ob sie bei

den Kindern bleiben wollen. Die Möglichkeit müssen wir ihnen schon bieten.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR. Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich rede jetzt von den Frauen, und wir haben sehr viel alleinerziehende Frauen. Für die ist das wichtig. Wer hat denn die flexible Arbeitszeit und die Liberalisierung eingeführt.

Mehrere unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einen Moment! Auch wenn es ein bißchen heiß ist, Herr Kollege Eichhübl, möchte ich trotzdem bitten, daß man sich zu Wort meldet - nicht wahr? -, dann bekommst du es nämlich erteilt. Jetzt ist die Referentin am Rednerpult.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist ja schon das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... und mit mir kannst du dich nachher noch „runterschnabeln“. Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Durch die Einführung der flexiblen Arbeitszeit und durch die Liberalisierung ergibt sich natürlich, daß wir Schlüsselkinder bekommen, weil die Frauen gezwungenermaßen arbeiten müssen und natürlich auch, weil sich die Familienverhältnisse geändert haben. Man muß aber dann die Möglichkeit schaffen, daß diese Einrichtungen vorhanden sind und daß die Frauen ihrem Beruf nachgehen können. Das ist nicht zum Lachen. Ein jeder schwingt sich nicht in hohe Wolken, wo alles vorhanden ist. Es gibt auch sozial schwächere Familien. Gerade für die ist es wichtig, daß die Frauen wieder Fuß fassen können.

Eines möchte ich noch sagen, weil die „Drehscheibe Kind“ im Gespräch war. Die Drehscheibe Kind hat eine Mischform gehabt. Das heißt, sie haben keine richtige Vorkindergartengruppe und Kinder bis 6, 7 Jahre gehabt. Sie haben auswärtige Kinder gehabt. Sie leisten natürlich gute Arbeit. Ich bin auch von unserem Vizebürgermeister überrascht. Ich habe nachgelesen, da hat er sich zu Wort gemeldet

und gesagt: „Das kann sich ja keiner leisten. Die Betreuung in dieser Einrichtung, das ist ja ein Wahnsinn, was die verlangen.“ Die haben Angebote für eine stundenweise Betreuung und er war der Meinung: „Das kann sich kein Mensch leisten. So eine Einrichtung ist unmöglich.“ Daran kann ich mich noch ganz genau erinnern. Wir haben gesagt, wir geben keine Subvention her. Im 95er Jahr hast du dich zu Wort gemeldet, Herr Vizebürgermeister, und warst vehement dagegen, daß sie das Geld bekommen. Ich kann mich noch genau erinnern. Herr StR. Schloßgangl wird mir recht geben, daß der Ablauf so war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war ja damals eine ÖVP-Forderung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darum bin ich eigentlich so überrascht, daß du Pfarrer werden wolltest, da muß man bei der Wahrheit bleiben.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines möchte ich noch erwähnen, was bei der „Drehscheibe“ auch ist. Ich habe mir die Finanzierung angesehen. Sie bekommen eine Unterstützung vom BM für Frauen. Sie bekommen eine Unterstützung vom BM für Familienangelegenheiten. Sie bekommen eine Unterstützung von der Frauenbeauftragten des Landes OÖ. Sie bekommen eine Unterstützung vom Familienreferat des Landes OÖ. Da sind zusätzlich sehr viele Unterstützungen vorhanden, das darf man auch nicht vergessen. Wenn man das jetzt wirtschaftlich sieht, dann muß man schon sagen: Die haben 13 Kinder, die haben 13 Kinder. Die einen bekommen nur von der Jugendwohlfahrt etwas und die Differenz wird von der Stadt benötigt, die anderen bekommen dasselbe, damit sie auch auf den Betrag kommen. Das ist keine Frage. Und sie werden auch um eine höhere Subvention ansuchen. Wenn die ganzen Richtlinien erfüllt werden, bekommen sie das auch. Die Einrichtung ist ja genauso wertvoll wie die andere. Man muß aber schon berücksichtigen, von wo überall Geld in diese Einrichtung fließt und von wo die Kinderfreunde eigentlich nur eine Summe bekommen. Das muß schon berücksichtigt werden, damit eine Gleichheit hergestellt wird.

Gemeinderat Payrleithner, von dir bin ich eigentlich auch sehr enttäuscht. Du hast dich im Sozialausschuß eigentlich auch dafür ausgesprochen. Du hast es aber nicht verabsäumt, zum Telefonhörer zu greifen und Herrn Hebelstreit eine andere Mitteilung zu machen, nämlich daß du eigentlich dagegen gestimmt hast.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Gemeinderat Hans Payrleithner.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er hat ja mich dann gefragt. Ich habe gesagt, da hast du dich wahrscheinlich getäuscht, weil bei diesem Antrag hast du mitgestimmt. Es war ein einstimmiger Beschluß. Ich glaube, daß diese Einrichtung positiv ist und wir sie in unserer Stadt brauchen. Das war schon ein langer Wunsch, auch von mir, daß wir dieses Angebot für die Frauen haben. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Es schaut aus - es geht bitte um Kinder

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL.

Dieser Amtsbericht ist ja dem Ausschuß gar nicht vorgelegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dieser Amtsbericht war im Ausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein! Ich bitte dich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte! Ihr habt die Möglichkeit, 1 Woche in die Akten einzusehen. Früher waren es 2 Tage.

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Fürweger, sie werden wohl so viel Zeit haben, sich ins Amt zu begeben und Einsicht zu nehmen. Sie sind doch ein junger, sportlicher Mann. Das wird doch möglich sein.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, schauen wir, daß wir in die Zielgerade kommen. Wir sind erst bei Pkt. 5.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja. Ich ersuche den hohen Gemeinderat um Zustimmung für diese Einrichtung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr gut. Wir kommen zur Abstimmung. Ich möchte kundtun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß das, was Herr Dr. Pfeil als Zusatzantrag bezeichnet hat, natürlich kein Zusatzantrag ist. Der müßte sich nämlich mit dem Kinderfreundeantrag beschäftigen, und das ist nicht der Fall. Er stellt einen Antrag für irgendeine andere soziale Einrichtung, daß dort auch mehr Subvention gegeben werden soll. Ich behandle daher diesen Antrag, der kein Zusatzantrag ist, nicht und weise ihn zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da werden wir ein Problem bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da werden wir ein Problem bekommen? Verfassungsbeschwerde oder so etwas ähnliches haben wir schon ein paar Mal gehabt. Wenn sie das noch einmal in dieser Sache machen, bringen's den Hat-Trick zusammen. Das ist aus dem Fußball, wenn einer hintereinander 3 Tore schießt. Zweimal sind sie nämlich abgewiesen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 5) Subventionsansuchen der Kinderfreunde Steyr, Errichtung einer Krabbelstube. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme F. Wer enthält sich der Stimme? 6 Enthaltungen F. Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren! In meinem nächsten Antrag geht es um die Einführung eines Gesundheits- und Sozialservices in der Stadt Steyr. Wir wissen alle, daß diese Einrichtung auch in unserer Stadt äußerst notwendig ist. Es soll eine Vernetzung von den Vereinen sein, um so das Angebot bei der Bevölkerung und bei den Bürgern effizient einsetzen zu können.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) SH-316/96

Grundlagenkonzept: „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS)

Der Gemeinderat möge beschließen.

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches V vom 9. Mai 1997 wird die Errichtung und Durchführung des „Gesundheits- und Sozialservice Steyr,, (GSS) nach den Grundsätzen des Grundlagenkonzeptes: „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“ (GSS) genehmigt.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Debatte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich für die Antragstellung. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein ähnliches Demokratieverständnis seitens der SPÖ. Im Ausschuß gab es eine Patt-Stellung. Das heißt, die Abstimmung ist 4 : 4 ausgegangen. Der Antrag ist somit abgelehnt worden. Trotz dieser negativen Darstellung aus dem Ausschuß kommt der Antrag heute auf die Tagesordnung. Von der zuständigen Referentin wird das gar nicht einmal erwähnt, was der Ausschuß dazu gesagt hat oder wie man sich im Ausschuß verhalten hat und warum man dieses Problem so sieht.

Ich bin nicht der Meinung von der Frau Vizebürgermeister. Sie hat gemeint, wir wissen alle, daß „so eine Einrichtung unbedingt notwendig ist“. Ich bin nicht der Meinung. Erlaube du mir meine Meinung, daß ich der Meinung bin, daß das nicht notwendig ist. Man braucht nicht zusätzlich zum Sozialamt ein „Sozialamt“. Man braucht nicht zusätzlich zum Gesundheitsamt ein „Gesundheitsamt“, und das alles vorgelagert.

Ich zitiere ein Beispiel - Herr Apfelthaler, das ist wieder etwas für sie, vielleicht können sie es auch woanders einmal anbringen. Der Präsentator dieser Studie hat tatsächlich auf meine Anfrage geantwortet: „Es ist so furchtbar wichtig, daß es diese Einrichtung gibt, weil da hat man einen direkten Ansprechpartner für alle Problemfälle im menschlichen, sozialen und gesundheitlichen Umgang.“ Das heißt also: Wenn jemand Kopfweh hat, da geht er nicht mehr zum Arzt, sondern geht zum Verein und läßt sich beraten. Und wenn dieser gute Mann (oder die gute Frau) Schulden hat, wenn also der dort draufkommt, daß er 5 Mio. S Schulden hat, dann hat er wegen der Schulden Kopfweh und wird selbstverständlich zur Schuldnerberatung geschickt. Wenn er jetzt aber keine

Schulden hat, hat er womöglich einen Kopftumor. Da kann der Weg auch abgekürzt werden. Dann gehen die guten Leute sofort zum CD, zum Dr. Walter oder ins Krankenhaus nach Steyr oder Linz oder gleich direkt ins Wagner-Jauregg. Ich habe gesagt, daß mich das an eine alte Einrichtung an den Universitäten erinnert, wo der Portier immer bestimmt hat, wenn man hingekommen ist, ob man zum Gynäkologen, zum Orthopäden oder zum Hautarzt kommt. So ähnlich kommt mir das vor, daß der erste Ansprechpartner entscheidet, was dem guten Menschen fehlt. Das mag vielleicht jetzt etwas plakativ dargestellt sein, aber so war es.

Was mir hierbei ganz besonders fehlt, das ist die positive Einstellung des zuständigen Amtsarztes Dr. Nones, der bei den Sitzungen a) nicht anwesend war und b) bei persönlichen Gesprächen eine negative Einstellung dazu geäußert hat. Wie will man hier erfolgreich in Steyr einen Gesundheitssprengel schaffen, wenn der dafür Zuständige sagt: Das ist ein „Schmarren“.

Bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Vizebürgermeister, nimm den Ausschluß ernst und streiche das von der Tagesordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Gabath. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben es uns in unserer Fraktion nicht leicht gemacht und haben lange beraten und lange darüber diskutiert. Wir sind zur Erkenntnis gekommen, daß die Absicht gut ist. Wir waren für die Gründung eines Sozialsprengels, aber die Ausführung ist nach unserer Vorstellung nicht effizient. Es fehlt uns einiges. Die Mängel; ich will mich kurz fassen, weil die Stunde schon sehr weit vorgerückt ist und jede weitere längere Diskussion wahrscheinlich die Aufmerksamkeit leicht überfordert.

Die Sammelstelle für Gesundheits- und Sozialsprengel: Die finanziellen Mittel sind unserer Meinung zu niedrig. Die Person, die hier beschrieben wird, muß ein „Supermensch“ sein. Der muß Fähigkeiten haben, daß er um dieses Budget, das hier veranschlagt ist, nicht zu engagieren ist. Der kostet mindestens das Doppelte. Nur 1 Sozialarbeiter ist diesem Anforderungsprofil absolut nicht gewachsen.

Sich kurz zu fassen ist oft sehr schwierig. Ich will noch zum Abschluß sagen. Wir wären dafür - bis das Konzept reiflich ausgearbeitet ist -, daß diese Mittel den echten mobilen Hilfsstellen, die wir haben, zur Verfügung gestellt werden. Wir glauben nicht - auch wenn diese Stelle eingerichtet wird -, daß sämtliche Vereine, Sozialvereine, die Ärzte, das Krankenhaus sich von dieser Stelle aus so koordinieren lassen, daß eine echte Vereinfachung der Abläufe und eine Kosteneinsparung, die man ja letzten Endes auch erreichen will, erzielt werden.

Ich danke. Unsere Fraktion wird gegen diesen Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht noch das Wort? Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort, Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Anscheinend sind alle so von dieser Einrichtung überzeugt, weil fast keine Wortmeldungen gefallen sind.

Ich möchte beim Kollegen Gabath beginnen: Lieber Walter, du warst leider nicht beim Städtetag in Graz. Wenn du deinen Kollegen aus Graz, Herrn ÖVP-Vizebürgermeister Dipl.-Ing. Eigensprenger - ich war in diesem Arbeitskreis für Soziales - gehört hättest.

Schade, daß der Herr Vizebürgermeister nicht dabei war. Er ist leider später gekommen. Der Arbeitskreis war am Vormittag. Er war zwar schon in Graz, aber nicht beim Arbeitskreis.

Er hat gesagt, sie haben sich 6 Jahre bemüht, so eine Sozialeinrichtung - einen Gesundheits- und Sozialsprengel - zu schaffen. Es ist ihm gelungen. Und heute hat er mir erklärt, daß alle Parteien stolz sind und jeder möchte es sich auf sein „Huterl“ heften und sagen: Es war meine Idee.

Die Kosten, hat er uns erklärt, belaufen sich auf 5 Mio. S/Jahr. Sie haben auch den „Wunderwuzzi“ gefunden. Sie haben gesagt, es ist gar nicht so schwer. Die Stadt Villach macht dasselbe. Er hat uns das vorgestellt und gesagt, die Handlungssätze in Zukunft, gerade in der Sozialpolitik, sollten sein: Einführung von Sozial- und Gesundheitssprengeln, Forcierung der Sozialplanung. Das sind alles Schritte, die dann kommen.

Der Beginn ist ja eigentlich die gemeinsame Arbeit und die stärkt uns alle. Wenn die Ärzte, Therapeuten und die Sozialplattform zusammenarbeiten, können sie auch mehr umsetzen. Wir wissen aber, wenn wir ihnen vorher nicht die Möglichkeit geben, etwas zu investieren, dann kommen auch keine Neuerungen. Das ist auch in jeder Firma so. Wenn ich nichts investiere, kann ich auch nichts umsetzen und erneuern. Und diese Möglichkeit muß ich schon bieten.

Nach 1 1/2 Jahren kann ich dann sagen: Bitte, meine Herrschaften, wie schaut es aus, was wird geleistet? Es ist ja nicht so, daß nur Leute mit einem Kopftumor kommen, sondern man bekommt eine neutrale Anlaufstelle und es erfolgt eine Vernetzung der Vereine. Dadurch fällt in Zukunft das doppelte Betreuungsangebot weg. Es vermindert sich auch der Verwaltungsaufwand. Wir können nicht 5 gleiche Vereine haben, die alle dieselben Einrichtungen betreuen.

Ich habe mich jetzt einmal dafür interessiert, wer für Kindereinrichtungen zuständig ist. Ich muß sagen, ich habe so viele gefunden, daß man gar nicht weiß, mit welchem Bereich die sie sich beschäftigen.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte, die Rücklaufquote war 68 %. Also ist die Bereitstellung hier. Die Vereine haben auch mitgearbeitet. Und da kann ich schon verlangen, daß man zusammen etwas erarbeitet.

Ich finde das Ganze sehr positiv, und ich würde euch nochmals ersuchen, euch das zu überlegen, ob man das nicht doch macht. Das Geld, das man an verschiedenen Stellen aufteilt, ist dann weg, und es wird wiederum keine Erneuerung gemacht.

Eines darf man natürlich auch nicht vergessen. Nach dem neuen Sozialhilfegesetz ist ab 1.1.1998 ein Sprengel vorgeschrieben und der Herr LR Ackerl erkennt diese Einrichtung als Sozialsprengel an.

Es wird uns nicht erspart bleiben, so einen Sprengel in Steyr zu machen.

Mir ist natürlich lieber, wenn Ärzte, Mitarbeiter - und ich muß sagen, Herr Dr. Schodermayr hat sehr viel für dieses Konzept geleistet. Ich möchte keinem sein Wissen absprechen, aber die haben bestimmt mehr Wissen in diesem Bereich - was die ärztliche Versorgung betrifft - als wir alle herinnen. Der Herr Dr. Pflegerl und die Therapeuten waren auch jedesmal bei den Sitzungen. Man kann nicht sagen, daß das meine Erfindung ist. Außerdem wird der Gesundheits- und Sozialsprengel erst ab 1.1.1998 in Betrieb gehen.

Ich glaube, daß er für unsere Stadt wichtig ist. In Graz waren sehr viele Städte vertreten, die sich auch dafür interessiert haben. Er hat mir sogar Unterlagen zugesandt, was sich entwickeln und was da herauskommen wird. Er hat mir noch einen guten Rat gegeben: Bleiben sie stark und setzen sie es um! Darum bleibe ich stark und ersuche sie um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. (18 SP und GAL) Wer ist gegen den Antrag? (13 VP und F) Wer enthält sich der Stimme? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. 10 Minuten Rauchpause. Einverstanden? So sei es.

PAUSE VON 19.10 UHR BIS 19.20 UHR

Herr Stadtrat Wilhelm Spöck und die Gemeinderäte Josef Brandstötter und Hans Payrleithner verlassen um 19.10 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Am Wort ist der Herr Abgeordnete - Herr Abgeordneter habe ich jetzt schon gesagt - Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine nächste Position ist Papst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bundeskanzler.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Konzentration!

BERICHTERST. VIZEBÜRGERM. DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem ersten Antrag geht es um das Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 97/98 - Abschluß eines Gastspielvertrages mit dem Landestheater Linz.

Die Direktion des Landestheaters Linz hat der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten den vorläufigen Spielplan für die Saison 97/98 bekanntgegeben. Es wurden 11 Gastspiele ausgewählt. Die Dienststelle hat folgende Abbonemententeilung im Einvernehmen mit dem Kulturausschuß vorgenommen, die ich ersuche, mich entbinden zu lassen, daß ich das Ganze vorlese.

Ich möchte der grundsätzlich positiven Antragstellung, weil es an sich nur ein Formalakt ist, aber schon einige Anmerkungen hinzufügen, die ich auch im Kulturausschuß getätigt habe. Nicht das erste Mal, sondern jedes Jahr. Das ist ja ein jährlicher Antrag. Es ist immer wieder in den letzten Jahren vorgekommen, daß sehr attraktive Abonnements seitens der Linzer Landesdirektion angeboten werden - wir haben sie eingekauft - und dann werden die attraktiven Gastspiele aus irgendeinem Grund abgesagt. Der seltsamste Grund dafür ist, daß man so ein Gastspiel absagt, weil die Steyrer Bühne dafür nicht geeignet ist. Ich denke, daß die Linzer Direktion weiß, um welche Bühne es sich handelt. Die machen nicht das erste Mal in Steyr ein Gastspiel. So war es eben wieder das letzte Mal. Aufgrund dieser Situation werden oft wenig teure oder weniger anspruchsvolle Aufführungen zum Leidwesen des Steyrer Publikums angeboten.

Man müßte annehmen, daß nach einer Zeit von 30 Jahren - so lange geht das jetzt - die Vorstellungen auf die Größe der Steyrer Bühne abgestimmt werden könnten. Jeder Theaterbesucher in Steyr erwirbt natürlich mit dem Abbonement, das er vorher sieht, die Möglichkeit, hier an den Gastspielen teilzunehmen. Dieses Jahr - in der letzten abgelaufenen Saison - war das Ärgernis, daß das Musical „Me and my girl“ abgesagt wurde, weil die Steyrer Bühne dafür nicht geeignet ist. Dann wurde das Musical „Nonsens“ auf das Programm gesetzt. Dieses Musical mußte leider wegen Erkrankung der Hauptdarstellerin auch abgesagt werden; das kann einmal passieren.

Nicht verständlich ist aber für uns, warum das Musical „Nonsens“, das für eine kleine Aufführung im Ursulinenkeller bestimmt und für eine kleine Bühne konzipiert war, dann für Steyr bestimmt worden ist. Das gehört in ein kleines Theater. Jeder, der dieses Musical gesehen hat, wird das bestätigen.

Weiters haben wir bei den Aufführungen Akzeptanzprobleme mit dem Steyrer Publikum, ihm gefiele das nicht. Wir haben die Gesamtanzahl von den Aufführungen des Landestheaters reduziert. Es sind Tourneetheater engagiert worden, die manchmal nicht die gewünschte Qualität gezeigt haben, wie z.B. die Regimentstochter vom 9. April 1997.

Ich habe die Probleme, die im Zusammenhang mit dem Landestheater aufgetreten sind - es soll auch manchmal angeblich so sein, daß nicht immer ganz die erste Garnitur in Steyr spielen soll - mit dem zuständigen Intendanten, Dr. Roman Zeilinger, besprochen. Er hat das vehement abgestritten bzw. diese Probleme abgetan.

Ich hoffe, daß im Sinne der Steyrer Bürger und Theaterbesucher unter dem neuen Intendanten Klögl, der jetzt das Amt in Kürze antreten wird, ein besseres Arbeitsübereinkommen geschaffen werden kann.

7) K-140/96 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1997/98; Abschluß eines Gastspielvertrages mit dem Landestheater Linz

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Abgeltung von 11 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Gastspielsaison 1997/98 nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 30. Mai 1997 wird genehmigt.

Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Gastspielvertrag abzuschließen.

Die Eintrittspreise haben sich entsprechend der Preiserhöhung durch das Landestheater gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 % erhöht. Schüler, Studenten, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler erhalten gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises eine Ermäßigung um 50 %.

Die Regelung über die Dienstsitze u.dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16.9.1980, K-1800/80, wird beibehalten.

Die Pauschalabgeltungen für Gastspiele des Landestheaters Linz finden ihre Deckung aus der VA 1/3230/728100.7.

In der Sache ersuche ich um Zustimmung für den vorläufigen Vertrag mit dem Landestheater Linz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Kollegin Radmoser. Ich erteile es ihr

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich muß dazu ganz kurz Stellung nehmen.

1. Dieses Theater gibt es nicht seit 30, sondern seit 39 Jahren.
2. Dieses Programm wird fast ein Jahr vorher erstellt. Die Kulturabteilung hat sich das schon vor ein

paar Monaten ausgesucht. Wenn sie Theaterzeitungen lesen oder sonst Kultur verfolgen, werden sie bemerken, daß die Premieren oft ein halbes, dreiviertel Jahr später sind und noch keine Proben stattgefunden haben. Man hat zwar das Stück ausgewählt, man weiß, wer spielt, aber es gibt noch kein Bühnenbild. Und da weiß man es im vorhinein nicht, ob es reinpaßt oder nicht. Es ergibt sich manchmal, daß es in Steyr nicht möglich ist. Wir haben keine so große Bühne wie Linz, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Aufklärung. Noch eine Wortmeldung? Sehe ich nicht. Wir kommen daher zur - Schlußwort? Schlußwort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ganz so, Frau Kollegin, sehe ich das natürlich nicht. Ich denke schon, daß wir da im Sinne des Steyrer Theaterpublikums „draufsein“ sollen, hier Verbesserungen anzustreben. Die Bühne hat sich nämlich in den 30 oder 39 Jahren in der Größe nicht verändert. Mir hat nur die Argumentation seitens des Landestheaters bis heute nicht gefallen. Sie fahren rüber und die Aufführungen sind nicht immer die Qualität, die man sich hier in Steyr wünscht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 8 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bedanke mich. In meinem nächsten etwas ganz anderen Antrag geht es um die vorläufigen Tierkörperverwertungsgebühren für das Jahr 1997.

8) VetR-1/97 Vorläufige Tierkörperverwertungsgebühren für das Jahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Veterinärwesen vom 27. Mai 1997 werden zur Begleichung der vorläufigen Tierkörperverwertungsgebühren für das Jahr 1997 in der Höhe von S 1.123.339,81 Mittel im Ausmaß von

S 952.064,19

(neunhundertzweiundfünfzigtausendnullvierundsechzig)

von der VAST. 1/5280/756000.7 freigegeben sowie eine Kreditübertragung in Höhe von

S 171.300,--

(einhunderteinundsiebzigtausenddreihundert)

von der VASt. 1/5620/751000.9 auf die VASt. 1/5280/756000.7 bewilligt.

Ich möchte anmerken, wie ich es auch jedes Jahr tue: Die Tierkörperverwertungsanstalt im Auftrag des Landes OÖ. ist eine der ganz wenigen Landesorganisationen, die wirklich sehr gut und zur Befriedigung aller funktioniert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich könnte viel dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL.

Ich bedanke mich. Der nächste Antrag: Verein IndustrieForum Steyr, Gebäudeadaptierung Reithoffer.

Der Verein IndustrieForum Steyr, vertreten durch Herrn Dkfm. Klaus Randig, realisiert im Rahmen der OÖ. Landesausstellung 1998 „Land der Hämmer“ im Reithoffer-Gebäude zu Steyr das Projekt „Tradition und Innovation“. Zur Fortsetzung der 1996 eingeleiteten Sanierungsarbeiten am Reithoffer-Gebäude (Kanalisation) sowie zur weiteren Betreuung der Infrastrukturarbeiten im Erdgeschoß und dessen Umfeldgestaltung sind weitere Geldmittel notwendig. Aus diesem Grund hat sich der genannte Verein an die Stadt Steyr um finanzielle Hilfe gewendet. Es sollen in Summe S 2,637.000,-- für diesen Zweck zuerkannt werden. Ich ersuche, den gesamten Antrag bzw. die Beschaffung der Kredite nicht vorlesen zu müssen. Wenn es gewünscht wird, möchte ich das gerne machen.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Die Landesausstellung 1998 im Reithoffer-Areal soll, wie es derzeit aussieht, nur im Erdgeschoß durchgeführt werden. Die Räumlichkeiten im Obergeschoß können aus finanziellen Gründen nicht gezeigt bzw. nicht adaptiert werden.

Das ist ein Zeichen dafür, daß es der Stadt Steyr nicht so gut geht, wenn wir nicht einmal für die Landesausstellung das nötige Geld aufbringen, daß hier eine „runde“ Ausstellung stattfinden kann. Es fehlt die Räumlichkeit für die Infrastruktur, und es werden die Räumlichkeiten insbesondere für das Archiv fehlen. Eine provisorische Unterbringung des Archivs im Stiegenaufgang etc., wie es jetzt geplant ist, entspricht nicht dem Wert des Archivs. Trotzdem ersuche ich sie um Zustimmung.

9) Fin-18/97 Verein IndustrieForum Steyr; Gebäudeadaptierung Reithoffer

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 14.5.1997 ist dem Verein IndustrieForum Steyr, vertreten durch Herrn Kommerzialrat Dkfm. Klaus Randig, Schönauer Straße 5, 4400 Steyr, zur Fortführung der Adaptierung des Erdgeschoßes des Reithoffer-Gebäudes im Zusammenhang mit der OÖ. Landesausstellung 1998 eine Gesamtsubvention in Höhe von

S 2,637.000,--

(Schilling zweimillionensechshundertsiebenunddreißigtausend)

zuzuerkennen.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung des aus dem Rechnungsjahr 1996 übertragenen Kreditrestes in der Höhe von S 637.000,-- und der für 1997 vorgesehenen Mittel in der Höhe von S 1,000.000,-- von der VA 5/3600/728000 auf die VA 5/3600/777000 bewilligt.

Die für 1998 vorgesehenen Mittel in der Höhe von S 1,000.000,-- werden nach Beschlußfassung des Voranschlages im Rechnungsjahr 1998 ausbezahlt. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1,000.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine kleine Bemerkung sei mir auch gestattet. Die Stadt Steyr wendet für diese Ausstellung mittelbar und unmittelbar auf: 10 Mio. S für das Gebäude, wahrscheinlich rd. 3,5 Mio. S für die Adaptierung. Das Land OÖ. wendet 7 Mio. S auf. Wahrscheinlich bekommen wir vom Bund 1 oder 2 Mio. S. Die industrielle Vereinigung leistet auch einen Zuschuß. Insgesamt werden rd. 12 bis 13 Mio. S zur Verfügung stehen, um diese Ausstellung durchzuführen. Das ist in der kurzen Zeit ein gewaltiger Betrag. Natürlich sind die Wünsche immer größer als die Möglichkeiten, sie zu erfüllen.

Ich muß sagen: 1. Projekt: Kosten 80 Mio. S. 2. Projekt: 30 Mio. S. Wir haben jetzt 12, 13 Mio. S. Es muß uns gelingen - und das ist das Ziel -, um diesen Betrag eine herzeigenswerte Ausstellung zustande zu bringen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß uns das gelingen wird. Es wird aber in weiterer Folge noch viel Geld in die Hand zu nehmen sein, um das Haus weiter zu adaptieren und die Musikschule hineinzubringen. Die Kunsthalle ist gegenwärtig drinnen. Im Zuge der Musikschule kann auch ein Saal errichtet werden. Dieser Saal soll als Proberaum für unsere Stadtkapelle und auch für die Präsentationen der Industrieformausstellung zur Verfügung stehen.

Es ist ein Projekt, das wahrscheinlich über ein Dezennium realisiert wird, aber es wird ein Glanzstück. Davon bin ich jetzt schon überzeugt. Ein Solitär inmitten eines neuen Stadtteiles, der erst im nächsten Jahrtausend gebaut und zum Tragen kommen wird.

In diesem Sinne bitte ich sie, dieser Subvention zuzustimmen, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Bitte jetzt. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich hätte zwar auch noch gerne ein Schlußwort gesprochen, aber gehen wir zum nächsten Antrag: Kunstverein Steyr; Förderung 1997.

Der Kunstverein Steyr, vertreten durch seinen Präsidenten, Dr. Erich Walter, hat auch für 1997 um eine Subvention in Höhe von S 120.000,-- angesucht. Heute sollen S 90.000,--- beschlossen werden. Ich weiß nicht, wie der Kunstverein ohne die nötigen Subventionen, die budgetiert sind, das Auslangen finden wird. Der Kunstverein hat in Summe ein Budget in der Höhe von ziemlich genau 1 Mio. S. Der Kunstverein ist ein Verein, der weit über Steyr, weit über Österreich hinaus, tätig ist. Und es ist gelungen, Steyr wieder innerhalb von drei, vier Jahren in die internationale Kunstwelt einzubinden. Nachteil: Die Steyrer Bevölkerung hat das nur sehr marginal angenommen. Die Ausstellungen sind sehr, sehr dürtig besucht. Hier muß etwas gemacht werden.

10) Fin-135/97 Kunstverein Steyr; Förderung 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 5.6.1997 wird zur Auszahlung der Jahresförderung 1997 für den Kunstverein Steyr eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 90.000,--

(Schilling neunzigtausend)

aus der VA 1/3000/757000.0 zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist die Frau Vizebürgermeisterin. In weiterer Folge Herr GR. Philipps.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren! Ich bin selbstverständlich für die Subvention des Kunstvereines. Eines stört mich. Warum ist eigentlich dieser Betrag nicht im Kulturausschuß behandelt worden? Ich bin zwar kein Mitglied des Kulturausschusses, aber ich habe bereits im Stadtsenat gefragt. Der Herr Vizebürgermeister war nicht mehr anwesend. Gerade er macht mir immer den Vorwurf, wenn ich irgend etwas im Sozialausschuß nicht drinnen habe, warum das nicht behandelt worden ist. Ich möchte schon sagen: Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Aus dieser Wortmeldung meiner Vorgängerin sehen sie, wie Teamarbeit funktioniert. Das heißt, es wurde mir die Wortmeldung sofort weggenommen, obwohl ich genau dasselbe sagen wollte. Die Kritik sei mir aber auch gewährt, daß ich hier sehr deutlich vermerken möchte und jetzt ein Pfeilsyndrom „Ich fühle mich jetzt übergangen“ entwickle, weil im Kulturausschuß dieser Betrag von S 90.000,-- nicht vorgebracht wurde. Normalerweise wird hier so ein Betrag auf alle Fälle diskutiert. Wenn ich mich richtig informiert habe, sind es S 5.000,--, die rein von der Exekutierbarkeit der Herr Referent ausgeben kann. Aber S 90.000,-- und eine Freigabe des Ganzen?! Wollen wir uns parallel noch dazu das Museum Arbeitswelt mit einer Jahressubvention von S 950.000,-- vorstellen. Das ist natürlich um einiges höher, aber genau dieselbe Situation, auch in der VASSt. anordnungsbefugt, würde genauso übergehen wie dieser Betrag, daher: Ich bin verwundert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort, Herr Referent?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Selbstverständlich. Frau Vizebürgermeister, Herr Philipps, die Verwunderung hier liegt schon ganz auf meiner Seite.

Gelächter

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Mag. Harald Philipps.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Seien sie einmal ernst und vernünftig.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Das ist nicht so einfach, wie

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt muß ich ihnen schon was sagen.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Ich bitte darum.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dieser Antrag ist am 4.3.1997 an den zuständigen Kulturbeamten Dr. Lutz, Stadtplatz, Steyr, ergangen. Sie haben als Ausschußvorsitzender des Kulturausschusses verabsäumt, das auf die Tagesordnung zu setzen.

Apropos, wer im Glashaus sitzt! Das ist ja die ganze Problematik in den letzten 6 Jahren gewesen. Hier gibt es einen Kulturreferenten. Und der Kulturausschußvorsitzende ist nicht 1mal gekommen, meine Herrschaften. Man muß sich das vorstellen, nicht 1mal ist er gekommen und hat vor Tagesordnungsentwurf mit mir gesprochen. Das muß man sich einmal vorstellen. Er ist immer zu Herrn Dr. Lutz gegangen, der macht die Tagesordnung und er unterschreibt sie. Er hat sich nicht einmal die Mühe genommen, sich zu informieren. Nachher darzustellen und zu sagen, der Pfeil hat es nicht auf die Tagesordnung gegeben, das ist wohl wirklich mehr als durchsichtig, Herr Philipps. Schauens, sie können nichts mehr werden, lassen's die Spiele.

Und zur Frau Mach möchte ich auch noch etwas sagen. Wir haben sogar; apropos Demokratieverständnis. Wir haben heute einen Antrag gehabt, der in einem Ausschuß negativ behandelt wurde. Und du bringst ihn vor, wie wenn gar nichts geschehen wäre. Du mißachtetest den Ausschuß. Hier gibt es eine negative Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Du kennst dich bei den Statuten nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kenne mich sehr gut aus. Da kannst du dir sicher sein. Du brauchst gar nicht zu deinen Beamten schauen.

Ich kenne mich gut aus.

Und hier wird der Vorwurf unterbreitet, daß ein Antrag, wo angeblich alle dafür sind, sie sind zwar in der Summe gekürzt worden, nicht im Kulturausschuß war. Herr Philipps, geben sie's doch rauf. Die Leute warten auf das Geld. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eines möchte ich schon noch sagen, Herr Dr. Pfeil. Wahrscheinlich sind die Wortmeldungen nur deswegen gekommen, weil sie dauernd im Stadtsenat die Referenten und besonders die Kollegin Mach dreimal hinterfragen, wenn irgendeine Kleinigkeit nicht im Ausschuß war. Jetzt bekommen sie einmal sozusagen den Doppelpaß zurück. Aber das ist schon alles.

Kein Mensch hat etwas gegen den Kunstverein. Es ist auch zutreffend, daß die Qualität dort eine solche ist, die der Stadt gut tut und über die Grenzen hinaus wirkt. Ich glaube, daß in der

Öffentlichkeitsarbeit noch mehr geschehen muß.

Was die Finanzierung anbelangt, kann ich sagen, daß es möglich war, eine Vermittlung mit einem bekannten Wiener Antiquitätenhändler durchzuführen. Es soll im obersten Geschoß, das der Kunstverein von uns bekommen hat, in der Weihnachtszeit parallel zur Weihnachtsausstellung eine hochwertige Antiquitätenmesse abgeführt werden. Das Geld der eingehobenen Standgebühr kommt dem Kunstverein zugute. Das ist auch ein Hinweis darauf, wo immer sich eine Möglichkeit ergibt, auch unseren Vereinen helfend zur Seite zu stehen.

Der Antrag selbst steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 11 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem letzten Antrag geht es um ein Filmprojekt Ninaus „Die Schwarzen Grafen“; Nachförderung.

Aufgrund des Amtsberichtes sollen S 30.000,-- in Form einer Kreditübertragung nachgefördert werden. Wenn gewünscht wird, kann ich darüber genauer Auskunft geben.

11) Fin-246/95 Filmprojekt Ninaus „Die Schwarzen Grafen“; Nachförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 4.6.1997 wird der RAN-Film TV Produktion, A-8063 Eggersdorf bei Graz, Waldstraße 20, vertreten durch Herrn Alfred Ninaus eine Subvention in der Höhe von

S 30.000,--

(Schilling dreißigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3690/757000.8 freigegeben.

Hiefür ist eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 30.000,-- von der VA des Heimathauses, Betriebsausstattung - Ausstellungskosten 1/3600/043000.1 auf die genannte VA notwendig.

Bedingung für die Auszahlung des freigegebenen Betrages ist die kostenlose Überlassung von 10 (zehn) Videokassetten des dreiteiligen Filmes.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es sind natürlich auch prominente Laienschauspieler vorgekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe gehört, daß sie als Karel Holub aufgetreten sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jawohl.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Müssen wir deswegen nachfördern, weil die Gagen nicht so hoch waren?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Antrag fertig?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

Schon lange.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Wir kommen zur Debatte. Keine Debattenbeiträge? Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Gratuliere, Herr Dr. Pfeil. Ihnen gelingen immer einstimmige Anträge.

Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege Bremm, bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der vorgerückten Stunde muß ich doch einige Zeit mit meinem ersten Punkt in Anspruch nehmen. Ich habe es mir nicht ausgesucht, daß heute der Umweltbericht für die Jahre 1995/96 zu bringen ist. Ich glaube, für das wichtige Thema Umwelt muß doch eine gewisse Zeit aufgewendet werden.

Der Umweltbericht für 1995/96 unterscheidet sich nicht nur hinsichtlich seiner Form von seinen Vorgängern. Erstmals beträgt der Berichtszeitraum zwei Jahre. Trends und Auswirkungen lassen sich dadurch besser darstellen und beurteilen.

Der Bericht macht deutlich, daß viele der gesetzten Maßnahmen positive Auswirkungen auf die Umweltsituation in Steyr haben. Luftgüte und Wasserqualität halten den Vergleich mit anderen Städten dieser Größenordnung durchaus stand. Das für die Bewohner teilweise kostenlose Angebot

am Abfallsektor ist zwar für viele selbstverständlich, doch im Städtevergleich ist das nicht die Regel.

Im neuen Umweltbericht werden die positiven Auswirkungen der Umweltpolitik und der eingeleiteten Maßnahmen entsprechend hervorgehoben. Dies geschieht nicht aus Selbstgefälligkeit. Vielmehr entspringt es der Erkenntnis, daß Positives auch entsprechend verkauft werden muß. „Tu' Gutes und rede darüber“ ist nicht nur ein Leitsatz für PR-Leute, sondern hat auch in der Umweltpolitik seine Richtigkeit.

Des weiteren ist es notwendig, die vielfältigen, oft kostenlosen und schon jetzt oft genützten Serviceangebote der Umweltabteilung bzw. des Wirtschaftshofes der Steyrer Bevölkerung besser bekannt zu machen.

Wir sind uns aber auch bewußt, daß auf vielen Gebieten noch Handlungsbedarf besteht und wir bei einigen Themen erst am Anfang stehen.

In diesem Sinne gebe ich nun eine Zusammenfassung der aus unserer Sicht positiven Dinge und jener, bei denen noch Maßnahmen gesetzt werden müssen bzw. die noch nicht so laufen, wie wir das gerne hätten:

Erstmals wird in vollem Umfang auf die Arbeit der Umweltberatung des Magistrats der Stadt Steyr hingewiesen. Die enorm wichtige Bewußtseinsbildung, Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit in Umweltbelangen durch die MitarbeiterInnen stellt einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil der Umsetzung der Umweltpolitik dar.

Die Mehrzahl der Maßnahmen auf dem Umweltsektor hängt von der Akzeptanz und vom Mitmachen der Bevölkerung sehr stark ab. Die dazu notwendige Überzeugungsarbeit wird in verschiedenster Form geleistet:

Aktionen werden organisiert, Ausstellungen veranstaltet oder vermittelt, Ratgeber, wie der Entsorgungswegweiser, werden kostengünstig ausgearbeitet und verteilt, mit Schulen und Kindergärten wird auf breiter Basis Erziehungsarbeit geleistet. Nicht zuletzt steht den SteyrerInnen das „Grüne Telefon“ für allfällige Fragen und Auskünfte zur Verfügung, von dem auch sehr rege Anspruch genommen wird.

Um die umfangreichen Angebote dieser Serviceabteilung noch bekannter zu machen, wird vermehrte Öffentlichkeitsarbeit stattfinden.

Zum Thema Abfall, meine Damen und Herren, möchte ich hinweisen, daß rd. 40.000 Tonnen Abfall bzw. Reststoffe zu sammeln, verwerten und zu lagern waren. Etwa 20.000 Tonnen davon kamen aus Haushalten.

Obwohl verschiedentlich immer wieder auf die Verringerung der Restmüllmenge hingewiesen wird, muß doch gesagt werden, daß die Müllmenge insgesamt im Steigen ist. Es findet nur eine Verschiebung innerhalb der zu trennenden Fraktionen statt.

Der Deponieraum in Hausleiten reicht nach heutigem Wissen noch für ca. 15 Jahre. Die neue Deponieverordnung, die Forderung nach größtmöglicher Sicherheit und vor allem der sorgsame Umgang mit dem begrenzten Deponievolumen haben zur Folge, daß bereits Überlegungen angestellt werden, wie die Deponierung zukünftig sichergestellt werden kann. In weiterer Folge werde ich dann noch einen Antrag bringen, wo das Thema behandelt wird.

Im Zuge der Übersiedlung der FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft in das neue Kommunalzentrum am Tabor wurde auch das Altstoffsammelzentrum neu gestaltet.

Es ist nun aufgrund seiner Lage an der Ennser Straße nicht nur besser erreichbar, sondern konnte auch größer und kundenfreundlicher ausgebaut werden. Es stehen mehr als doppelt so viele Container. Wie Statistiken zeigen, wird das auch von den SteyrerInnen sehr gut angenommen, das zeigt auch die steigende Frequenz.

Steyr ist nun nahezu flächendeckend an die Entsorgung biogener Abfälle angeschlossen. Die Mülldeponie in Hausleiten wird dadurch um etwa 1.000 Tonnen bzw. 1.600 m³ Bioabfall jährlich entlastet. Leider müssen wir gerade beim Biomüll verstärkt feststellen - wie auch bei der Kunststoffentsorgung -, daß immer wieder Fehlwürfe (wie das im Fachjargon heißt), also Verunreinigungen mit Fremdstoffen festgestellt werden. Das erhöht den Arbeitsaufwand bei der Vorsortierung bzw. mindert die Qualität des Kompostes.

Das bisher für die Steyrer Bevölkerung kostenlose Service der Bioabfallentsorgung muß bei einer Zunahme der Verunreinigung - und hier bedarf es auch einer Aufklärung nach außen - neu überdacht werden bzw. muß die Kostenseite betrachtet werden. Wir wünschen uns nicht, daß wir erhöhte Tarife verlangen müssen, sondern man muß an die Bevölkerung appellieren, die Trenndisziplin zu heben.

Die Verkehrsproblematik ist wahrscheinlich für den Großteil der Steyrer Bevölkerung das vordringlichste Thema auf dem Umweltsektor. Neben baulichen und technischen Lösungen muß es uns gelingen, mehr Menschen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.

Die dazu notwendige Arbeit kann aber nur ressortübergreifend geschehen. Weder die Verkehrsplaner noch die Stadtwerke oder die Umweltautorität alleine können das Problem lösen. Zusammenarbeit, wie es heute auch schon einige Male gesagt wurde, ist gerade am Umweltsektor gefragt.

Im Zusammenhang mit dem hohen Verkehrsaufkommen ist die Luftbelastung in der Stadt zu sehen. Es sind alle diese Themen, die hier angesprochen werden, in Grafiken über einen bestimmten Zeitraum der Entwicklung dargestellt. Trotz des erfreulichen Unterschreitens jeglicher Grenzwerte bei allen gemessenen Schadstoffen, ausgenommen Ozon, sind noch einige Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung unserer „guten Luft“ notwendig.

Weniger Individualverkehr, mehr öffentlicher Verkehr, Einsatz und Förderung moderner Heiztechniken und Umstieg auf alternative Brennstoffe sind Möglichkeiten, um hier den Schadstoffausstoß und natürlich auch die Ozonbelastung zu verringern.

Daß bis dato keine Grenzwertüberschreitungen gemessen wurden, darf uns nicht davon abhalten, diese Problematik rasch und unter Berücksichtigung aller Aspekte anzugehen.

Am Sektor Energie, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen wir in vielen Bereichen erst am Anfang. Seitens der Umweltberatung wurde zwar bereits mit der Bewußtseinsbildung begonnen. Wir haben Strommeßgeräte gekauft und diese unentgeltlich verliehen. Die großen Brocken am Sektor Energieverbrauch liegen aber noch vor uns.

Die Einführung einer Energiebuchhaltung für öffentliche Gebäude ist notwendig und derzeit bereits in Arbeit. Dadurch ist nicht nur die Ist-Stand-Erfassung möglich, sondern auch die Evaluierung gesetzter Maßnahmen.

Die Nutzung alternativer Energien in großem Stil, bei Gebäuden der öffentlichen Hand bzw. neuen Wohnbauprojekten, muß ebenso diskutiert werden, wie die Förderung derselben bei Privaten.

Hier hat doch der öffentliche Bereich eine Vorbildwirkung. Kurzfristig höhere Investitionskosten stehen längerfristigen Energieeinsparungen gegenüber.

Trinkwasser, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Lebensmittel Nr. 1. Ein schonender

Umgang mit der immer weniger werdenden Ressource qualitativ hochwertigen Wassers muß als erstrebenswertes Ziel angesehen werden. Dazu zählt neben der Qualitätssicherung auch die Anwendung sinnvoller Wassersparmaßnahmen, wie z.B. Brauchwasseranlagen und neueste Haustechnik. Glücklicherweise verfügt die Steyrer Bevölkerung über Trinkwasser, von dem gesagt werden kann, daß es unbedenklich und für den Genuß geeignet ist.

Doch zeigt sich auch hier, daß oft nur relativ geringe Mengen eines Stoffes, im vorliegenden Fall Perchlorethylen, darüber entscheiden, ob etwas genießbar ist oder nicht. Mit diesem Thema haben wir uns auch im Umweltausschuß beschäftigt und haben uns auch mit Alternativen und einem 2. Standbein in der Frage Trinkwasser auseinandergesetzt.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich alle SteyrerInnen einladen, durch aktive Mitarbeit ihren Beitrag zur Gestaltung unserer Umwelt zu leisten. Umfassender und nachhaltiger Umweltschutz kann nur durch die Mitwirkung aller umgesetzt werden.

Tagespolitik und Populismus haben in diesem Bereich wenig Sinn und dürfen dabei auch keine Rolle spielen. Dazu ist unsere Umwelt zu wichtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen, der FA für Umweltschutz, an der Spitze unseren Herrn Gergelyfi mit seinem Team, für die wirklich hervorragende Arbeit im Umweltbereich, die ja von vielen SteyrerInnen sehr geschätzt wird, herzlich danken. Hier ist über das Ausmaß der normalen Arbeit hinaus sehr viel persönliches Engagement beinhaltet. Lieber Kollege Gergelyfi, ich ersuche dich, auch deinen Kolleginnen und Kollegen den Dank zu übermitteln, aber nicht nur für die Erstellung des Umweltberichtes, sondern für die Tätigkeit der letzten Jahre. Danke.

Es ergeht der Antrag:

12) Umw-13/97 Umweltbericht 1995/96

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der seitens der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 1995/96 wird zur Kenntnis genommen. (BEILAGE)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Bericht steht zur Debatte. Zu Wort ist Kollege Fürweger gemeldet. In Vorbereitung die Herren Straßer und Huber.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich mache es ein bißchen kürzer als der Herr Stadtrat. Ich gehe kurz auf die Punkte ein und fange gleich bei der Umweltberatung an, die sicher hervorragend ist. Bei der Abfallwirtschaft muß man natürlich schon etwas sagen. Die Zunahme an Kunststoffen und Pappe ist zu bemerken, und da

komme ich gleich zu etwas Aktuellem. Ich habe im Frühling bei der Kastanienblüte am

Wieserfeldplatz ein Bild gemacht. Die Container dort quellen mit Plastikmüll über. Ich glaube, wir sollten das wirklich angehen. Das ist die Aufgabe der Stadt. Die Bürger verstehen es sicher nicht, wenn wir uns auf die ARA, ARGEV usw. ausreden. Das müssen wir selbst in die Hand nehmen, wenn es auch bei den anderen Containern funktioniert, besser funktioniert. Es liegt zwar auch etwas daneben, aber nicht so viel. Bei den Plastikcontainern funktioniert es eben nicht, da ist Handlungsbedarf.

Ganz kurz zur Luft, weil sie „Verkehrsproblematik“ gesagt haben. Na gut. Da sind wir gleich beim Tagesordnungspunkt Parkdeck - Krankenhaus. Hier steht ja: „Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel soll unser Ziel sein.“ Ein kleiner Widerspruch ist es dann schon, wenn man jetzt auf einmal wieder die Autos unterstützt.

Beim Trinkwasser muß ich sagen, freut es mich sehr, daß nicht erwähnt wird - wie unser Herr Bürgermeister es möchte -, von woanders Wasser zuzukaufen. Ich glaube, das Projekt ist gestorben. weil es im Umweltbericht nicht mehr vorkommt. Kann ich das so sehen? Sonst hätte der Herr StR. schreiben müssen: „Wir brauchen unbedingt auch von woanders Wasser.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Bericht nimmt ja Bezug auf zwei Jahre. Was wir hier bezüglich der Wasserversorgung reden und im Planungsausschuß geredet haben, da handelt es sich um Planungen und Vorhaben, die in der Zukunft liegen, Herr Kollege. Vergangenheit und Zukunft müssen sie schon auseinanderhalten.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Zur Energiebuchhaltung: Es ist ja 3 Jahre referiert worden, beginnend mit März 1995, März 1996, März 1997. Hier kann der Umweltausschuß gemeinsam die Forderung stellen, mehr Nachdruck zu verleihen, auch an den zuständigen Herrn für das Budget. Hier liegt so viel Geld drinnen, was wir uns ersparen könnten, wenn man das wirklich schneller macht.

Zu den Umweltsünden hat der Herr Stadtrat gar nichts gesagt. Und hier sind die letzten Umweltsünden schon zu erwähnen, wie z.B. dieser Baumschnitt im Stadtteil Resthof. Der ist aufklärungsbedürftig. Wie es so etwas noch geben kann? Am Wieserfeldplatz haben wir es nur mit einer Wiese erlebt, und jetzt haben wir am Resthof erlebt, daß Bäume und Sträucher umgeschnitten werden. Da möchte ich, daß wir Herrn Gergelyfi unterstützen. Es gibt hier, glaube ich, einen Kommunikationsmangel zwischen Herrn Gergelyfi und Herrn Grassnigg.

Gemeinderätin Felicitas Bauer verläßt um 20.03 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es muß jemand einmal Herrn Grassnigg sagen, daß er hier nicht im Alleingang etwas machen kann. Er hat es schon einmal am Schnallenberg gemacht. Da hat ein Bürger Herrn Gergelyfi angerufen und ihm gesagt, daß ein Teil eines Maulbeerbaumes weggeschnitten wird. Und Herr Gergelyfi hat die Motorsäge im Telefon gehört und sich dann darüber nur mehr ärgern können. Hier muß man sich absprechen. Es kann nicht sein, daß die eine Hand etwas macht und die andere weiß es nicht. Noch

dazu, wenn die Stadträte einer Fraktion angehören.

Positiv möchte ich anführen, daß es in diesem Zeitraum zu einem Umweltstadtplan gekommen ist. Auch der ist sehr begrüßenswert. Endlich sind auch die Naturdenkmäler dort eingezeichnet. Es wird in Steyr-Unterrhimmel so bald wie möglich ein Naturschutzgebiet kommen.

Es ist auch erfreulich, daß die SPÖ in Münchenholz umgedacht hat. Vor einem Jahr wollte man noch eine Einkaufspassage machen. Jetzt freut sie sich über den Erholungswald.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nicht. Das hat der Planer vorgeschlagen. Können sie das nicht erfassen, Herr Kollege? Kein einziger aus dem Gemeinderat hat diesen Vorschlag gemacht, sondern der Stadtentwicklungsplaner hat das vorgeschlagen. Das muß man sich doch einmal merken können, wenn es hundertmal gesagt wird.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Oder steckt Bösartigkeit dahinter, daß man immer das Falsche behauptet.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich habe es positiv erwähnt, Herr Bürgermeister. Noch etwas Positives. Was auch für Herrn GR Vanek im letzten Umweltausschuß sehr überraschend war, daß Herr Ing. Ritt als Vertreter der Naturfreunde vorgeschlagen hat, endlich eine Biotopkartierung zu machen. Auch das kann man nur befürworten.

Ein Wunsch meinerseits wäre, daß wir im Amtsblatt die Wasserwerte regelmäßig bekanntgeben. Die Bezieher haben ein Recht zu erfahren, welches Wasser sie beziehen. Es wird sehr viel ins Amtsblatt geschrieben. Das hätte auch noch Platz.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß wir sicher auch - und das nicht nur in Steyr - eine ökologische Steuerreform benötigen. Es nützt nichts, wenn wir die Müllgebühren erhöhen, deswegen wird der Müll sicher nicht weniger. Es gibt schon Beispiele: In Dänemark, Niederlande, Schweden, Finnland und Norwegen gibt es schon eine ökologische Steuerreform. Dort ist das schon Realität. Ich glaube, das sollten wir auch langsam angehen, um in Richtung Müllvermeidung umzudenken.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster ist Kollege Straßer.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es kürzer machen. Wir werden den Umweltbericht nicht wieder runterlesen.

Es ist sehr günstig, daß man den Umweltbericht zweijährig erstellt, weil man dadurch bessere Vergleiche hat. Mir ist aber aufgefallen, daß die Sammelergebnisse immer mehr werden. Eines muß man wirklich sagen, die Sammeltonnen müssen öfter entleert werden. Es sind nicht nur die am Wieserfeldplatz überfüllt, sondern auch die in der Steinerstraße, Gleinker Hauptstraße. Es stehen auch immer die Schachteln daneben. Der erste Windstoß und sie fliegen wieder. Ich weiß nicht, wie man das machen kann, daß die öfter entleert werden. Mich wundert nur eines: Es fährt doch immer der Bürgerdienst durch und sieht das, aber deswegen kommt auch nicht schneller ein Müllwagen vorbei und leert sie aus.

Diese Sachen müßte man in den Griff bekommen. Ansonsten sind wir mit dem Umweltbericht sehr zufrieden. Und ich möchte der Abteilung - Gustav Gergelyfi und seinen Leuten - zu diesem Bericht gratulieren und Danke sagen. Da habt ihr wirklich gut gearbeitet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Kollege Huber.

GEMEINDERAT ENGELBERT HUBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Der Umweltbericht 1995 zeigt uns natürlich deutlich, daß viele Maßnahmen positive Auswirkungen auf die Umweltsituation in Steyr haben - Luftgüte, Wasserqualität.

Es wird aber sicher notwendig sein, die kostenlose Serviceleistung der Umweltberatung und des Wirtschaftshofes der Steyrer Bevölkerung näherzubringen. Die Umweltberatung ist sicher ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung der Umweltpolitik.

Zum Thema Abfall möchte ich sagen, daß zwar die Müllmengen steigen, aber wir doch das Glück haben, noch für ca. 15 Jahre einen Deponieraum zu haben. Ich glaube, es würde sehr, sehr schwer werden, hier irgendwo eine neue Mülldeponie neu zu errichten. Die Entsorgung von Biomüllabfällen erfolgte in kürzester Zeit flächendeckend.

Die Verkehrsproblematik ist sicher eines der wichtigsten Themen, allen voran die Luft- und Ozonbelastung. Hier muß versucht werden, eine Verringerung des Schadstoffausstoßes zu erreichen.

Trinkwasser, unser Stadtrat hat es bereits erwähnt, ist wohl das wichtigste Lebensmittel. Hier müssen ein schonender Umgang sowie sinnvolle Wassersparmaßnahmen erfolgen.

Wir haben aber sicher noch bei einigen Fällen Handlungsbedarf.

Zum Schluß darf ich alle zur aktiven Mitarbeit einladen, denn wir sitzen alle im gleichen Boot.

Ich darf mich bei unserem Umweltreferenten, Stadtrat Bremm, und der Umweltberatung, allen voran

natürlich Herrn OAR. Gergelyfi mit seinen Mitarbeitern, für ihre vorzügliche Arbeit zum Wohle unserer Umwelt bedanken und ihnen aber auch viel Erfolg wünschen, daß sie auch die Probleme der Zukunft lösen können.

Zum Schluß meiner Wortmeldung möchte ich den Spruch eines Umweltlandesrates sagen, und zwar: Wir haben diese Erde nicht von unseren Vätern geerbt, sondern nur geliehen bekommen. Das Geliehene wieder in Ordnung an unsere Kinder weiterzugeben ist Aufgabe unserer Gesellschaft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster am Wort ist Herr Kollege Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Auch ich habe diesen Spruch, den Kollegen Huber am Schluß zitiert hat, gehört. Aber ich habe ihn nicht von einem Umweltlandesrat in Erinnerung, sondern von einem Indianer.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

War aber auch ein „Roter“.

Gelächter

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Das macht aber nichts. Dieser Umweltlandesrat kann das ja nur zitiert haben.

Zurück zum Bericht. An und für sich sind wir dieses Mal mit dem Bericht sehr zufrieden. Wir haben den Bericht 94/95 ziemlich hart kritisiert und auch verschiedenste Vorschläge gemacht, wie dieser besser werden könnte. Anscheinend hat diese Kritik etwas genützt und er ist in unserem Sinne erstellt worden. Die Übersicht der Umweltsituation ist auch sehr prägnant dargestellt worden. Man kann zu dieser Gestaltung dieses Berichtes nur gratulieren.

Eine Sache ist in diesem Bericht nicht so ausführlich erwähnt. Es geht um das Trinkwasser. Wie wir wissen, wird neben dem Brunnenschutzgebiet in Dietach ein metallverarbeitender Betrieb errichtet, die Fa. Engel. Da habe ich schon gewisse Vorbehalte, daß, wenn etwas passiert, uns das sehr massiv betreffen könnte, denn wie wir wissen, fängt 5 Meter neben der Betriebsgrenze das Brunnenschutzgebiet an. Wenn etwas ausläuft, kann es einen Großteil unseres Wassereinzugsgebietes betreffen. Diese Bedenken sind bis dato noch nicht entschärft worden. Da müssen wir auf alle Fälle aufpassen. Es liegt zwar nicht in unserem Gemeindegebiet, aber trotzdem sollte man einen gewissen Druck ausüben, daß das Wasser geschützt bleibt.

Noch einmal zum Bericht selbst: Gratulation an die Abteilung. Ich hoffe, daß der nächste Bericht genauso wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort, Herr StR. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium! Es ist eine Seltenheit, daß in diesen Räumlichkeiten viele Lorbeeren verteilt werden. An Herrn OAR. Gergelyfi sind diese schon in größerem Ausmaß verteilt worden, aber ich hoffe, daß er trotzdem meine Gratulation zu diesem Umweltbericht entgegennimmt und die auch an seine Mitarbeiter für die vorbildliche Tätigkeit generell in ihrem Bereich weitergibt.

Ich habe mich aber deshalb zu Wort gemeldet, weil bereits mehrmals hier angeklungen ist, daß das Trinkwasser - und darüber sind wir uns alle ausnahmsweise einig - ein besonderes Gut ist, das zu schützen ist. Es geht ja aus dem Umweltbericht sinngemäß hervor, daß es bedauerlicherweise noch einige Jahre dauern wird, bis alles an Perchlorethylen aus dem Grundwasser herausgenommen wird - sehr bedauerlich die Situation. Abgesehen von den hohen Kosten haben wir wirklich Glück gehabt, daß nicht ein größerer Schaden im Gesamtbereich unserer Wasserversorgung entstanden ist.

Es ist auch heute von einem evtl. 2. Standbein für die Wasserversorgung unserer Stadt gesprochen worden. Es gibt bereits seit Jahren Bestrebungen, aus dem Mollner Becken Trinkwasser auch für die Stadt Steyr zu fördern. Ich darf vielleicht kurz den neuesten Stand der Dinge hier berichten:

Wie ich dazu stehe, möchte ich nicht sagen, denn es hat sein Für und Wider, und es wird ja dazu noch Gelegenheit geben. Tatsache aber ist, daß im Herbst eine Probebohrung gemacht wird, daß in der Grünburger-Schleife bereits eine Probebohrung gesetzt wurde und im Herbst bereits der erste Pumpversuch gemacht wird. Die Vorbereitungen haben deswegen Jahre in Anspruch genommen - der Herr Bürgermeister kann sich ja noch an den Besuch vor einigen Jahren beim LR. Achatz erinnern, wo wir in dieser Sache vorgesprochen haben -, weil eben verschiedene Kriterien geklärt werden mußten. Einerseits die Fließgeschwindigkeit des Wassers, andererseits die Verweilzeit und alles, was dazugehört.

Nochmals, das ist der Stand der Dinge. Ich darf aber vielleicht doch noch eine persönliche Meinung hinzufügen. Ich glaube, daß man in erster Linie die bestehenden Ressourcen zu schützen hat und dann erst daran denken soll, aus anderen Bereichen Trinkwasser über eine, wie in dem Fall, 22 km lange Transportleitung nach Steyr zu führen mit allen möglichen Nachteilen, die dadurch entstehen könnten, obwohl die Situation offensichtlich jetzt so aussieht, daß keine Nachteile im Bereich des Grundwassers zu erwarten sind, aber wie gesagt, darüber traue ich mir heute noch kein endgültiges Urteil abzugeben. Ich hoffe, daß ich einen Beitrag dazu leisten konnte, um aufzuklären, wie es mit Molln zur Zeit aussieht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Sehe ich nicht mehr. Es freut mich, daß es bei dem OÖ. Projekt „Wasserversorgung aus Molln“ auf einmal eine Beschleunigung gibt. Ich kann mich nämlich erinnern, wie wir vor vielen Jahren geredet haben. Da war ich noch blond. Jetzt bin ich natürlich nicht mehr blond. Das ist schon mind. 15 Jahre her. Wenn jetzt hier etwas weitergeht, hätte man nämlich ein Vergleichsangebot: Mollner Versorgung oder EKW-Versorgung. Entscheidend ist, daß wir im

Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit der entsprechenden Trinkwasserqualität ein zweites Standbein haben sollten.

Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es freut mich, daß der Umweltbericht grundsätzlich positiv gesehen und so auch akzeptiert wird. Natürlich habe ich bei meinen Ausführungen nur ein paar grundsätzliche Dinge erwähnt. Du bist schon mit der Zeit unzufrieden gewesen, die ich in Anspruch genommen habe, lieber Freund Straßer. Es hilft nichts, das gehört auch dazu. Es werden hier viele Dinge geredet, die man sich vielleicht hätte ersparen können.

Ich möchte nur kurz zu ein paar Dingen anführen: Es ist das die Sammlung von Kunststoff, die uns im wesentlichen auf einige wenige Stellen Probleme bereitet. Wir kennen das. Wir haben mit der zuständigen Firma - und hier muß man schon die Verantwortung von der Stadt weisen, weil sie hier nicht zuständig sind. Wir haben natürlich großes Interesse, daß die Sammlung funktioniert, weil das auch für das Stadtbild und für die Reinhaltung ein wesentlicher Punkt ist. Aber verantwortlich sind hier Private, wie z.B. die ARGEV. Man darf diese nicht von ihrer Pflicht entbinden. Wir haben Gespräche geführt und den Entsorgungsrhythmus überprüft. Es gibt ja vertragliche Regelungen, die wir als Stadt nicht einfach ignorieren können. Das geht nicht. Wir sind hier im Gespräch mit der Fa. Bittner und schauen, daß wir vom Rhythmus und vom Ablauf her doch eine Optimierung zustande bringen, damit das auf den Stellen, die uns Schwierigkeiten bereiten, auch funktioniert. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir Überlegungen anstellen müssen. Aber wir können uns als Stadt nicht einfach in private Verträge einmischen. Und vielleicht fahren wir dann auch noch mit einem Müllwagen und entleeren auf unsere Kosten. So geht das nicht. Dieses Problem ARGEV habe ich schon einmal erwähnt und dasselbe werden wir bei der ARGER; mit der Glasfirma, bekommen.

Wir sollen schon grundsätzlich sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben über 300 Container im Stadtgebiet stehen und bis auf einige wenige, und da ist der Wieserfeldplatz auch dabei, funktioniert das im großen und ganzen. Das sollte man dabei in Betracht ziehen und nicht sagen, die ganze Sammlung in der Stadt funktioniert nicht. Wir werden das im Auge behalten und schauen, daß das zufriedenstellend gelöst wird.

Das Trinkwasser ist auch angeschnitten worden. Dieses Projekt ist nicht gefallen. Wir haben uns als Umweltausschuß, Umweltbeirat und als Umweltabteilung mit dem Thema beschäftigt. Trinkwassergewinnung liegt nicht im Umweltbereich, sondern fällt in die Zuständigkeit ihres Parteikollegen Eichhübl Roman. Er hat sich vorher auch zu dem Thema zu Wort gemeldet.

Zu den Umweltsünden, weil ich die nicht angeführt habe: Es gibt immer wieder Umweltsünden. Bei den Reinigungsaktivitäten, die vom Bundesheer und anderen Vereinen gemacht werden, sind so manche Sünden aufgetaucht. Zu den Bäumen im Stadtgebiet Steyr können wir sagen, wir haben in den letzten Jahren über 34.000 Bäume gesetzt. Ich glaube, wir haben einen sehr hohen Bestand an Bäumen in Steyr.

Das Thema Müllvermeidung muß ich schon noch anschnitten. Müllvermeidung liegt nicht im Einflußbereich der Kommune. Da wären andere gefordert, da wäre der Bund gefordert. Über die Grenzen Österreichs hinaus, brauchen wir uns als Kommune nicht weiß Gott wie anstrengen.

Das wollte ich noch kurz beantwortet haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den so positiven Umweltbericht stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Keine Gegenstimme? Keine Stimmenthaltung? Danke. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine Änderung der Tarifordnung der HS 2 Ennsleite, ganztägige Schulform.

Der Antrag lautet:

13) SchuPfl-73/94 HS 2 Ennsleite, ganztägige Schulform; Änderung der Tarifordnung für den Betreuungsbeitrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 27. Mai 1997 wird die Abänderung der beigeschlossenen Tarifordnung für ganztägige Schulformen beschlossen. Diese Tarifordnung tritt mit Beginn des Schuljahres 1997/98 in Kraft. Die Kundmachung hat durch 2-wöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen. (BEILAGE)

Ich ersuche hier um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Jahressubvention 1997 für den ATSV Vorwärts Steyr.

14) Fin-119/97 ATSV „Vorwärts“ Steyr; Ansuchen um Gewährung der Jahressubvention 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 26. Mai 1997 wird dem ATSV „Vorwärts“ Steyr zur Aufrechterhaltung des laufenden Sportbetriebes 1997 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 130.000,--

(i.W. Schilling einhundertdreißigtausend)

bei der VASSt. 1/2690/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem letzten Antrag geht es um die Erweiterung der städt. Mülldeponie.

Ich glaube, daß der Beschluß, den wir heute hoffentlich fassen, ein weitreichender für die Zukunft sein wird. Hier muß auch gewährleistet sein, daß dieser mit der Schongebietsregelung in Einklang ist. Ich möchte hier nicht ausführlicher darüber sprechen, aber im Zuge dieser Erweiterung ist es gelungen, daß die privatrechtlichen Einigungen erst dann vertragswirksam werden, wenn wir die Erweiterung der Mülldeponie realisieren, ansonsten steigen wir aus den Verträgen aus, ohne daß irgendwelche Nachwirkungen für die Stadt entstehen.

Ich hätte zwar gerne über dieses Thema ausführlicher berichtet, aber in Anbetracht der vorgerückten Stunde, die doch vielleicht in anderen Dingen übergebühlich strapaziert wurde, möchte ich es bei dem belassen.

15) Bau6-5062/92 Erweiterung der städtischen Mülldeponie; privatrechtliche Einigung mit den vom Verfahren betroffenen Grundeigentümern

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten und des RHV Steyr und Umgebung vom 12. Juni 1997 wird dem Abschluß von Vereinbarungen mit den Ehegatten Franz und Theresia Nowak, Frau Hermine Schedlberger, Frau Anna Donabauer, den Ehegatten Josef und Franziska Leonhartsberger, den Ehegatten Florian und Anna Paulmayr, den Ehegatten Hans und Annemarie Himmer sowie den Ehegatten Franz und Regina Sandmaier, zur Erweiterung der städtischen Mülldeponie bzw. zur Fortführung des beim Amt der OÖ. Landesregierung, Umweltrechtsabteilung, anhängigen Verfahrens, GZ UR 300007/53-1994, entsprechend den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr StR. Bremm. Wünscht dazu jemand das Wort? Niemand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Eichhübl. Bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe es meinen FraktionskollegInnen versprochen, daß ich mich kurz fassen werde. Ich bitte um Verständnis, daß ich bei meinen Anträgen rasch voranschreite.

Der erste Antrag geht um die Erdgasaufschließung Dornach - 3. Teil. Im nunmehrigen 3. Bauabschnitt sollen in den Straßenzügen Stefan Fadinger-Ring und Harrerstraße Erdgasleitungen verlegt werden.

16) Stw-33/97 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung Dornach - 3. Teil; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 20. Mai 1997 wird im Zusammenhang mit Leitungsbaumaßnahmen in den Straßenzügen Stefan Fadingerring und Harrerstraße im Zuge der Erdgasaufschließung Dornach 3. Teil der Vergabe an nachstehende vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Held & Francke BaugesmbH, Steyr

S 511.480,-- (exkl. USt.)

2) Lieferung Sphärogußrohre:

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 39.140,-- (exkl. USt.)

3) Lieferung Kunststoffrohre:

Fa. Pipelife Rohrsysteme, Wr. Neu- dorf

S 21.232,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I A II 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Ich darf sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang der Bebauung Leebergründe soll eine Neuverlegung von Erdgas- und

Trinkwasserleitungen durchgeführt werden. Es geht um die Auftragsvergaben.

17) Stw-52/97 Bebauung Leeber Gründe; Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 2. Juni 1997 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Zuge der Bebauung Leebergründe der Vergabe an nachstehende vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

A. GASLEITUNGSBAU

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Held & Francke BaugesmbH, Steyr

S 205.085,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf von Sphärogußrohrmaterialien samt Formstücke und Absperrorgane:

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 184.670,-- (exkl. USt.)

B. WASSERLEITUNGSBAU

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Held & Francke BaugesmbH., Steyr

S 250.659,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien samt Absperrorgane und Installationsmaterialien:

Fa. Gumplmayr, Steyregg

S 23.991,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter I A II 6 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Aufwendungen für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A II 4 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich darf sie ebenfalls bitten, dem Antrag im Sinne des Amtsberichtes die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In der Sepp-Stöger-Straße und in der Eisenstraße ist es erforderlich, Trinkwasserleitungen nach langjährigem Einsatz zu verlegen.

18) Stw-53/97 Erneuerung der Trinkwasserleitungen in der Eisenstraße und Sepp-Stöger-Straße; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 3. Juni 1997 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung von Trinkwasserleitungen in der Eisenstraße und Sepp-Stöger-Straße der Vergabe an nachstehende vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

1. Teifbauleistungen:

Fa. Alpine BaugesmbH, Steyr

S 742.464,-- (exkl. USt.)

2. Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien samt Installationsmaterialien und Absperrorgane:

Fa. Gumplmayr, Steyregg

S 66.722,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A IV 3 und 4 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich darf sie ebenfalls bitten, im Sinne des vorliegenden Antrages, dem die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang des Asphaltierungsprogrammes 1997 sollen Trinkwasser- und Erdgasleitungen in der Keplerstraße sowie in der Lanner- und Straußgasse verlegt werden.

19) Stw-55/97 Asphaltierungsprogramm 1997; baubedingte Erneuerung von Trinkwasser- und Erdgasleitungen in der Keplerstraße sowie in der Lanner- und Straußgasse

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Juni 1997 wird im Zusammenhang mit der

Erneuerung von Trinkwasser- und Erdgasleitungen im Zuge des Asphaltierungsprogrammes 1997 der Vergabe an nachstehende vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

A. GASLEITUNGSBAU (Keplerstraße)

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 196.000,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. PIPELIFE Rohrsysteme, Wr. Neudorf

S 53.970,-- (exkl. USt.)

B. WASSERLEITUNGSBAU

(Keplerstraße, Straußgasse, Lannergasse sowie Schumannstraße)**1) Tiefbauleistungen:**

Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 429.300,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Gumplmayr, Steyregg

S 121.630,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A IV 8 (unvorhergesehene Leitungsverlegungen) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die kurzfristig entstandenen Aufwendungen für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I A III 9 (unvorhergesehene Leitungsverlegungen) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Ich darf sie ebenfalls bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

-

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir kommen zu meinem vorletzten Antrag. Da darf ich aber doch einige informative Sätze sagen. Es

geht um die Kunsteisbahn, nämlich um die Neuerrichtung der Eislauf-Aufbereitungs konstruktion. Es ist leider nicht möglich, daß 2 Anforderungen vorerst erfüllt werden. Aufgrund von technischen Problemen kann der Belag für die Stocksützen und Inline-Skater vorerst nicht, wie gewünscht wird, aufgebracht werden. Die Eisbahnbande und Nebeneinrichtungen für Eishockeyspiele können ebenfalls vorerst nicht erledigt werden. Das bedarf eines weiteren Beschlusses in der Größenordnung, wie es im Amtsbericht steht, von S 1,4 Mio.

20) Stw-23/97 Städtische Kunsteisbahn; Neuerrichtung der Eisaufbereitungs konstruktion; Vergabe der Leistungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 23.06.1997 wird den Auftragsvergaben für die Sanierung der Kunsteisbahn im nachstehenden Umfang zugestimmt:

A) Baumeisterarbeiten:

Fa. Ilbau, Steyr

S 1,298.238,98 (exkl. USt.)

B) Kältetechnik:

Fa. Sulzer Escher Wyss, Wels

S 3,368.923,46 (exkl. USt.)

C) Lüftungstechnik:

Fa. Molin, Wels

S 108.515,15 (exkl. USt.)

D) Unvorhergesehenes:

S 84.322,41 (exkl. USt.)

S 4,800.000,-- (exkl. USt.)

In diesem Betrag ist die Herstellung der Eisbahnbande und der Nebeneinrichtungen für Eishockeyspiele (S 1,4 Mio.) und die Bahnoberfläche (S 0,59 Mio.) nicht enthalten (Summe: S 1,99 Mio.), weil hierüber noch keine Klarheit hinsichtlich der Situierung und Bandenhöhe sowie Oberflächengestaltung der Bahnfläche mit dem Eishockey-Verband geschaffen werden konnte. Die Freigabe dieser Mittel ist einem gesonderten Beschluß vorbehalten.

Ich darf sie bitten, aber trotzdem diesem Antrag, so wie er vorliegt, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr StR. Bremm.

Herr Gemeinderat Franz Rohrauer verläßt um 20.30 Uhr die Sitzung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nicht für die Statistik, aber für mich stellt sich doch die Frage, weil das für mich ganz neu ist und ich mich in der Frage „neue Eisfläche“ und „System für die Eisaufbereitung“ aus Sicht des Sportes interessiert habe, weil wir mit dem neuen System ermöglichen wollen, daß die Stocksützen und Skater sowie auch im Winter die Eisläufer und Eishockeyspieler auf diesem Belag ihren Sport ausüben können und nicht immer die Matten aufrollen und wieder weggeben müssen. Wir haben hier auch mit den Experten vom Land und von den Stocksützen österreichweit Kontakt aufgenommen. Es gibt noch keine ideale Beschichtung, es wird aber eine in den nächsten Wochen auf einem Asphaltplatz aufgebracht und dann ein Versuch gestartet, ob diese auch für Stocksützen in Zukunft anwendbar ist oder nicht. Es liegt nicht im städt. Bereich, daß wir das heuer nicht machen. Das bringt aber keine zusätzlichen Kosten für die Fertigstellung insgesamt. Wo ich aber überrascht bin, daß die Bande und das Rundherum nicht realisierbar und durchführbar ist. Was ist eigentlich der Grund, daß man das nicht machen kann?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Schloßgangl, bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätzte Kollegen des Gemeinderates. Nur ganz kurz eine Anmerkung. Die Anrainer, die vis-à-vis vom Eislaufplatz wohnen, haben die Bitte und den Wunsch geäußert, nachdem jetzt die Stocksützen und die Skater dort unten ihren Sport betreiben, man möge den Eingang in den Bereich des Eingangs des Parkplatzes bei den Pappeln verlegen, damit sie in der Nacht durch die an- und abfahrenden Autos und durch das Zuschlagen der Autotüren nicht gestört werden. Sie waren sehr froh, wie die Eislaufsaison vorbei war. Sie waren auch froh, daß die Überdachung gekommen ist, weil die Lärminderung doch ganz wesentlich war, aber sie haben gesagt, daß es die neuen Sportarten, speziell die Skater, gibt. Und die kommen, stellen sich alle der Längsseite beim Eingang auf und sind bis 10, 11 Uhr unterwegs. Im Sommer sind die Fenster offen. Es ist sehr, sehr störend, wenn die dann wieder nach Hause fahren, die Autotüren zuklappen und mit Vollgas starten.

Man sollte sich überlegen, daß man die Öffnung und den Zugang von der Seite (beim Weidinger) macht, wo die Pappeln sind. Wir haben das schon einmal im Winter für die Eishockeyspieler gemacht. Ich bitte darum, daß man sich dieser Sache annimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr GR Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur eine kurze Frage an den Herrn Referenten. Mir sind da zwei Zahlen nicht klar. Und zwar auf der linken Seite des Amtsberichtes „Baumeisterarbeiten 1,9 Mio. S, 2,0 Mio. S und 2,1 Mio. S“, dann entsprechend der Vergabeordnung auf Seite 3: „Fa. Ilbau nach Preisverhandlungen 1,3 Mio. S, Alpine und Held & Francke ungefähr 2 Mio. S.“ Da klafft es um S 600.000,-- auseinander. Da stimmt etwas nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Aufklärung des Referenten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich werde mich bemühen, auch bei der Aufklärung relativ kurz zu sein. Ich darf damit beginnen, daß Kollege Bremm angesprochen hat, warum es betreffend dem Wunsche der Eishockeyspieler noch Schwierigkeiten gibt. Ich darf aus dem Amtsbericht zitieren. Es steht zwar herinnen. Gerhard, du hast das offensichtlich überlesen. Es steht herinnen, daß es keine Klarheit mit dem Eishockeyverband über die Situierung und Höhe der Bande bzw. die Beschaffenheit der Oberfläche gibt. Das muß noch abgeklärt werden.

Unverständliche Zwischenfrage von Herrn StR. Gerhard Bremm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Bei dem heutigen Antrag ist das nicht beinhaltet. Und es steht auch deutlich drinnen, daß das einem gesonderten Beschluß zugeführt wird, und daher noch 1,4 Mio. S für diese Ausgaben notwendig sein werden, was aber, wie du richtigerweise gesagt hast, nicht heißt, daß das zu einer Verteuerung führt. Das ist klar und deutlich im Amtsbericht so erfaßt.

Zur Anregung des Kollegen Schloßgangl kann ich nur sagen, daß man das überprüfen wird bzw. dem Wunsch nachkommen wird. Das ist selbstverständlich.

Dann hat es noch eine 3. Frage gegeben, das war Kollege GR Oberst Gollatsch, der gemeint hat, das ist eher weniger glaubwürdig, daß eine Firma, nämlich die Fa. Ilbau, vorerst S 1,962.388,60 in ihrem Angebot hatte und nach der Preisverhandlung das Ganze um 1, 298.238,98 exkl. der USt. macht. Ich bin bei den Preisverhandlungen nicht dabei und kann nur davon ausgehen, daß das, so wie im Amtsbericht steht, ordnungsgemäß gemacht wurde. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Es gibt genaue Richtlinien. Ich gehe davon aus, daß diesen Richtlinien entsprochen wurde.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ich glaube etwas anderes. Man hat der Fa. Ilbau, im 4. Absatz, unter Berücksichtigung dessen usw., wo die Aufträge nicht so groß sind wie jetzt, gesagt, das ist weniger und nicht der Fa. Alpine und der Fa. Held & Francke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Du glaubst, daß man nur mit der einen Firma nachverhandelt hat.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Richtig.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das glaube ich auch nicht, sondern

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das kann ich mir nicht vorstellen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich habe den Amtsbericht nicht genau im Kopf, aber ich bin im Detail darüber informiert, weil wir sich auch damit beschäftigt haben. Es ist eine Leistungsverminderung beinhaltet, weil das sind genau die S 500.000,--.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Bei der Fa. Alpine und bei der Fa. Held & Francke ist das nicht drinnen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist vorgesehen, wenn...

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Bei der Fa. Alpine und bei der Fa. Held & Francke ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es geht jetzt darum, weil die eine Firma billig drinnen ist und die anderen zwei bei den ursprünglichen Summen geblieben sind.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL.

Darum hätte der Gesamtpreis beim Bestbieter noch einmal angeführt und dazugeschrieben gehört.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, es ist wichtig, daß es gemacht wird und die Preisverhandlungen durchgeführt wurden. Der Billigstbieter hat es bekommen. Wir stimmen jetzt ab. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Ich danke Herrn StR. Eichhübl, ihre Anträge wurden alle.

Zwischenrufe: „Er hat noch einen!“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er hat noch einen. Es ist so schön gegangen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich komme zum letzten Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es geht um die Stadtwerke Steyr, nämlich um den Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr - Kapitaleinlage. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, wird um einen Investitionskostenzuschuß in Höhe von 7,4 Mio. S als Kapitaleinlage gebeten.

21) Stw-1/97 Stadtwerke Steyr; Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 14. Mai 1997 wird den Stadtwerken Steyr/Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 1997 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuß in der Höhe von S 7.400.000,-- als Kapitaleinlage gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 7.400.000,--

(in Worten: Schilling siebenmillionenvierhunderttausend)

bei der VASSt. 5/8790/779000.6 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 7,400.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich darf sie ebenfalls bitten, im Sinne des Amtsberichtes diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich darf vielleicht eines noch sagen. Die Situation sieht im Betriebsverbund vorerst so aus, daß auf der einen Seite im Gaswerk etwa 21 Mio. S, im Jahre 1997 und im Verkehrsbetrieb ein Verlust von etwa 26 Mio. S. zu erwarten sind

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Herrn StR. Eichhübl für die Berichterstattung. Nächster ist Herr StR. Ing. Schloßgangl, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätzte Kollegen des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Reihenhausanlage Banglmayr in Gleink, Friedhofsstraße. Hier gibt es eine Bausperre; die Nr. 10, und es soll eine ausnahmsweise Erteilung der Bauplatz- und Baubewilligung mit Zustimmung des Gemeinderates erfolgen.

22) BauH-16/97 ff Reihenhausanlage Banglmayr, Gleink-Friedhofstraße; Bausperre Nr. 10; ausnahmsweise Erteilung der Bauplatz- und Baubewilligung mit Zustimmung des Gemeinderates gem. § 45 Abs. 2 der OÖ. BauO.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beantragten Bauplatz- und Baubewilligung für eine Reihenhausanlage „Banglmayr“ in Gleink - Friedhofstraße - nach den Plänen von Arch. Dipl.-Ing. Gerhard Schmid, vom 22. Jänner 1997 bzw. 4. Juni 1997, wie sie dem Baubewilligungsverfahren zugrundegelegt sind, wird gemäß § 45 Abs. 2 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idGF., die ausnahmsweise Zustimmung des Gemeinderates zur Erteilung der beantragten Bauplatz- und Baubewilligung unter Bedachtnahme auf die Ausführungen im zugehörigen Amtsbericht erteilt.

Ich bitte sie hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Punkt geht es um den Teilabbruch der Liegenschaft Dukartstraße 15 im Zuge der Errichtung der Nahverkehrsdrehscheibe Parkdeck Steyr. Hier sollen die Arbeiten vergeben werden.

23) GHJ2-39/97 Teilabbruch der Liegenschaft Dukartstraße 15 im Zuge der Errichtung der Nahverkehrsdrehscheibe Parkdeck Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27.5.1997 wird den Auftragsvergaben zum Teilabbruch der Liegenschaft Dukartstraße 15 im Zuge der Errichtung der Nahverkehrsdrehscheibe Parkdeck Steyr an die

Fa. Arge Alpine - Mayreder, Wals

S 120.000,-- e.U.

Fa. Waizinger, Dietach

S 12.500,-- e.U.

Fa. Elektro Berger, Steyr

S 12.500,-- e.U.

und Stadtwerke Steyr, Wasserwerk

S 1.000,-- e.U.

nachträglich zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Maßnahme wird

1. eine Kreditübertragung in der Höhe von S 156.000,-- exkl. USt. von der VA-Stelle 5/6120/002450 auf die VA-Stelle 5/8530/010000 sowie
2. die Freigabe von Mitteln in der Höhe von S 156.000,-- excl. USt. aus dem a.o. H. bei der VA-Stelle 5/8530/010000 bewilligt.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um Belagsarbeiten auf der 1348 Saaßer Bezirksstraße km 8.609 - km 9.229. Hier sollen die Arbeiten vergeben werden.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

24) BauStr-10/96 Belagsarbeiten auf der 1348 Saaßer Bezirksstraße, km 8.609 - km 9.229; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 16. Mai 1997 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der Saaßer Bezirksstraße, km 8.609 - km 9.229, an die Fa. Zwettler Bauges.m.b.H., Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 823.402,80 incl. MWSt. übertragen. Die Finanzierung erfolgt von der Landesstraßenverwaltung direkt an die bauausführende Firma.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft Belagsarbeiten auf der B 122 a (Voralpen Bundesstraße) km 2.700 - km 3.277. 2. Bauabschnitt. Auch hier sollen die Arbeiten vergeben werden:

25) BauStR-16/95 Belagsarbeiten auf der B 122 a (Voralpen Bundesstraße); km 2.700 - km 3.277; 2. Bauabschnitt

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. Mai 1997 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 122 a (Haager Straße) km 3.277 - 2.700 zwischen Zirerstraße und Anfang Nordspange (nahe der Fa. Lipfert) an die Fa. Zwettler Bauges.m.b.H., Steyr, zum Anbotspreis von

S 1.000.467,-- incl. MWSt.

übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die bauausführende Firma.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um den Steyrtal-Radweg Steyr - Grünburg.

26) BauStr-8/97 Steyrtal-Radweg Steyr - Grünburg; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 13. Mai 1997 wird der Instandsetzung des Steyrtalradweges „Abschnitt Steinbruchweg“ zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten an die Fa. Zwettler Bauges.m.b.H., Steyr, zu den Gesamtkosten von S 528.439,30 incl. MWSt. übertragen.

Die im Voranschlag vorgesehenen Mittel von S 400.000,-- sind bei VASSt. 5/6121/002300.9 freizugeben.

Die Erhöhung der Baukostenzuschüsse von Land und Bund sollen durch eine Kreditüberschreitung von S 76.000,-- bei VASSt. 5/6121/002300.9 und der Rest von S 52.500,-- durch eine Kreditübertragung von VASSt. 5/6120/002020.5 zu VASSt. 5/6121/002300.9 bewilligt und freigegeben werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 452.500,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Die Bedeckung der Kreditüberschreitung in Höhe von S 76.000,-- erfolgt durch Mehreinnahmen beim Bundeszuschuß. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um Belagsarbeiten Hanuschstraße bis Posthofstraße.

27) Bau6-647/88 Belagsarbeiten Hanuschstraße bis Posthofstraße; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Tiefbau, vom 16. Juni 1997 wird der Sanierung der Hanuschstraße bis zur Posthofstraße zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten von S 227.507,40 exkl. MWSt. übertragen.

Im Voranschlag 1997 sind bei VASSt. 5/6120/002080.9 S 100.000,-- vorgesehen. Der Rest von S 127.600,-- ist durch eine Kreditübertragung von VASSt. 5/8510/050200.3 (Kanal Christkindl) auf VASSt. 5/6120/002080.9 zu bewilligen und freizugeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 100.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Errichtung einer Zufahrt zum Siedlungsgebiet Jägerberg; Abschluß eines Übereinkommens mit Herrn Alois Mayr, Steyr, Damberggasse 38. Das ist die Zufahrt zu den neuen Bauvorhaben der GWG der Steyr-Daimler-Puch AG. Diesem Übereinkommen, das ihnen ja im Text vollständig vorliegt, soll hier zugestimmt werden.

28) BauGru-74/96 Errichtung einer Zufahrt zum Siedlungsgebiet Jägerberg; Abschluß eines Übereinkommens mit Herrn Alois Mayr, Steyr, Damberggasse 38

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 18. Juni 1997 wird dem Abschluß eines Übereinkommens mit Herrn Alois Mayr, Steyr, Damberggasse 39, über die Abtretung von Grundflächen zur Errichtung einer Zufahrtsstraße von der Kammermayrstraße zum neuen Siedlungsgebiet Jägerberg entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Punkt befaßt sich mit dem Erlaß einer neuen Kanalanschlußgebührenordnung. Sie haben den Text und die gesamte Gebührenordnung vorliegen.

29) GemKan-27/97 Erlaß einer neuen Kanal-Anschlußgebührenordnung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 9. Juni 1997 wird die in der Anlage beige-schlossene Verordnung, betreffend die Neuerlassung einer Kanal-Anschlußgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. August 1997 in Kraft und ist durch 2wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

(BEILAGE)

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In meinem letzten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 5, Änderung Nr. 4, Christkindl. Hier soll nach den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung dieser Bebauungsplan geändert werden.

30) BauGru-8/97 Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 4 - „Christkindl“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 - Änderung Nr. 4 - „Christkindl“ wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 3. Dezember 1996 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 19. Juni 1997 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF. beschlossen.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Herrn Ing. Schloßgangl für seine Berichterstattung. Ich wünsche mir 1mal, daß ich in 10 Minuten so viele Akten durchbringe. Der nächste Berichterstatter ist Herr StR. Ing. Spanring, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRATING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem heutigen Antrag geht es um die Neubestellung der Disziplinarbehörden. Ich bitte, von der Verlesung der Mitglieder Abstand nehmen zu dürfen, und möchte den Antrag stellen:

31) Präs-351/97 Neubestellung der Disziplinarbehörden (Disziplinkommission)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Disziplinkommission für die Funktionsperiode vom 1. Juli 1997 bis 30. Juni 2000 wird gem. § 76 StGB wie folgt bestellt:

Vorsitzender:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

Stellvertreter:

Vizebürgermeisterin Friederike Mach, Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

Mitglieder:

Stadtrat Ing. Dietmar Spanring, Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl, Stadtrat Gerhard Bremm, Stadtrat Roman Eichhübl, MD SR Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Franz Urban (Magistrat Wels), SR Dr. Günter Chalupsky (Magistrat Wels), OMR Dr. Justus Hupfer (Magistrat Wels), SR Dr. Reinhard Nones, SR Dr. Volker Lutz, SR Dipl.-Ing. Wilfried Schönfelder, SR Bmstr. Dipl.-Ing. Alfred Kremsmayr, OAR Helmut Riedler, OAR Gustav Gergelyfi, OAR Walter Oppl, AR Alexander Reder, KR Johann Steindl, KR Johann Rumpelsberger, BI Karl Zehetner, KR Adolf Augner, BhV Heinz Neubauer, BhV Johann Diesenreiter, BhV Josef Aigner, BhV Reinhard Minoth

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Herrn StR. Ing. Spanring. Nächster ist Herr StR. Tatzreiter, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe 3 Anträge. Im ersten geht es um den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 2000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr, Löschzug V.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

32) FW-8/97 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 2000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 12.06.1997 wird dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 2000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr Steyr - Löschzug V Münichholz - zum Preis von S 1,800.000,-- inkl. USt. zugestimmt.

1. Fahrgestell - Steyr 13 S 23/L 37 4 x 4

Fa. Rosenbauer, Leonding

S 1,220.280,-- inkl. USt.

2. Aufbau und Ausrüstung (1. Rate)

Fa. Rosenbauer, Leonding

S 579.720,-- inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,800.000,--

(einemillionachthunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/1630/040000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1,800.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die MESSEtage '97 in Steyr. Es gilt hier den Abschluß eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und AusstellungsgesmbH & Co. KG, wie im Amtsbericht dargestellt, diese Größenordnung von den Quadratmeterausmaßen und vor allem auch den Preis, abzuschließen. Ich bitte daher um Zustimmung, die 6.100 m² und die dazugehörigen Freiflächen sozusagen hier zu beschließen. Der Mietzins beträgt S 600.000,-- zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer bzw. S 9.000,-- für die Hallenbeleuchtung, das andere erspare ich mir, was mit der 2. Rate noch dazukommt.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

33) GHJ2-44/97 MESSEtage Steyr '97; Abschluß eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und AusstellungsgesmbH. & Co. KG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 11. Juni 1997 wird dem Abschluß eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und Ausstellungsges.m.b.H. & Co. KG zur Abhaltung der Messetage Steyr '97 in den Räumlichkeiten der Stadtbetriebe Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragstext zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Seit länger Zeit bzw. seit vielen Monaten gilt es immer wieder, eine Notschlafstelle bei uns in Steyr zu errichten. Es ist hier der Verein des öfteren an uns herangetreten bzw. sehr oft an mich, weil es für viele die einzige Möglichkeit ist, sozusagen über einige Nächte bzw. Tage unterzukommen. In diesem Zusammenhang haben wir uns gerade in den letzten Monaten ausführlich damit beschäftigt. Es gibt ein Haus, das ist genau vis-à-vis, wenn man da beim Fenster hinausschaut, das derzeit leer steht. Wie haben dem Verein sozusagen die Zusage mit der Errichtung gemacht. Natürlich braucht der Verein in diesem Zusammenhang Mittel für die notwendige Verbesserung des Hauses. Es ist in einem relativ guten Zustand. Ich darf das so sagen. Natürlich gibt es kleinere Sanierungsmaßnahmen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

34) GHJ2-43/97 Errichtung einer Notschlafstelle im Objekt Dukartstraße 15

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 10.6.1997 wird der Kreditübertragung im Ausmaß von

S 300.000,--

von der VA-Stelle 1/4291/757100 auf die VA-Stelle 1/8530/614000 zum Zwecke der notwendigsten Instandsetzungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Dukartstraße 15 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung, sodaß der Verein die Sanierung vornehmen und dann im Herbst, wie vorgesehen, die Notschlafstelle eröffnen kann. Der Zeitablauf ist deswegen festgelegt, weil dieses Grundstück möglicherweise wieder anders verwertet wird. In diesem Zusammenhang gilt die Vereinbarung vorerst 3 Jahre. Ich hoffe aber, daß die Notschlafstelle nicht unbedingt immer gebraucht wird. Aber wenn eine gebraucht wird, sollte man eine zur Verfügung haben. Wir sollten schauen, daß wir so etwas wie andere Städte oder Großstädte bzw. kleinere Städte, wie wir in Steyr, haben.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen den Antrag? (3 Stimmen F) Wer übt Stimmenthaltung? (2 Enthaltungen F) Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden.

Ich danke Herrn StR. Tatzreiter und übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz. Die Tagesordnung ist erschöpft. Es kommt noch der Dringlichkeitsantrag, dem wir die Dringlichkeit zuerkannt haben, zur Behandlung, Debatte und Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag lautet:

-

Dringlichkeitsantrag

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Änderungen für die Besetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse bzw. Ersatzmitglieder nach Ausscheiden von Herrn Dr. Schwager werden bekanntgegeben:

Finanz- und Rechtsausschuß:

Hans Payrleithner

Kulturausschuß:

Elisa Watzenböck

Prüfungsausschuß:

Arno Thummerer, Ers. Elisa Watzenböck

Stadtentwicklungsausschuß:

Arno Thummerer, Ers. Ulrike Fuchs

Verkehrsausschuß:

Günter Fürweger, Ers. Hans Payrleithner

Umweltausschuß:

Elisa Watzenböck

Es wird darauf hingewiesen, daß für die Beschlußfassung über diesen Dringlichkeitsantrag gemäß den Bestimmungen des Stadtstatutes für die Stadt Steyr nur die Mitglieder der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stimmberechtigt sind.

Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Diese Wahl erfolgte einstimmig.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. Ich darf fragen: SPÖ ein Thema? Kein Thema. FPÖ ein Thema? Herr Dr. Pfeil, sie selbst. Ergreifen sie das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kommt die „Aktuelle Stunde“ der letzten Gemeinderatssitzung: GSM-Sende-Anlagen.

Am 12. Juni 1995 hat der Gemeinderat der Stadt Steyr einstimmig einen Beschluß gefaßt, daß im Umkreis von 300 Metern zum bebauten Gebiet weder GSM-Anlagen erbaut, noch in Betrieb genommen werden sollen. Ich möchte jetzt nicht auf die medizinischen, technischen Grundlagen eingehen, die in Fülle vorliegen, aber es ist in der Tat tatsächlich so, daß man 100 Experten von der einen Seite und 100 Experten von der anderen Seite zitieren kann. Das ist einmal im Moment Fakt. Die tatsächlich schädliche Wirkung der gepulsten Sendeanlagen ist mit den derzeitigen Mitteln noch nicht klar darstellbar. Es gilt, unsere Bevölkerung vor der möglichen - möglichen - Gefahr zu schützen, genauso wie es bei der Anwendung von Ultraschallgeräten auch in der Humanmedizin ja selbstverständlich gang und gäbe ist, obwohl auch hier die mögliche schädliche Wirkung auf den menschlichen Organismus noch nicht nachgewiesen ist, aber man aus Sicherheitsgründen hier gewisse Richtlinien eingeführt und so auch akzeptiert hat.

Meines Wissens sind seit diesem Gemeinderatsbeschluß 4 Sendeanlagen errichtet worden. Was mich dabei stört, ist die bundesweit unterschiedliche Beurteilung dieser Sendeanlagen von seiten der Behörden. In NÖ wird das komplett unterschiedlich gehandelt. Manchmal genügt eine Anzeige bei der Baubehörde, manchmal gilt nur eine Benachrichtigung als ausreichend. Und bei manchen Bürgermeistern wird eine Bauverhandlung mit Sachverständigen abgeführt. Hier hat sich in einer NÖ. Gemeinde Erstaunliches zugetragen, daß ein Sachverständiger des Landes NÖ solche Sendeanlagen im Ortsgebiet für schädlich erklärt hat. Deshalb, glaube ich, ist es an der Zeit - und wir waren in Steyr so ziemlich die ersten, die dieses Problem aufgegriffen haben. Ich bin sehr froh, daß der Gemeinderat hier eine einstimmige Willensäußerung gemacht hat. Ich glaube, es wäre Zeit - und ich schlage heute vor -, daß wir bei der Inbetriebnahme bzw. Errichtung alle rechtlichen Möglichkeiten - und da meine ich auch den Gang zu den Höchstgerichten - einschlagen und daß wir versuchen, eine Klärung herbeizuführen. Die Gesundheit unserer Bevölkerung muß das unbedingt wert sein. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Herr Dr. Pfeil. Ich erlaube mir, ganz kurz Stellung zu nehmen. Ich möchte betonen, daß ich gegenüber jedermann, der sich beworben, interessiert und überhaupt ein Gespräch geführt hat, das ist bei mir die VORWÄRTS und die Österreichische Post gewesen, daß ich jedermann die Position der Stadt und den einstimmigen Beschluß und die Begründung dafür erläutert habe und diesen Standpunkt vertreten habe, auch in Richtung der Medien. Das ist auch von der Bürgerinitiative Steyr

gegen GSM-Sender inmitten von Wohngebieten registriert worden. Ich habe am 3.7. ein Schreiben von dieser Bürgerinitiative erhalten, wo es heißt: „Wir bedanken uns für die von ihnen ausgehende Hilfe gegen die Errichtung des GSM-Sendemastes auf der Postgarage Jägerberg. Wir wissen, daß Frau Vizebgm. Mach und sie selbst persönlich gegen die Errichtung gepulster Sendeanlagen inmitten von Wohngebieten auftreten und dies auch ständig dokumentieren. Zuletzt sehr eindrucksvoll am 22. 5. 1997 in „Willkommen Österreich“. Beruhigt können wir aber trotzdem nicht sein, wenn wir miterleben, wie sich die Betreibergesellschaften über demokratische Regeln gekonnt hinwegsetzen und Gesetze und Normen, die den derzeitigen Bedarf die Bevölkerung zu schützen nicht entsprechen, für eigene profitable Gründe einsetzen.“ Es geht dann über Fach- und Gegengutachten hin. Die Dinge sind uns an und für sich bekannt.

Ich möchte nur festhalten, daß unsere Rechtsposition in diesem Zusammenhang eine sehr dürftige, eigentlich überhaupt nicht vorhandene, ist, und daher würde ich in diesem Fall Herrn Mag. Golda bitten, hier die Rechtsposition zu erläutern.

Ich glaube, das ist für alle Mitglieder des Gemeinderates von Interesse. Es zeigt sich leider, daß die moralische Position, die zumindest hier von uns so eindeutig eingenommen wurde, eben dann, wenn andere Spielregeln gelten, eigentlich nicht ernst genommen wird, was in Wirklichkeit traurig ist. Immerhin müßte ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates unserer Stadt allen, die sich hier mit solchen Gedankengängen auseinandersetzen, so eine Anlage zu errichten, schon ein sehr deutlicher Hinweis sein. Man sollte sich eigentlich nicht darüber hinwegsetzen. Ich bin bedrückt, daß das so ist. Es zeigt sich aber sehr klar, daß hier eindeutige gesetzliche Bestimmungen, ein Regelwerk sozusagen, notwendig wären. Es müßte auch der Standortgemeinde eine Parteienstellung, eine Entscheidungsmöglichkeit überhaupt, eingeräumt werden. Das möchte ich dazu bemerken. Die rechtliche Situation sieht aber etwas anders aus.

Herr Mag. Golda, ich würde sie bitten, das jetzt dem Gemeinderat vorzutragen.

OMR. MAG HELMUT GOLDA:

Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates! Der Knackpunkt in dieser Angelegenheit ist der gesundheitliche Aspekt. Und hier scheiden sich dann auch die rechtlichen Geister. Der gesundheitliche Aspekt ist von der Bundesverfassung her eine Materie des Bundesgesetzgebers, und hier beginnt die Kette.

Die GSM-Sender sind Fernmeldeanlagen. Fernmeldeanlagen sind nach der Kompetenzverteilung des B-VG, Artikel 10 Materie, somit in der Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache.

Der Bundesgesetzgeber hat nun im Fernmeldegesetz 93 geregelt, daß für die Bewilligung oder Nichtbewilligung von Fernmeldeanlagen die Fernmeldebehörde Linz als Bundesbehörde für die Bundesländer OÖ und Salzburg zuständig ist. Mit der Entscheidung dieser Fernmeldebehörde Linz, daß ein Sender bewilligt wird, ist somit auch der gesundheitliche Aspekt von Fernmeldeanlagen mit erledigt. Mit dem Ja zur Bewilligung dokumentiert der Bund, daß diese Sendeanlage nicht gefährdend ist, das auf der einen Seite. Auf der anderen Seite normiert die OÖ. Bauordnung, daß bei Bauvorhaben auch gesundheitliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Das würde jetzt zur Annahme verleiten, daß auch aus baurechtlicher Sicht diese Fernmeldeanlagen bewilligungspflichtig oder zumindest anzeige- und damit verfahrenspflichtig sind.

In einem Verfahren des Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahre 1995 hat der Verwaltungsgerichtshof eindeutig entschieden, daß mit der Entscheidung der Bundesbehörde, der Fernmeldebehörde, die Entscheidungskompetenz der Landesbehörden, sprich der Baubehörden, in gesundheitlichen Aspekten nicht mehr vorhanden, weil konsumiert ist. Die Baubehörde der Stadt Steyr - der Magistrat in erster Instanz, der Stadtsenat in zweiter Instanz - hat über den Aspekt der

gesundheitlichen Gefährdung von Fernmeldeanlagen, von GSM-Sendern, nicht zu entscheiden. Eine solche Entscheidung, wenn der gesundheitliche Aspekt als ausschlaggebend für die Bewilligung oder für die Verweigerung einer Fernmeldeanlage herangenommen wird, würde bei der Landesregierung zum Anlaß genommen werden, diesen Bescheid der 2. Instanz aufzuheben, weil nicht zuständig. Insofern ist dieser Aspekt von den Behörden der Stadt Steyr nicht zu verfolgen.

Die restlichen Gesetze, die evtl. noch Angriffsfläche bieten würden, sei es die Gewerbeordnung, sei es das Raumordnungsgesetz, bieten auch keine Handhabe.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat in einem Erlaß im Jahre 1997, 6. März 1997, die Rechtsauffassung vertreten, daß die Gewerbeordnung in Fernmeldeanlagen keine Rolle spielt. Sprich - auch hier hat unsere Bezirksverwaltungsbehörde als Behörde 1. Instanz keine Kompetenz. Das Raumordnungsgesetz läßt hier auch keinen Spielraum zu.

Derzeit sieht es so aus, davon bin ich überzeugt, daß die Behörden der Stadt Steyr aus gesundheitlichen Aspekten keine Handhabe haben, gegen diese Fernmeldeanlagen vorzugehen. Der einzige Ansatzpunkt wäre, das kommt auch bei dem VwGH-Erkenntnis deutlich zum Ausdruck, diese verbleibenden Restkompetenzen aus dem Baurecht vielleicht zu strapazieren, wenn ich es so sagen darf, und das wäre der Orts- und Landschaftsschutz. Hier bietet die OÖ. Bauordnung eine Restzuständigkeit, die zwar so minimal ist, aber das wäre der einzige Ansatzpunkt, um das weiterzuverfolgen. Das zu entscheiden, das muß ich auch gleich dazusagen, ist Sache des Amtssachverständigen, wie weit das Ortsbild durch einen Sendemast wesentlich beeinträchtigt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ich hätte noch eine Frage dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Weiß man wie die NÖ-Geschichte ausgegangen ist?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kann das noch gesagt werden?

OMR. MAG. HELMUT GOLDA:

Wenn es die gleiche NÖ-Geschichte ist, dann ist es dieses Erkenntnis hier des VwGH, das sagt: Dieser Bescheid ist aufzuheben, weil die Behörde über etwas entschieden hat, was nicht Sache ist, weil der gesundheitliche Aspekt war ausschlaggebend. Da lautet der Schlußsatz: Aufhebung wegen inhaltlicher Rechtswidrigkeit. Der baupolizeiliche Auftrag war rechtswidrig und wäre aufzuheben gewesen.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich darf fragen, ob jetzt von der FP noch einmal das Wort gewünscht wird. Ein zweites Mal geht nicht. Sie sind der gewesen, der dieses Thema ange

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Erlauben sie mir einen Satz!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja natürlich!

MD.-STV. PRÄS.-DIR. DR. GERHARD ALPHASAMER:

Eine Zusatzwortmeldung ist gestattet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Derselbe? Na gut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben wir bisher anders gehandhabt. Wir haben das immer im Rad laufen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Alphasamer ist ein Freund von mir, das habe ich schon gemerkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man darf aber auch nur 5 Minuten reden, das steht auch drinnen. Bitte, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Es geht mir darum: Das Prinzip, wie es Herr Mag. Golda rechtlich so schön geschildert hat, daß dieselbe Behörde, die Fernmeldebehörde, praktisch den Antrag einbringt und den Antrag genehmigt und alle gesundheitlichen Aspekte damit in einem damit abdeckt. Das ist die ganz große Crux dabei.

An uns liegt es, daß der gesundheitliche Aspekt in Vordergrund gestellt wird. Ich bin überzeugt davon - und in NÖ sieht es so aus -, wenn Bürgermeister Verfahren einleiten, daß sich Sachverständige finden, die sagen, ja, hier liegt eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung vor und daß es hier dann zu einem negativen Bescheid kommen kann. Ob er dann hält, ist eine andere Sache. Man muß es aber versuchen. Man hat das schon in anderen Gemeinden erlebt, die diese Probleme gehabt haben und wo dann der Sender aus dem Ortsbild herausgekommen und irgendwo in ein unbebautes Gebiet gekommen ist. Das ist ja auch ein Erfolg. Ich bin ja nicht gegen die GSM-Sendeanlagen, aber im Ortsgebiet schon.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP dazu? Kollege Eisner.

GEMEINDERAT MARTIN-RANDOLF EISNER:

Dazu gibt es im Endeffekt 5 Sachen zu sagen:

1) Das GSM, der sogenannte gepulste Sendestrahler, ist ein Angstthema. Das heißt, das ist neu, das kennen wir nicht, das sehen wir nicht, da haben wir grundsätzlich einmal Angst davor und da wird relativ wenig von der Sache entschieden, sondern aus dem Bauch raus.

2) Um das von der Physik zu veranschaulichen:

GR Martin-Randolf Eisner zeigt auf den Kronleuchter im GR-Saal.

Wenn ich diese Leuchter höher hinaufsetze und herunter auf dem Tisch dasselbe Licht haben will; was muß ich tun? Ich muß stärkere Lampen nehmen. Und dasselbe ist bei einem hochfrequenten Sender. Der braucht im Prinzip Sichtverbindung. Das heißt, wenn ich den direkt an einem Wohnhaus habe, damit ich vernünftig telefonieren kann, dann brauche ich eine gewisse Feldstärke. Wenn ich den jetzt 300 m weiter weggebe, muß ich die Sendeleistung entsprechend verstärken, damit ich am selben Punkt gleich telefonieren kann. Wenn wir das in Steyr überhaupt nicht haben und ich stelle diese „Dinger“ auf den Damberg, damit wir in Steyr telefonieren können, müssen wir die Sendeleistung erhöhen. Der Effekt auf uns hier herinnen ist immer der gleiche. Wir haben immer dieselbe Strahlenbelastung. Das ist von der Physik komplett richtig. Da können sie den Kopf schütteln, wie sie wollen, das ist rein von der Physik, von der Feldstärke, richtig.

3) Wir haben im Gemeinderat einen Beschluß gefaßt, und das bindet uns -wenn wir schon teilweise rechtliche Probleme haben - zumindest moralisch, wenn wir sagen, 300 m weiter weg müssen sie sein, da müssen wir theoretisch auch soweit sein, daß wir sagen, auch bestehende Sender sollten nach Möglichkeit - und wenn man es auf dem Goodwill des Betreibers versucht - 300 m weiter weg sein. Da denke ich z.B. an den Sender auf der Post am Tabor.

4) Wenn man dann weiterdenkt, müssen wir uns überlegen: Wollen wir in Steyr sagen, wir haben keine GSM-Handies; dann geben wir sie alle, die wir hier herinnen sitzen, weg. Entweder wir versorgen Steyr gut mit GSM, daß man in ganz Steyr vernünftig telefonieren kann, oder wir sagen, wir schauen, daß wir alle Sender wegbekommen, dann haben wir in Steyr ein totes Loch. Das wird sich wahrscheinlich von der wirtschaftlichen Seite nicht ganz durchsetzen lassen.

5) Man soll vielleicht versuchen, über den Weg des Gesundheitsministeriums zu trachten, daß es da vielleicht doch eine einheitliche Regelung gibt, weil wir, glaube ich, als Stadt Probleme haben, das zu bestimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, für diese auch technisch interessanten Erläuterungen. Ich darf fragen, ob die Grünen dazu das Wort wünschen. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es beruhigt mich weder die Wortmeldung des Herrn Mag. Golda noch die Wortmeldung von Kollegen Eisner. Das ist uns schon allen bewußt, daß die Sendeleistung, je weiter der Sender entfernt ist, die gleiche bleiben muß, um auch die gleiche Qualität zu haben.

Der Gang zum Verfassungsgerichtshof bis in die letzte Instanz wäre eine Möglichkeit. Nur mit welcher rechtlichen Grundlage? Mit was gehen wir dort hin? Sagen wir gesundheitlich? Die ÖNORM selbst ist ja von einem Wissenschaftler festgelegt worden, der für eine Mobilkomfirma ein positives Gutachten geschrieben hat. Da können wir nicht aus. Solange die gleichen Leute bestimmen, was gut oder nicht gut für uns ist und gleichzeitig dann für Telefonfirmen positive Gutachten schreiben, denke ich mir, werden wir dort auch nicht weiterkommen.

Ich glaube aber nach wie vor an die Kraft der Bevölkerung, an die Macht, die dahintersteckt, an diesen passiven und aktiven Widerstand, den man Dingen gegenüberstellt, von dem man nicht genau weiß, und das können wir alle miteinander nicht genau sagen, ist das jetzt gesundheitsschädigend

oder nicht. Wir können es nur vermuten. Wenn wir die Bevölkerung positiv unterstützen - und ich denke, der gesamte Gemeinderat hat dies auch als Bestärkung getan, wenn sich das rundherum multipliziert, und das passiert ja; in Deutschland sind es schon tausend verschiedenste Initiativen, in Österreich werden sie nacheinander immer mehr und mehr; von dort geht dann der Druck aus.

Über die rechtliche Schiene, denke ich mir, haben wir momentan relativ wenig Chance. Wir könnten es probieren. Wenn der zuständige Rechtskundige sagt, daß das unsicher ist, sollten wir lieber unsere Kräfte sparen und die Bevölkerung, die schwer verunsichert ist, unterstützen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ortsbildschutz wird sicher - und da sind wir fest dazu entschlossen, dort wo wir einen Ansatzpunkt haben, werden wir natürlich diese Möglichkeiten ausschöpfen. Bei der Postgarage Sendemast usw., da können wir zumindest auf unserer Ebene das negativ bescheiden. Ich habe das auch dem Herrn Postpräsident, der jetzt ausscheidet, ganz klar in Ausschicht gestellt. Die können natürlich berufen. Der Herr Landeshauptmann wird sich zu überlegen haben, wie er dann dazu Stellung nimmt.

Gibt es noch eine Erläuterungsnotwendigkeit?

OMR MAG. HELMUT GOLDA:

Um vielleicht den Aspekt des Ortsbildschutzes noch zu beleuchten. Es gibt ein Ansuchen der Post- und Telekom, auf der Postgarage beim Hubergutberg einen Mast aufzustellen. Das erste Verfahren geht dahin, daß der Mast auf das Gebäude mit der Gesamthöhe von 31 m hinaufgesetzt wird. Das ist von der Post nicht mehr weiterverfolgt worden. Jetzt gibt es eine 2. Bauanzeige. Die stellen jetzt einen frei stehenden Mast ca. 1 m neben das Gebäude, und zwar - wenn man am Hubergutberg hinschaut - auf der linken Seite des Postgebäudes, der wird 27 m hoch. Ich habe vor 2 Tagen ein Gutachten unseres Ortsbildsachverständigen, Herrn Dipl.-Ing. Lutz, bekommen. Er sagt eindeutig: Dieser Mast in Höhe von 27 m stört das Ortsbild wesentlich. Ich werde mit Zustimmung des stadträtlichen Referenten im August einen Antrag an den Stadtsenat formulieren, daß dieser Antrag der Post nicht positiv beschieden wird. Der Weg der Post wird sein, daß sie eine Vorstellung an die Landesregierung einbringen wird. Die werden entweder einen Formalfehler in unserem Verfahren finden, dann sieht die Sache optisch nicht gut aus oder sie gehen in der Sache ans Thema, dann lernen alle Beteiligten daraus. Auf dieser Entscheidung der Landesregierung aufbauend, wäre dann der Weg zum Verwaltungsgerichtshof oder zum Verfassungsgerichtshof möglich, je nachdem, wie der Inhalt des Aufhebungsbescheides oder des Bescheides der Landesregierung aussehen wird. Dieser Weg scheint mir der einzige zu sein, der weiterverfolgbar ist.

Der gesundheitliche Aspekt ist von den Höchstgerichten entschieden, nämlich, daß es nicht gefährlich ist und daß dies die Baubehörden der Gemeinden oder der Stadt nichts angeht. Den Weg brauchen wir in diesem Sinne nicht verfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bringt natürlich auch nur

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wie lange wartet man auf die Entscheidung vom Verwaltungsgerichtshof?

OMR. MAG. HELMUT GOLDA:

Zwischen einem Jahr und mehreren Jahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Abgesehen davon bringt natürlich er auch nur in bezug auf diesen einen Standort möglicherweise eine Entscheidung. Die anderen Standorte, die es da noch gibt, sind davon nicht betroffen. Wir werden mit dem Ortsbild nicht viel machen können, wenn auf dem riesen Mast bei der Vorwärts ein kleines Spieglein ist, das einem mit freiem Auge gar nicht auffällt, wenn man es nicht weiß. Wir müssen schon sehen, wie eingeschränkt die Möglichkeiten sind. Herr Kollege Apfelthaler wollte dazu auch noch etwas sagen. Wir halten die Geschichte heute nicht genau ein, wir wollen aber demokratisch diskutieren.

GEMEINDERATKURT APFELTHALER:

Ein kurzer Satz: Es ist ja trotz dieser ganzen Diskussion höchst interessant, daß es manchen Orten in Österreich trotzdem gelingt, diese Sender aus dem Ort herauszubekommen. Entweder machen wir etwas falsch, oder sind die anderen so gut, daß sie das einfach zusammenbringen. Es wäre vielleicht auch ganz interessant, mit Schärding, Ternberg oder Losenstein in Verbindung zu treten. Wenn sich diese Orte vernetzen, die ein höchst unangenehmes Gefühl haben, wenn ein Funkmast mitten in ihrer Siedlung steht, das wäre sicher eine positive Sache und würde auch sehr förderlich sein. Was den gesundheitlichen Aspekt anbelangt, war natürlich die Meldung von Frau Mag. Prammer aus dem BM für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz nicht sehr förderlich, die hier in einer Broschüre des Gesundheitsministeriums mit Bild und Glosse behauptet, daß aufgrund der Ergebnisse dieser Bewertung eine Beeinträchtigung in der Gesundheit durch Mobil-Kommunikation nicht gegeben ist. Ich denke mir, das war fast schon ein zu großer Schritt nach vorne, und wenn wir uns erinnern, jede technische Neuerung birgt immer in irgendeiner Art und Weise Gefahren mit sich. Ich erinnere sie z.B. bei Strahlung an Röntgen, der eines sehr qualvollen Todes gestorben ist, was natürlich nicht heißt, daß das unbedingt mit dem Handy zusammenhängt. Aber solche Entwicklungen sind immer wieder problematisch. Darum sollte man sensibel genug sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nur, meine Damen und Herren, werden wir das Problem, kompliziert wie es sich nun einmal zeigt, in der heutigen Sitzung kaum lösen können. Fest steht, daß man jeden sich bietenden Ansatz wahrnehmen und dagegen auftreten muß. Wieweit wir das in die oberste Instanz tragen, hängt natürlich auch von der Wahrscheinlichkeit ab, recht zu bekommen. Die Kosten usw., die unter Umständen entstehen; das muß man sich bei Gerichtsverfahren auch immer noch überlegen.

Ich möchte nur eines sagen: Es wäre wünschenswert, wenn man die Dinge wirklich ernst nimmt, gerade von der Komplexität des Problems, die uns Herr Mag. Golda auseinandergesetzt hat. Wenn nicht jeder hinausgehen und uns sagen würde, er täte das ändern, wäre er nur in der Position; das trifft in dem Fall wieder einmal sie, Herr Dr. Pfeil. Ich halte es für überhaupt nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schlecht wäre es nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich halte es für überhaupt nicht seriös.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie vielleicht nicht, die Bürger schon.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja. Man kann das natürlich machen. Ich halte es nicht für seriös. Es steht mit ja zu , daß ich das sage.

Unverständliche Wortmeldung von Herrn Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie wissen wahrscheinlich schon, wovon ich reden will. Das habe ich mir gedacht. Es gibt da einen Brief einer Dame, die bei einer Beredung mit Ärzten usw. im Parkhotel Styria war, wo sie offenbar auch gewesen sind, an die Kollegin Mach. Sie schreibt dann zum Schluß, daß sie natürlich gegen das GSM, wie wir alle, sei: „Dr. Pfeil sagte, daß er dieses Thema bei der nächsten Gemeinderatssitzung zur Sprache bringen wird.“ So weit, so gut. „Er sagte auch, daß er, falls er Bürgermeister wird, und das strebe er ja an, dafür sorgen wird, daß Gemeinderatsbeschlüsse auch eingehalten werden.“

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Moment! Ich wollte das nur zur Kenntnis bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt, daß ich die Möglichkeiten, auf rechtlichem Wege auf diese Sendeanlagen zu verzichten, ausschöpfen werde. Punkt. Und das habe ich heute vorgeschlagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weiteren Kommentare. Wir sind, wenn nicht die ÖVP oder die Grünen ein neues Thema anschneiden, am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich sehr höflich für die Mitwirkung an dieser langen Sitzung.

Wir haben sehr maßgebliche Beschlüsse gefaßt.

Ich wünsche allen Damen und Herren des Gemeinderates einen erholsamen Sommer, trotz Wahlen, und daß wir uns im Herbst wieder gesund sehen. Danke sehr.

ENDE DER SITZUNG: 21.32 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR. Anton Obrist , GR Felicitas Bauer, Elke Kotas, GR Mag. Harald Philipps